Morgenausgabe

Nr. 577
A 293
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
7. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Der gerettete Bürgerblock.

Mißtrauensanträge abgelehnt. — Sympathieerklärung der Völkischen für Keudell.

Der Reichstag hat am Dienstag abend die Mißtrauensanträge, die anläßlich der großen Wirtschaftsdebatte gestellt worden waren, mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Dieses Ergebnis kam der sozialdemokratischen Fraktion als Antragstellerin natürlich nicht überraschend; denn in diesem Reichstag, der am 7. Dezember 1924 gewählt wurde, also jetzt genau drei Jahre alt ist, verfügt die aus Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten bestehende Opposition nur über 208 von insgesamt 493 Sitzen. Es fehlen ihr 39 Stimmen zur Mehrheit, die auch dann kaum hereinzubringen wären, wenn sich die schwankenden, nicht koalitionsmäßig gebundenen Gruppen — Wirtschaftspartei und Völkische — auf ihre Seite schlügen. Diese Gruppen sind aber bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge genau so in weitere Grüppchen verfallen, wie man das auch sonst immer von ihnen gewohnt ist. Die Wirtschaftspartei stimmte zum Teil mit Nein, zum kleineren Teil enthielt sie sich. Von den Völkischen stimmte die nationalsozialistische Gruppe für das Mißtrauensvotum, die andere Gruppe enthielt sich. Vom Zentrum stimmte der Abg. Wirth mit der Opposition. Die Bänke der Regierungsparteien waren im übrigen so stark besetzt, daß mit einer Zufallsentscheidung nicht gerechnet werden konnte. So kam es wie vorauszusehen war.

Die vollbesetzten Tribünen des Hauses wären nicht auf ihre Kosten gekommen, wenn nicht die lustige Person des Hauses, der völkische Herr v. Gräfe, für etwas Abwechselung gesorgt hätte. Nach der sonst sehr oppositionellen Haltung seines Grüppchens hätte man eigentlich von ihm die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen erwarten müssen. Aber aus spezieller Sympathie zu Herrn v. Keudell bringt Herr v. Gräfe ein Mißtrauensvotum gegen dieses Kabinett doch nicht über sein treudeutsches Herz. Die mit frischer Naivität vorgetragene Liebeserklärung des Oberputschisten v. Gräfe für den beeideten Schützer der republikanischen deutschen Reichsverfassung wurde mit verständnisvoller Heiterkeit aufgenommen, noch mehr aber ihre besondere Begründung mit dem berühmten Telegramm des Herrn v. Keudell an die völkischen Studenten. Da hat Herr v. Gräfe zu dem Briefe des Reichskanzlers Marx an den Ministerpräsidenten Braun einen wahrhaft klassischen Kommentar geliefert. Daß die Bürgerblockregierung eine Vergrößerung ihrer Mehrheit oder doch mindestens eine Verminderung der gegen sie abgegebenen Stimmen ausgerechnet Herrn v. Keudell und seinem Studententelegramm verdankt, zeigt, wie seltsam sich Ursache und Wirkung mitunter verketten. Herr v. Keudell selbst freilich empfand nicht den Humor der Situation, er sah genau so melancholisch drein wie gewöhnlich.

So hat der Reichstag sein drittes Lebensjahr mit einer rettenden Abstimmung für die Bürgerblockregierung abgeschlossen. Wäre es anders gekommen, so hätte er sich selbst sein Grab geschaufelt: denn daß von und in diesem Reichstag keine Krise mehr gelöst werden kann, versteht sich von selbst. Mit dieser Abstimmung und ihren für die Bürgerblockmehrheit so blamablen Umständen hat aber dieser Reichstag sein eigenes Konto schwer belastet. Er hat damit eine neue Garantie dafür geschaffen, daß er in dieser Zusammensetzung nicht wiederkehren wird. Sein viertes Lebensjahr wird er nicht mehr vollenden, sondern in seiner Sünden Maienblüte vorzeitig dahinfahren.

Gegen schwerindustrielle Willkür.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu der schwerindustriellen Rebellion folgende Interpellation eingebracht:

Am 16. Juli 1927 hat der Reichsarbeitsminister auf Grund des § 7 Abs. 1 der Arbeitszeitverordnung die sogenannte Dreischichtenverordnung erlassen, die die Arbeitszeit für die Schwerarbeiter in den Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der Großindustrie auf acht Stunden täglich festsetzte. Diese Verordnung soll am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Den Unternehmern wurde die Pflicht auferlegt, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zu diesem Termin zu treffen. Damit sollte in der Hüttenindustrie eine Arbeitszeit eingeführt werden, die in den englischen Konkurrenzbetrieben seit 25 Jahren besteht und die schon im Jahre 1907 durch einen Beschluß des Deutschen Reichstages gefordert wurde. In einem Gutachten des Reichswirtschaftsrates ist diese Verordnung einstimmig, auch mit den Stimmen der Unternehmer, gebilligt worden.

Trotzdem Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern wegen der mit der Durchführung der Verordnung im Zusammenhang stehenden Fragen noch schweben, treten die Werke der deutschen Großeisenindustrie mitten in diesen Verhandlungen mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit, in der sie Kenntnis geben von ihrer den zuständigen Regierungsstellen zugeleiteten Betriebsstillegungsanzeige zum 1. Januar 1928. Die Unternehmer schreckten nicht davor zurück, schon vor Erschöpfung der Verhandlungsmöglichkeiten und vor Tätigwerden der Schlichtungsbehörden mit der Existenz von Hunderttausenden von Arbeitern zu spielen, um ein von ihren eigenen Vertretern gebilligtes Gesetz zu beseitigen in der Absicht, der Staatsgewalt ihren Willen aufzuzwingen.

Die Stillegung der deutschen Großeisenindustrie ist ein von ganz unübersehbaren Folgen begleiteter Schlag gegen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, den Staat und das deutsche Volk. Sie würde die Armee der Arbeitslosen riesig vergrößern, das ganze Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttern und der Allgemeinheit unerhörte Lasten durch Arbeitslosenunterstützung und Steuerausfall aufbürden.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Achtung des Staatswillens auch den Unternehmern gegenüber durchzusetzen, um die Durchführung ihrer Verordnung vom 16. Juli 1927 zu sichern und um die deutsche Wirtschaft und die Finanzen sowie das deutsche Volk vor einer schweren Katastrophe zu bewahren?

Schützer des Mädchenhandels.

Im — — — Völkerbund!

V. Sch. Genf, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

In der gestrigen Sitzung des Rates war ein gedruckter Ausschußbericht über den Mädchenhandel und seine Bekämpfung verteilt worden. Es verlautet bestimmt, daß dieser Bericht auf Wunsch einzelner Mächte zensiert worden ist! Eine ganze Stelle von etwa 125 Zeilen ist aus der gedruckten Ausgabe entfernt worden, weil sie schwere Vorwürfe gegen einzelne europäische Regierungen, z. B. die rumänische und die französische enthält, denen in scharfen Worten Passivität in der Bekämpfung des Mädchenhandels und der Zuhälterei vorgeworfen wird. Besonders soll Frankreich als das gegenwärtige Hauptquartier des Mädchenhandels bezeichnet worden sein. Auch sollen sich die zensierten Stellen auf gewisse Erscheinungen im besetzten deutschen Gebiet beziehen.

Einem New Yorker Blatt soll es gelungen sein, sich diese gestrichene Stelle zu verschaffen, deren Abdruck bevorsteht.

Regierungshilfe für Tabakarbeiter.

Im demokratischen Baden. — Kommunisten lärmen!

Die badische Regierung ließ am Dienstag im Badischen Landtag mitteilen, daß sie zur Linderung der Not der Tabakarbeiter 40 000 M. zur Verfügung gestellt hat.

Im Verlauf der Sitzung kam es zu stürmischen Lärmszenen der Kommunisten, die eine Besprechung der Interpellation über die Aussperrung der Tabakarbeiter verlangten. Die Mehrheit des Landtags verzichtete auf diese Besprechung, nachdem die Aussperrung aufgehoben worden ist. Da die Kommunisten trotzdem ihren Spektakel fortsetzten, sah sich der Landtagspräsident gezwungen, die Sitzung zweimal zu unterbrechen. Schließlich mußte der Führer der Kommunisten, der Abg. Bock, von der Sitzung ausgeschlossen werden.

Der Konflikt um Wilna.

Von Prof. Östen Undén,
vormals schwedischer Außenminister.

Die Redaktion des „Vorwärts" hat mich aufgefordert, eine Darstellung des polnisch-litauischen Streits um Wilna vom rechtlichen Standpunkte aus zu geben. Nach Ursprung und Wesen ist jedoch dieser Streit nicht rechtlicher Art, sondern er ist ein „Interessenstreit", ein „politischer" Streit. Seine Bedeutung läßt sich mit wenigen Worten folgendermaßen kennzeichnen.

Nachdem das Wilnagebiet nach der Zurückziehung der deutschen Truppen Ende 1918 abwechselnd von sowjetrussischen, von polnischen und von litauischen Truppen besetzt gewesen war, wurde es im Oktober 1920 durch den polnischen General Zeligowski an der Spitze einer Armee von „Freiwilligen" in Besitz genommen. Seitdem ist das Gebiet auch in polnischem Besitz geblieben. Die alliierten Großmächte haben, entsprechend dem Gesetz des geringsten Widerstandes, die polnische Souveränität über Wilna durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 sanktioniert. Vorher hatte der Völkerbund fruchtlose Versuche gemacht, durch ein Schiedsverfahren ein Uebereinkommen zwischen den Beteiligten zu treffen. Der Beschluß der Großmächte von 1923 hatte Litauen nicht zu einem Verzicht veranlassen können. Das Verhältnis zwischen Polen und Litauen ist während all dieser Jahre so unfreundlich gewesen, daß es mit einem gewissen Recht als latenter Kriegszustand bezeichnet werden konnte.

Wie gesagt, ist der Streit seinem Wesen nach nicht ein rechtlicher. Irgendwelche juristischen Grundlinien, nach denen die Grenze zwischen den beiden neugebildeten Staaten Polen und Litauen gezogen werden konnte, sind ja nicht gegeben. Man kann z. B. nicht behaupten, daß es Sowjetrußlands Sache war, zu entscheiden, wie die früher zu Rußland gehörenden Gebiete aufgeteilt werden sollten. Durch sein bisheriges Verhalten war Rußland auf ihre Abtrennung vom russischen Reiche eingegangen. Bereits unter der Regierung Kerenski war Polens Unabhängigkeit von Rußland anerkannt und später waren alle früheren Verträge über die Teilung Polens von den Bolschewiki als aufgehoben erklärt worden. Daß die Sowjetregierung später mitten im Kriege mit Polen das Wilnagebiet an Polen abtrat und noch mehr durch den Moskauer Frieden vom 12. Juli 1920 zwischen den Sowjets und Litauen, begründete kein Recht für Polen Litauen gegenüber. Sowjetrußland erklärte übrigens im folgenden Jahre durch den Frieden mit Polen in Riga sein Desinteressement in dem polnisch-litauischen Grenzstreit.

Der Versailler Vertrag setzt die Grenze zwischen Polen und Deutschland fest, jedoch nicht unmittelbar Polens östliche Grenze gegen Rußland und Litauen. Keiner dieser beiden Staaten hat den Vertrag unterzeichnet. Litauen war ja noch gar kein von den übrigen Mächten de jure anerkannter Staat. Jedoch behielten es sich die alliierten Hauptmächte im Artikel 87 des Versailler Vertrages vor, später die Teile der polnischen Grenze festzusetzen, die nicht im Vertrage angegeben waren. Daß die litauische Regierung, ohne doch am Vertrage beteiligt zu sein, dennoch annahm, daß die Ententemächte letzten Endes auch die Grenze zwischen Polen und Litauen festsetzen würden, geht daraus hervor, daß sie sich wiederholt an die Botschafterkonferenz mit dem Ersuchen gewandt hat, diese möge ihre Befugnis auf Grund des Artikel 87 des Versailler Vertrages ausüben und die Grenze ziehen.

Einer der rechtlichen Gesichtspunkte des Streits ist der folgende: Hat Litauen sich von vornherein verpflichtet, die Botschafterkonferenz als Schiedsrichter in dem Grenzstreit anzuerkennen? Litauen selbst verneint es und deutet seine Schritte bei der Botschafterkonferenz dahin aus, daß sie nur unter gewissen Bedingungen gemacht worden seien. Fällt die Antwort auf die gestellte Frage bejahend aus, dann ist auch Polens Stellung zu Litauen durch den Beschluß der Großmächte vom 15. März 1923 „legalisiert". Eine verneinende Antwort wiederum würde nur bedeuten, daß dieser Beschluß an und für sich kein völkerrechtliches Dokument darstellt, das Litauen verpflichtet. Dagegen kann dieses Land sich auf ein anderes derartiges Dokument als auf einen Rechtsgrund für seinen Anspruch, berufen, nämlich auf den sogenannten Vertrag von Suwalki. Damit aber kommen wir zu einem anderen Punkte, bei dem die Meinungsverschiedenheiten eine Rechtsfrage berühren.

Der Vertrag von Suwalki ist ein Waffenstillstandsabkommen, das zwischen Polen und Litauen am 7. Oktober 1920 unter Mitwirkung einer vom Völkerbund entsandten Militärkommission abgeschlossen wurde. Es enthält ein Abkommen über eine Demarkationslinie, die mit Rücksicht auf die damalige Stellung der Truppen so gezogen wurde, daß Wilna auf die litauische Seite zu liegen kam. Der Waffenstillstand wurde zwei Tage später von polnischer Seite durch den erwähnten Zeligowskischen Handstreich gebrochen, der offiziell von der polnischen Regierung desavouiert wurde, aber im Einverständnis mit dem Präsidenten Pilsudski unternommen zu sein scheint. Polen hatte übrigens die

Frage kurz vorher dem Völkerbunde vorgelegt, und beide Parteien hatten sich verpflichtet, die Feindseligkeiten einzustellen.

Das Abkommen von Suwalki hatte niemals die Gebietsfrage lösen sollen und bildet daher in Wirklichkeit keinen Rechtsgrund, auf den sich Litauen in dieser Beziehung berufen könnte. Das aber läßt sich mit Recht sagen, daß spätere Versuche des Völkerbundsrates, eine zweckdienliche Lösung zu finden, tatsächlich durch den Handstreich Zeligowskis erschwert wurden, besonders dadurch, daß eine Volksabstimmung unter der Kontrolle des Völkerbundes unmöglich durchzuführen war.

Wieweit nun die Lösung, die Polen durch einen Machtspruch herbeigeführt hat und die später durch die alliierten Mächte anerkannt worden ist, die zweckdienlichste ist oder nicht, kann man unmöglich ohne nähere Kenntnis des Gebietes, besonders der Haltung der Bevölkerung, beurteilen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß eine ausgeprägtere Stimmung für den Anschluß an Litauen in Wilna vorhanden ist. Vielleicht könnten weitere Sicherungen für einen Minderheitenschutz und für die Wahrung anderer legitimer staatischer Interessen in Wilna eine Lösung des langwierigen Konfliktes erleichtern. Es steht zu hoffen, daß der Völkerbundsrat jetzt alle Möglichkeiten versucht, um den Konflikt beizulegen.

Der Kampf um die Lohnsteuersenkung.

Die Reichsregierung mißachtet gesetzliche Verpflichtungen.

Der Konflikt im Steuerausschuß des Reichstags wegen der Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Ermäßigung der Lohnsteuer ist wie kein anderer Vorgang in der bisherigen Geschichte des Rechtsblocks geeignet, seinen volksfeindlichen Charakter zu enthüllen. Wenn die Rechtspresse das Verhalten der Sozialdemokraten als „Obstruktionsversuch der Linken" bezeichnet, die die Beratung der Regierungsvorlage im Reichsrat stören sollen, so ist das nur der Ausdruck des schlechten Gewissens der Regierungsparteien. Den unmittelbaren Anlaß zu der Entfernung der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Sitzung gab die Tatsache, daß die Regierungsparteien es ablehnten, den Reichsfinanzminister Dr. Köhler vor den Ausschuß zu zitieren. Es entspricht jedoch einer fast in allen Fällen beachteten Gepflogenheit des Reichstags, einem solchen Wunsch nach dem persönlichen Erscheinen des Ministers Rechnung zu tragen. Das ist auch selbstverständlich, weil die Minister dem Reichstag verantwortlich sind, aber nicht ihre untergebenen Beamten. Die stärkste Partei des Reichstages kann sich einen derartigen Vergewaltigungsversuch einer kleinen Mehrheit — von 28 Mitgliedern stimmten 15 für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages — nicht widerspruchslos gefallen lassen, zumal wenn er von der Absicht ausgeht, die Lohnsteuerpflichtigen um die ihnen gesetzlich zustehende Ermäßigung der Lohnsteuer zu prellen.

Das aber ist das Entscheidende. Der formelle Konflikt, der im Steuerausschuß entstanden ist, hätte keine größere Bedeutung, wenn er nicht der Vorläufer eines sachlichen Konflikts wäre, der im Hintergrunde bereits deutlich erkennbar ist. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben nämlich nach der Lex Brüning einen gesetzlichen Anspruch auf die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. Um diesen Anspruch sollen sie betrogen werden. Das und nichts anderes ist der sachliche Kern des Konfliktes im Steuerausschuß. Um diese Absichten nicht vorzeitig bekannt werden zu lassen, weigerte sich die Regierung, Auskunft über den Gesetzentwurf zu geben, den sie jetzt endlich nach vielwöchiger Verspätung dem Reichsrat zugeleitet hat. Dieser Gesetzentwurf bringt keine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sondern nur neben einer geringfügigen Erhöhung der Familienermäßigungen eine Herabsetzung des Steuersatzes von 10 auf 9 Proz. An Stelle der gleichmäßigen Entlastung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die in erster Linie eine Entlastung der kleinen Einkommen ist, schlägt also die Reichsregierung eine prozentuale Entlastung vor, die die Steuerleistung der kleinen Einkommen fast gar nicht ermäßigt, die der großen aber um so mehr.

Gelingt die Durchsetzung dieses Planes, so würde die Lohnsteuer einen Mehrertrag von einigen 100 Millionen liefern, mit deren Hilfe die hohen Einkommen und die Vermögen entlastet und andere Löcher im Etat von Reich, Ländern und Gemeinden zugestopft werden können. Im Reichsetat 1928 ist deshalb auch bereits die Lohnsteuer mit 1300 Millionen veranschlagt statt mit 1200 Millionen, wie es die Lex Brüning vorsieht. Auch darf man annehmen, daß einige Länder sich auf Abmachungen berufen werden, die auf eine stärkere Heranziehung der Lohnsteuer hinzielen. Das steht zwar im Widerspruch mit der Lex Brüning und wäre eine politische Illoyalität gegen den Reichstag, aber schließlich doch nur ein Stück jener föderalistischen und unsozialen Politik, die die Rechtsregierung stets betrieben hat.

Einer solchen Politik setzt die Sozialdemokratie den schärfsten Widerstand entgegen. Sie wird sich darin auch durch keinerlei Verleumdungen ihrer Gegner beirren lassen.

Aus der Schule eines Republikfeindes.

Eine Anfrage im Landtag.

Die Genossen König (Swinemünde) und Hartwig haben im Preußischen Landtag eine Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, die die unglaubliche Verloddderung des Unterrichts an reaktionär geleiteten Schulen kennzeichnet. Der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Stolp i. P. Dr. Lumma hat vor einigen Wochen in der Unterklasse vor den 18jährigen Schülern dem Sinne nach folgendes gesagt:

„Ihr habt aber sehr dreckige Hände. Ihr müßt auf Reinlichkeit halten. Vor allen Dingen müßt Ihr darauf halten, daß der Dreck unter den Fingernägeln verschwindet. Ich werde Euch mal eine lehrreiche Geschichte erzählen: Ebert nahm einmal einen hohen Staatsbeamten mit auf seine Güter zur Jagd. Als die Dämmerung begann, beobachtete der hohe Staatsbeamte, daß Ebert dauernd seinen Zeigefinger hochhielt und besah. Als der hohe Staatsbeamte fragte, was das zu bedeuten hätte, antwortete Ebert: Solange ich noch den Dreck unter meinen Fingernägeln sehe, habe ich noch Büchsenlicht."

Mit Recht fragen die beiden Abgeordneten, ob das Staatsministerium bereit ist, sofort das Disziplinarverfahren gegen Direktor Lumma einzuleiten und dem Staatsanwalt die Weisung zu geben, wegen Verleumdung des früheren Reichspräsidenten Ebert öffentliche Anklage zu erheben?

900000 Arbeitslose.

Auswirkungen der Jahreszeit. — Die drohende Wirtschaftskrise.

Mitte November betrug die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitsuchenden 896 375 gegen 784 035 Mitte Oktober. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache auf die Einsetzung des scharfen Frostwetters zurückzuführen. An der Zunahme waren beteiligt das Baugewerbe mit 29 000 Personen, die Industrie der Steine und Erden mit 6000, die Landwirtschaft mit 7600, in der Lohnarbeit wechselnder Art stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 46 000 Personen. Außer diesen Berufen, wo das Ansteigen der Arbeitslosigkeit durch das Frostwetter bedingt ist, stieg die Zahl der Arbeitslosen im Bekleidungsgewerbe um 11 000 Personen. Auch hier hat die Arbeitslosigkeit weniger den Charakter eines Konjunkturrückschwunges als vielmehr den eines saisonmäßigen Einflusses. Vergleicht man die allerdings

anormal hohe Ziffer von 900 000 Arbeitslosen

mit dem Stande der Arbeitslosigkeit am 15. November 1926, so ergibt sich, daß damals mehr als die doppelt hohe Zahl von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweisen eingetragen war, und zwar waren es 1 835 939 Personen. Diese Verringerung von einer Million Arbeitslosen im Vergleich zu dem außerordentlichen Krisenstand des Vorjahres, zeigt am besten, daß wir zwar immer noch im Verhältnis zur Vorkriegszeit eine Arbeitslosigkeit haben, die unsere Gesamtwirtschaft schwer belastet, daß aber im Vergleich zu der fürchterlichen Arbeitslosigkeit, die als Folge der Rationalisierung im Jahre 1926 herrschte, eine

Stabilität der wirtschaftlichen Besserung

zu verzeichnen ist. Das springt besonders in die Augen, wenn man den Zugang der Arbeitsuchenden von Mitte Oktober bis Mitte November 1927 vergleicht mit dem Zugang von Mitte Oktober bis Mitte November 1926. 1927 betrug der Zugang rund 112 000, während im Vorjahre der Zugang nur 7000 betrug. Damals war die Arbeitslosigkeit schon im Oktober eine so außerordentliche, daß die Wintersaison — das Frostwetter trat damals übrigens etwas später auf — wenig zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beitragen konnte. In diesem Jahre ist, besonders durch das starke Frostwetter, der Zugang bei der Zahl der Arbeitslosen durch die vorherige stärkere Beschäftigung in den Außenbetrieben naturgemäß auch ein erheblich größerer.

Immerhin ist die Zahl von 900 000 Arbeitslosen eine so furchtbare, daß alle, die die Verantwortung für die gesunde Fortentwicklung unserer Wirtschaft tragen, nichts unterlassen und alles tun müssen,

um eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit zu verhüten.

Das gilt nicht nur für den Reichsbankpräsidenten, der leichtherzig den Gemeinden „Luxusausgaben" für die Ausführung von Notstandsarbeiten vorwirft, die man den Gemeinden durch die Vorschriften für die Bewilligung von Notstandsarbeiten aufgezwungen hat. Wenn man gewiß diese Vorschriften für Notstandsarbeiten anders fassen könnte und müßte, so ist die Beschäftigung von Arbeitslosen bei Schaffung von Grünflächen, Sportplätzen usw. gewiß kein Luxus.

Aber auch die Schwerindustriellen haben offenbar ganz andere Sorgen als die Erhaltung der Konjunkturbesserung. In ihrer reaktionären Verrennthheit kommt es ihnen gar nicht darauf an, zu den 900 000 Arbeitslosen, die im Laufe dieses Monats wohl noch einen Zuwachs bekommen werden,

ein Heer von 500 000 Arbeitslosen anzugliedern.

Dadurch steht mehr auf dem Spiele als die Durchsetzung des Herrenstandpunktes der Schwerindustriellen gegenüber der deutschen Gesetzgebung; dadurch steht vor allem auch unsere gesamte Wirtschaftskonjunktur in Frage. Kommt es zur Stillegung der Schwerindustrie, dann haben wir eine Wirtschaftskrise, deren Dauer und Auswirkungen noch gar nicht übersehen werden können.

Die Diktaturpläne bayerischer Putschisten.

„Kastraten und Eunuchen in Berlin" — sagt Lossow.

München, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags setzte am Dienstag seine Verhandlungen mit der Berichterstattung über die Errichtung des Generalstaatskommissariats, den bayerischen Grenzschutz an der thüringischen Grenze mit dem Ziel des Marsches nach Berlin und über den Konflikt Seeckt-Lossow fort.

Aus dem Tagebuch Kriebels geht hervor, daß der Führer des Bundes „Bayern und Reich" bereits im August 1923 eine Denkschrift verfaßt hat, in der die Errichtung eines

bayerischen Direktoriums mit eigener bayerischen Währung

gefordert wurde, das von sich aus dann die deutsche Frage lösen sollte. An die Spitze dieses Direktoriums sollte Kahr gestellt werden, der sich schon 1919 gewissen nationalen Kreisen als Führer einer Bewegung zur Beseitigung der durch die Revolution geschaffenen Zustände angeboten hatte. Kahr hat auch bereits Ende August 1923 mit dem Reichswehrkommandanten Lossow im Sinne der Errichtung eines bayerischen Generalkommissariats verhandelt. Als die Lage im September sich zuspitzte, erfolgte dann die tatsächliche Einsetzung Kahrs zum Generalstaatskommissar durch die Regierung Knilling, um dem Plan der Machtergreifung durch die Hitler-Leute zuvorzukommen. Dabei hatte Kahr die Aufgabe, die vaterländischen Wehrverbände mit dem Kampfbund der Nationalsozialisten auszusöhnen und dadurch die deutsche Frage von Bayern aus aufzurollen. Zu diesem Zweck knüpfte Kahr sofort Verhandlungen mit der Pochner-Gruppe an, und zwar mit Hilfe des aus Tirol herbeigeholten Kapitäns Ehrhardt. Aus Pochners Aussagen geht hervor, daß Ehrhardt große Freude darüber äußerte, daß jetzt endlich mit dem Marsch nach Berlin Ernst werde. Er, Ehrhardt, behalte sich den Marsch nach Leipzig zunächst vor, weil er dort mit dem Oberreichsanwalt Ebermayer ein Hühnchen zu rupfen habe. Die Einigung mißlang aber, weil dieser die ihm zugedachte Rolle als Zivilkommissar in Mitteldeutschland für absolut ungenügend ansah.

Der bayerische Grenzschutz.

Dagegen brachte Kahr den Kapitän Ehrhardt völlig auf seine Seite und übertrug ihm zunächst das Kommando über den an der bayerisch-thüringischen Grenze aufgestellten Grenzschutz. Aus vielen Aussagen im großen Hitler-Prozeß und der dazu gehörenden Voruntersuchung geht klar hervor, daß dem Trupp Ehrhardt keine Nachtwächterrolle zugedacht war, sondern durch ihn der Marsch nach Berlin tatsächlich organisiert werden sollte. Um das zu vertuschen und Berlin nicht mißtrauisch zu machen, wurden die Ehrhardt-Truppen, die zu rund 60 Proz. aus gut ausgebildeten norddeutschen Marinesoldaten bestanden, als

bayerische Notpolizei

aufgerufen und mit leichten und schweren Waffen aus den Beständen der Landespolizei ausgerüstet. Den Sold hatte der bayerische Finanzminister zu zahlen, der zwar immer auf Sparsamkeit drängte. Ausweise im bayerischen Staatsbudget über diese Ausgaben finden sich aber nicht. Außerdem liefen zahlreiche Spenden bayerischer Industrieller bei Kahr ein. Für den Vormarsch nach Berlin war im Einverständnis mit dem Generalkommissariat ein besonderer Aufmarschplan ausgearbeitet, in dem die Marschrouten der einzelnen Verbände gegen Leipzig, Magdeburg und Berlin genau eingezeichnet waren. Dieser Plan wurde von der Leitung des Kampfbundes ausgearbeitet. Er liegt bei den Gerichtsakten. Bis zum Vormarsch war offizielles Ziel des Grenzschutzes: Aufsaugung und Verulchtung aller in das Gebiet eindringenden Roten mit Angriffsgeist und Jagdeifer. Als dann aber die Reichswehr in Sachsen und Thüringen eingerückt war, sah man im Generalstaatskommissariat die Unmöglichkeit des Marsches nach Berlin, der für Mitte November angesetzt war, ein und blies Ehrhardt ab. Dieser versuchte noch im letzten Augenblick mit Hitler sich zu einigen. Die Verhandlungen blieben aber erfolglos.

„Der Rubikon überschritten."

Der Berichterstatter Dr. Hoegner schilderte dann den Konflikt Lossows mit Seeckt und Geßler in allen seinen Einzelheiten und erwähnte dabei vor allem die deutschnationalen Treibereien, durch die das Generalstaatskommissariat zur Unnachgiebigkeit gegenüber Berlin ständig aufgepeitscht wurde. Am 5. November erklärte der deutschnationale Führer auf dem bayerischen Parteitag: Bayern habe den Rubikon überschritten und es führe keine Brücke mehr auf das andere Ufer. Die Regierung Stresemann müsse durch eine nationale Diktatur ersetzt werden. Im gleichen Sinne sprach auch der noch heute im Amt befindliche deutschnationale Justizminister Gürtner, der erklärte, mit dem Konflikt Lossow—Reichsregierung müsse von Bayern aus die deutsche Frage gelöst werden, und zwar nicht durch Verträge und nicht durch Verständigung. Der Lossow-Konflikt nahm dann bekanntlich mit dem Hitler-Putsch ein rasches Ende.

Außerordentlich interessant war in diesem Zusammenhang die Verlesung eines Berichts des Admirals Scheer, der Anfang November im Auftrage des Reichskanzlers Stresemann zur Beilegung des Konflikts Bayern—Reich nach München gesandt worden war. Stresemann hatte in einer Unterredung am 1. November dem Admiral Scheer folgendes Angebot an die bayerischen Machthaber mitgegeben: Bayern erhält staatsrechtlich erweiterte Selbständigkeit mit eigener Eisenbahn, eigener Post, eigener Finanzverwaltung sowie Unterstellung des Reichswehrkontingents. Ein Erfolg war dem Admiral Scheer aber nicht beschieden. Seine Verhandlungen beschränkten sich auf Vermittlungsversuche zwischen der Gruppe Ludendorff-Hitler und Kahr-Lossow-Seißer. Diese Vermittlungsversuche scheiterten aber an dem Gegensatz Ludendorff—Lossow, der seine Reichswehr mit zur Verwendung gegen Norddeutschland hergeben wollte. Die Gründe für diese Haltung Lossows erkennt man aus einer Äußerung gegenüber seinem Staatschef Berchem. Ihm gegenüber hatte Lossow seiner ganzen Verärgerung über die norddeutschen vaterländischen Kreise Ausdruck gegeben, die sich nicht auf führende Persönlichkeiten für das geplante Reichsdirektorium einigen konnten: Dabei tat Lossow den denkwürdigen Ausspruch: **„Wenn in Berlin lauter Eunuchen und Kastraten sind, die zu feige sind, irgendeinen Entschluß zu fassen, dann kann Deutschland von Bayern aus allein auch nicht gerettet werden."**

Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses ist auf den 13. Dezember festgesetzt.

Malheur.

Der verkannte Moskowiter.

In Anhalt hat der Rechtsblock Pech. Bei der Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses stellte sich heraus, daß u. a. ein gewisser Paul Eichhorn auf der bürgerlichen Einheitsliste stand und gewählt war. Der Mann, der so mit den bürgerlichen Stimmen zu Rang und Ehren kam, war — ein Kommunist, ein wahrhafter, ausgewachsener Kommunist!

Man ist es ja sonst gewohnt, daß die Bürgerlichen mit Hilfe der Kommunisten Erfolge erringen — siehe Hindenburg-Wahl —, aber daß man für Gott, König, Vaterland und KPD. eintritt, das ist etwas Neues, etwas Unerhörtes.

Und das kam so. Auf die Liste des Bürgerblocks sollte ein Stahlhelmmann Andreas Eichhorn gesetzt werden. Im Eifer des Gefechts hatte man den Kommunisten Paul Eichhorn auf die Liste gesetzt und sich offenbar nicht einmal über die Person des Wahlkandidaten vergewissert.

Jetzt zerbrechen sich die Reaktionäre den Kopf, wie der Schaden zu beheben ist.

Die Blamage freilich nimmt ihnen keiner ab.

Begleitmusik zum Marx-Brief.

Milde Kritik des Zentrums — deutschnationale Freude.

Das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania", gibt dem Schreiben des Reichskanzlers Dr. Marx einen Kommentar, der bei der Stellung dieses Blattes als halbamtlich angesehen werden kann. Sie betont, der Sache nach sei die Antwort des Reichskanzlers offensichtlich von der Absicht ausgegangen, das Reichskabinett von der Angelegenheit freizuhalten, da ja betont wird, dieses habe zu dem studentischen Problem überhaupt nicht Stellung genommen. Die Reichsregierung habe sich von dem Schritt des Herrn v. Keudell zu distanzieren gewünscht. Dann heißt es wörtlich weiter:

Wir lesen aus diesen Aeußerungen eine leichte Mißbilligung des Verhaltens des Reichsinnenministers heraus, wenn diese auch nicht offen ausgesprochen wird. Damit ist allerdings eine nur sehr milde Form der Kritik gewählt worden einer Handlung gegenüber, die nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigt werden kann.

Die „Germania" meint weiter, daß es sich um die Sache der Autorität des Staates gehandelt habe und deshalb hätte Keudell auch als Parteimann schweigen müssen, wenn er nicht als Minister sprechen wollte.

Dem Zentrum ist also der Brief Marx noch zu milde — eine Ansicht, die jeder Republikaner teilen wird. Geradezu lächerlich mutet jedoch das Verhalten der Rechtspresse an, die von einer Abfuhr für den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun redet. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie die Aeußerungen Keudells als private ansieht. Daraus kann wohl ihr Recht geschlossen werden, daß sie eine scharfe Mißbilligung hätte aussprechen müssen, wenn sie Keudells Telegramm als eine Amtshandlung auffassen würde. Sie hat den Minister Keudell hinter den Privatmann Keudell versteckt, um nicht den Minister preisgeben zu müssen. Eine solche Ehrenrettung ist doch wirklich fragwürdig genug, und man kann der deutschnationalen Presse die Freude darüber wirklich gönnen.

„Mangel an politischem Augenmaß."

Das Zentrumsblatt „Köln. Volkszeitung" schreibt über den Marx-Brief u. a.:

„Da man eine schlechte Sache nicht gut begründen kann, ist der Passus des Antwortschreibens, das das Vorgehen des Ministers v. Keudell zu erklären suchte, am schlechtesten ausgefallen. Gewiß ist es richtig, daß auch dem Minister politische Meinungsfreiheit zusteht, wie den Abgeordneten. Aber wenn der Abgeordnete v. Keudell, da er gleichzeitig auch Reichsminister ist, für sich außer acht läßt, daß ihm die Doppelstellung die besondere Pflicht der vorsichtigen Abwägung seiner Worte auferlegt, so offenbart diese bedauerliche Tatsache einen Mangel an politischem Augenmaß und staatsmännischem Weitblick. . . Das deutsche Volk kann erwarten, daß ihm in Zukunft derartige Schauspiele erspart bleiben."

Herr v. Keudell wird sicher an dem Echo, das ihm aus der Presse seiner Koalitionsfreunde entgegenklingt, keine ungeteilte Freude haben.

v. Guérard und die Deutschnationalen.

Sie schwenken die Fahne Schwarzweißrot, —
Mit „ernsten Worten" Herr Guérard droht.

Sie sitzen monarchische Fahnennägel, —
Guérard erzürnt sich, — sie bleiben kregel.

Sie schreien: „Mit Gott für Kaiser und Reich!"
Guérard beschwört, — das ist ihnen gleich.

Hier Spott und Verhöhnung, dort leere Phrase, —
Herr Guérard, — betrachten Sie Ihre Nase!

Lösungsversuch für Litauen.

Woldemaras sträubt sich, das Fiasko des Faschismus einzugestehen.

V. Sch. Genf, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Nachdem die Minister der Großmächte am Sonntag und Montag ihre grundsätzliche Einigkeit in der litauischen Frage festgestellt hatten, lud Briand heute nachmittag Stresemann, Chamberlain, Scialoja und Adatsch zum Tee ein, um das gemeinsame Vorgehen im Rate endgültig zu vereinbaren. Es ergab sich, daß die „großen Fünf" bis auf einige Gegensätze einmütig darüber sind, daß die Sicherheit Litauens sichergestellt werden und zugleich der Kriegszustand Litauens gegen Polen aufhören muß. Dazu wird notwendig sein, daß die litauische Regierung den in Wilna vollzogenen Tatbestand anerkennt, wobei ihr anheimgestellt wird, eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Art einzulegen, in der Polen im Oktober 1920 durch den Streich des Generals Zeligowski Wilna besetzte und später annektierte.

Polen hat durch Zaleski wissen lassen, daß es bereit sei, diese Vorschläge anzunehmen, also auch die Unversehrtheit Litauens in dessen jetzigen Grenzen zu garantieren. Die letzten Aeußerungen Woldemaras erwecken dagegen nicht den Eindruck, als sei er bereit, nachzugeben. Er hat nach der Besprechung bei Briand Scialoja besucht. Wenn Szialojas Zustimmung zu den Vorschlägen der übrigen Großmächte ehrlich war, dann muß er Woldemaras aufgefordert haben, einzulenken. Aber

vielleicht treibt die italienische Regierung auch in diesem Punkte ein Doppelspiel.

Mussolini hat gleich nach dem Faschistenputsch in Kowno sich demonstrativ als Protektor der litauischen Diktatoren ausgespielt. Diese Freundschaft ist im September d. J. von Woldemaras in Rom bestätigt worden, wohin er von Genf auf besondere Einladung Mussolinis gereist war. Hat nicht damals Mussolini seinen Beistand den Litauern in ihren Ansprüchen auf das Gebiet von Wilna versprochen? Es wird sich erst in der Debatte des Rates herausstellen, inwieweit Italien mit den übrigen Mächten wirklich konform geht.

Daß sich Woldemaras heftig gegen die vorgeschlagene Lösung sträubt, ist auch aus innerpolitischen Gründen erklärlich. Seit sieben Jahren hat keine parlamentarische Regierung Litauens, auch nicht die von den Faschisten verjagte Linksregierung, an der auch Sozialisten beteiligt waren, den Tatbestand der Annektierung Wilnas durch Polen anerkannt. Nun soll gerade die Faschistenregierung in diesen sauren Apfel beißen! Das hat sie sich allerdings selbst zuzuschreiben, denn sie hat durch ihren Nationalismus die Beziehungen zu allen Nachbarstaaten getrübt und durch ihre brutale Unterdrückung der anderen Parteien, die die große Volksmehrheit vertreten, auch noch ihre Sicherheit im eigenen Lande ausgehöhlt. Der Fall Woldemaras ist ein Schulbeispiel dafür, daß es wirklich nichts Antinationaleres gibt als eine nationalistische Militärdiktatur!

Der Wilna-Konflikt wird schon am Mittwochnachmittag zur Debatte stehen. Die „großen Fünf" haben ihre ursprüngliche Absicht, den Dreierausschuß Stresemann-Chamberlain-Briand einzusetzen, wieder umgestoßen, offenbar mit Rücksicht auf den

berechtigten Argwohn der mittleren und kleinen Staaten gegen die Vormundschaft der Großmächte.

Es soll nur ein einziger Berichterstatter für diese Frage ernannt werden, und zwar wird der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland dazu bestimmt werden, der im Rat gewöhnlich die Ostfragen zu bearbeiten hat. Diese Konzession an die kleinen Staaten ist mehr formaler Natur, denn die heutigen Vereinbarungen zwischen den „großen Fünf" sind gewissermaßen Richtlinien für Briand bei der Ausarbeitung seiner Vorschläge.

Im übrigen sprachen die Großmachtvertreter über das dringende Verlangen Chamberlains, daß der Rat nicht vier-, sondern nur dreimal im Jahre tagen soll.

Die Arbeiten des Rates.

V. Sch. Genf, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Rat erledigte heute eine ganze Reihe Gegenstände von geringerem Interesse. Ueber eine Konvention zum Kampf gegen die Falschmünzerei berichtete Außenminister Voionmaa-Finnland, unser Parteigenosse. Auf französischen Antrag ist vor etwa zwei Jahren nach der Aufdeckung der ungarischen Frankenfälschungen ein Völkerbundskomitee eingesetzt worden. Dieses hat nun einen Konventionsentwurf vorgelegt, der internationale Vereinheitlichung der Strafen gegen die Falschmünzerei (Banknotenfälschung) und internationale polizeiliche Zusammenarbeit gegen die Falschmünzer vorschlägt. Diese Anregungen wurden grundsätzlich für wünschenswert erklärt, doch sei der Zeitpunkt für die Einsetzung einer internationalen Zentralstelle noch nicht gekommen. Dagegen sollen die Leiter der Polizei und der Banknoteninstitute ab und zu Konferenzen abhalten. Der Berichterstatter Pospischil-Tschechoslowakei gab einige Erläuterungen über die Arbeiten des Komitees und erwähnte, daß auf Grund der eingeforderten statistischen Angaben von 31 staatlichen Banknoteninstituten festgestellt worden sei, daß in den letzten drei Jahren für mindestens 40 Millionen Mark Wertfalsche Banknoten hergestellt worden seien.

Im vergangenen Sommer tagte ein Komitee zur Prüfung der Anwendungsmöglichkeiten des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes, der ein Eingreifen im Falle eines drohenden Staatenkonfliktes vorsieht. Dieses Komitee, in dem Genosse de Brouckère eine führende Rolle spielte, hatte eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen ausgearbeitet, die die Verpflichtung des Rates zum Einschreiten genauer formulierten; auch enthielt der Bericht interessante Anregungen für die konkreten Formen des Eingreifens, z. B. Flotten- und Luftflottendemonstrationen gegen drohende Friedensstörung usw.

Dieser wertvolle Beitrag zur Lösung des Schiedsproblems und damit zur Abrüstungsfrage ist in der heutigen Ratssitzung sabotiert worden.

Comnene-Rumänien legte einen Bericht vor, der betont, daß die Freiheit des Völkerbundsrates, über sein Vorgehen stets nach eigenem Ermessen zu bestimmen, nicht angetastet werden dürfe; man müsse sich auf die Erfahrung und die Weisheit des Völkerbundsrates verlassen, daß er stets die geeigneten Mittel bei einer Intervention wählen werde. Der Bericht de Brouckères wird als ein „wertvoller Wegweiser" bezeichnet, was ein Begräbnis erster Klasse darstellt. So hat wieder einmal die zünftige Diplomatie die Keime zu einem Friedensfortschritt erstickt!

Ueber die Internationale Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen berichtete Collijn-Holland, worauf die Vorschläge Dr. Stresemanns (Berichterstatter) ohne Debatte angenommen wurden.

Collijn bezeichnete als Hauptzweck dieser in der zweiten Oktoberhälfte abgehaltenen Konferenz die Wiederherstellung eines den Vorkriegsverhältnissen entsprechend wirtschaftlich normalen Zustandes. Nur Verbote, die dem Schutz höherer Interessen, wie der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit von Tieren und Pflanzen usw. dienen, sollten zugelassen bleiben. Wegen der mannigfaltigen und großen Hindernisse war es jedoch nicht möglich, sofort alle Verbote aufzuheben; man mußte vielmehr gewisse Vorbehalte aufnehmen, die zahlenmäßig gering, aber sachlich sehr bedeutend sind, so die Farbstoffe in bezug auf England und Kohlen in bezug auf Deutschland und die Tschechoslowakei, Schrott und Metallabfälle für etwa ein Dutzend Länder. Diese Maßnahmen sind jedoch befristet und sollen fallen, sobald ihre Ursachen beseitigt sind. Um diesen Vorbehalt zeitlich zu beschränken, wurde eine Kündigungsklausel vereinbart, die den Vertragsparteien volle Freiheit zum Erlaß von Ein- und Ausfuhrverboten wiedergibt, falls die vereinbarten Ausnahmefälle innerhalb von drei Jahren, d. h. bis zum 8 November 1930, nicht aufgehoben werden. Diese Ausnahmefälle wurden sehr genau umschrieben. So bleibt die Anwendung der Begründung „nationale Verteidigung" auf den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial beschränkt, wenn auch zugleich den Staaten die notwendigen Freiheiten für den Zeitpunkt gelassen werden.

Washingtoner Außenpolitik.

Präsidentenbotschaft an den Kongreß.

Washington, 6. Dezember.

Im Kongreß wurde heute die Jahresbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten verlesen. Er befürwortet darin für die Marine, die einen Außenhandel und Seeverkehrsstraßen von einem durch kein anderes Land übertroffenen Umfang sowie die überseeischen Territorien und im internationalen Interesse den Panamakanal verteidigen müsse, ein mäßiges Bauprogramm für Unterseeboote, Kreuzer und Flugzeugmutterschiffe; das Scheitern der Genfer Konferenz habe die Entschließungen Amerikas hinsichtlich der zur Landesverteidigung erforderlichen Seerüstung ebensowenig beeinflußt wie Bauprogramme anderer Länder oder propagandistische Aeußerungen, und erklärt, niemand als Amerika selbst habe zu bestimmen, was es zur Verteidigung benötige. Im übrigen besteht Coolidge auf äußerster Einschränkung aller Ausgaben; das amerikanische Volk müsse Opfer bringen und sich diese nicht unbedingt erforderliche Ausgaben versagen, um die ungeheuren Kriegsschulden baldigst abzutragen, von denen zwei Drittel noch ungetilgt seien. Zur Frage der Erhaltung der gegenwärtigen Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten erklärt Coolidge, eine Herabsetzung der Schutzzölle sei vollkommen undiskutabel, zumal 63 Proz. der Einfuhr zollfreie und 23 Proz. Luxuswaren seien. Das Argument, daß der amerikanische Tarif den Ausfuhrhandel anderer Länder so gut wie unterbinde, sei nicht stichhaltig. Als außenpolitisches Ziel der Vereinigten Staaten bezeichnet Coolidge die Förderung des Friedensgedankens. Die Anwesenheit amerikanischer Kriegsschiffe in China allein habe genügt, um die dortigen amerikanischen Interessen zu schützen, ein Kampf mit China wurde vermieden, die Bewohner Nicaraguas durch Vermittlung der Vereinigten Staaten von den entsetzlichen Folgen langjähriger verwüstender Revolutionen bewahrt. Coolidge spricht die Hoffnung aus, daß

gegenüber Mexiko ein energisches Bestehen auf den Rechten Amerikas,

verbunden mit sorgfältiger Achtung der mexikanischen Souveränität, sowie Geduld und Nachsicht gegenüber den innerpolitischen Schwierigkeiten Mexikos dazu führen, alle Differenzen zwischen beiden Ländern ohne Störung der freundschaftlichen Beziehungen beizulegen. Obwohl, wie die übrige Welt jetzt anerkenne, Amerika am meisten an den internationalen Fragen desinteressiert sei, werde es Vorschläge zur weiteren Sicherung des Weltfriedens sorgfältig prüfen.

Das amerikanische Volk lege auf Verträge als solche keinen entscheidenden Wert und betrachte Ehrlichkeit, Fairplay und Gesinnung einer Nation als bessere Garantien gegen einen Krieg als große Rüstungen.

Trotzdem werde Amerika an internationalen Abmachungen zur Sicherung des Friedens teilnehmen, soweit seine Verfassung es gestatte. Schließlich empfiehlt Coolidge die Verabschiedung der Vorlage über die Freigabe des im Krieg beschlagnahmten Eigentums.

Geheimnisvoller Mord in Moskau.

Ein oppositionelles Ehepaar ermordet.

Große Aufregung hat jüngst in Moskau die Ermordung des Ehepaars Kolushek im Zentrum der Stadt verursacht. Kolushek ist ein alter Kommunist und gehört der Partei bereits seit 1906 an. Wie die Berliner russische Zeitung „Rul" wissen will, war er an der Ermordung der Zarenfamilie in Jekaterinoslow beteiligt und stand seither dem eben erst abgesetzten oppositionellen Innenkommissar Beloborodow nahe, der die Ermordung der Zarenfamilie geleitet hatte. Frau Kolushek war Sekretärin des Organisationsbureaus des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

Am Abend des 2. Oktober besuchte das Ehepaar ein Mann, der über Nacht dortblieb. Am nächsten Morgen fand man das Ehepaar tot; Papiere waren mit dem Mörder aus der Wohnung verschwunden. Offiziell wird gemeldet, daß Kolushek das Opfer politischen Banditentums geworden ist. Eine Spur des Mörders ist noch nicht gefunden.

Ramsay Macdonald und Clynes sind einstimmig zu Fraktionsführern der Arbeiterpartei im Unterhaus wiedergewählt worden.

„Theater am Kurfürstendamm."

„Chéri."

Die Franzosen Colette und Leopold Marchand quälen sich in ihrer Komödie „Chéri" mit der Tragik der alternden Frau ab. Lea, 35 bis 55 Jahre alt und immer noch recht knusperig, wird nach anfänglichem Sieg über die junge Rivalin schließlich doch vom 20jährigen Chéri abgehalftert. Das Publikum gewinnt dem umständlich abgewandelten Problem keinen sonderlichen Geschmack ab, freut sich aber an der unbekümmerten Bühnensicherheit der Ida Wüst.

Dgr.

Der Kampf in der Schwerindustrie.

Die Stellung der Christen.

Bei den engen Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsminister ist es begreiflich, wenn sich ein großer Teil der Presse besonders stark für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, vor allem des christlichen Metallarbeiterverbandes, zum Konflikt in der Großeisenindustrie interessiert. Es liegt ja auf der Hand, daß die christlichen Gewerkschaften zunächst einmal auf das ihnen nahestehende Zentrum und ebenso auf den Reichsarbeitsminister bis zu einem gewissen Grade Rücksicht nehmen und an verschiedenen Stellen versuchen, dem Reichsarbeitsminister Brücken für den Ausweg aus dem Konflikt zu bauen. So wurde auf der Bochumer Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes mit besonderem Nachdruck als Ziel des Verbandes bezeichnet, die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli nicht zu erschweren. Die angedrohte Betriebsstillegung, so hieß es, sei wohl in erster Linie gegen den Reichsarbeitsminister gerichtet, trotzdem erwarte man, daß bei den Verhandlungen am Mittwoch eine Verständigung auf der Basis der Vorschläge des christlichen Metallarbeiterverbandes, die für die Industrie tragbar seien, erzielt werde.

Während der bisherigen Verhandlungen in den Tarifkonflikten der Metallindustrie lehnten es die christlichen Gewerkschaften ab, eine gemeinsame Front mit den freigewerkschaftlichen Metallarbeitern zu bilden. Zu dieser beachtlichen Tatsache teilt der Deutsche Metallarbeiterverband mit, daß in den Verhandlungen des christlichen Verbandes einzelne Referenten versucht haben, die Verantwortung für die augenblickliche Situation in der deutschen Metallindustrie nicht nur auf die Unternehmer, sondern auch auf den Deutschen Metallarbeiterverband zu schieben.

Es ist bedauerlich, daß dem geschlossenen Vorgehen der Unternehmer eine nicht ebenso geschlossene Bewegung der Gewerkschaften gegenübersteht. Daran trifft aber den Deutschen Metallarbeiterverband keine Schuld. Die von ihm erhobenen Forderungen sind von allen Gewerkschaftsrichtungen vertreten worden. Daß dies im jetzigen Augenblick doppelt notwendig ist und durch eine geschlossene Haltung der organisierten Arbeiterschaft dokumentiert werden muß, liegt auf der Hand. Um so erstaunlicher ist es, wenn die Vertreter der freiorganisierten Metallabeiterschaft mit den ehemals gemeinsamen Forderungen von den Christen alleingelassen werden. Eine Erklärung für diese Tatsache liegt in der Vermutung, daß hier gewisse Bindungen vorliegen, an denen maßgebende Instanzen des Zentrums nicht ganz unbeteiligt zu sein scheinen. Die Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins werden sich, wie wir zuverlässig erfahren, in den kommenden Verhandlungen an die Seite des Deutschen Metallarbeiterverbandes stellen.

Der Verzicht der Christen auf eine gemeinsame Front bei der Abwehr der schwerindustriellen Attacke hatte zur Folge, daß die Stillegungsandrohung erfolgt ist, bevor noch die eigentlichen Verhandlungen begonnen haben und bevor die Auswirkungen der Vorschläge der Christen geprüft worden sind. Es hat wenig Zweck, gegenüber dem Wolf unter allen Umständen das Lamm spielen zu wollen.

Stillegung auch im Siegerland.

Wissen (Sieg), 6. Dezember.

Nunmehr hat auch der Verband der Siegerländer Gruben und Hütten die Stillegung der dem Verbande angeschlossenen Werke zum 1. Januar 1928 beschlossen. Die von der Stillegung betroffenen etwa 3200 Arbeiter sollen ihre Kündigung am 15. Dezember erhalten.

Mehr Bauarbeiterschutz!

Die neue Gerüstordnung für Berlin.

Von der Berliner Städtischen Baupolizei ist nach langen Vorbereitungen jetzt der Entwurf einer Polizeiverordnung betreffend Herstellung von Baugerüsten (Gerüstordnung) fertiggestellt worden. Dieser Entwurf liegt gegenwärtig dem Polizeipräsidenten zur Prüfung vor. Bei einem Vergleich des Entwurfs mit der bestehenden Gerüstordnung schneidet der erstere nicht günstig ab.

Es wird nicht behauptet werden können, daß die Innehaltung der Bestimmungen der künftigen Gerüstordnung durch das erschwerte Auffinden der einzelnen Vorschriften gefördert wird. Der Entwurf wird auch mit den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften noch in Uebereinstimmung gebracht werden müssen. Vielleicht genügt es, dort, wo die neue Gerüstordnung keine weitergehenden Maßnahmen fordert, auf die in Frage kommenden Unfallverhütungsvorschriften Bezug zu nehmen, um ein Nebeneinander ähnlich lautender Bestimmungen zu vermeiden.

An einer Stelle steht der Entwurf in einem direkten Gegensatz zu der Verordnung des Polizeipräsidenten vom 12. September 1923. In dieser Verordnung werden zur Ausführung von Bauten in über 7 Meter Höhe an den Außenseiten des Baues Standgerüste gefordert. Im Entwurf werden für die gleichen Arbeiten nur Auslegegerüste verlangt. Jeder Fachkundige weiß, daß Auslegegerüste kein vollwertiger Ersatz für Standgerüste sind. Wenn trotzdem der Entwurf nur Auslegegerüste zulassen will, dann erklärt sich das wohl daraus, daß die Berliner Bauunternehmer seit dem Jahre 1923 den Ersatz des Standgerüstes durch Auslegegerüste fordern und bisher bei der Berliner Baupolizei für diese Forderung ein sehr geneigtes Ohr gefunden haben. Die baugewerblichen Verbände haben sich wiederholt gegen diese Art Rüstung, die keinen hinreichenden Schutz gewährt, ausgesprochen.

Im Anhang des Entwurfs wird ein ganz abwegiger und schwere Folgen nach sich ziehender Standpunkt vertreten. Bei der Ausführung von Dacharbeiten — an sich schon gefährliche Arbeiten — sollen sich die Arbeiter durch Anseilen gegen Absturz sichern, „falls sie nicht schriftlich und ganz freiwillig erklären, die gefährlichen Arbeiten ohne Schutzmaßnahmen auszuführen".

Man stelle sich vor, welche Auswirkungen sowohl für die oben arbeitenden als auch für die unten an der Arbeitsstelle vorbeigehenden Personen eine solche „Schutzvorschrift" haben kann. Zweck der Gerüstordnung muß in erster Linie der Schutz der Bauarbeiter und auch des Straßenverkehrs sein; keineswegs gehören dort Bestimmungen hinein, mit denen sich die Unternehmer ihrer Verpflichtung der Herstellung von wirksamen Schutzvorkehrungen entziehen können.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben den ihnen zur Aeußerung zugeleiteten Entwurf mit ihren baugewerblichen Organisationen eingehend durchgeprüft und dem Polizeipräsidenten ihre Stellungnahme kürzlich zugeleitet. Soll die neue Gerüstordnung ihren Zweck voll erfüllen, dann muß der Entwurf in erheblichem Maße umgestaltet und verbessert werden.

Die Saareisenbahner stehen fest.

Vergebliche Aufforderung zum Streikbruch.

Saarbrücken, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Güterverkehr im gesamten Saargebiet ist völlig lahmgelegt. Es ist eine Generalsperrung vorgenommen worden, die nur in den dringendsten Fällen durchbrochen wird. Die Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben sind nicht abzusehen, zumal die Haltung der Regierung nicht dazu angetan ist, den Streik der Eisenbahner des Saargebiets abzukürzen.

Die Eisenbahnverwaltung hat an sämtliche Beamtenanwärter eine Aufforderung zur Arbeitsaufnahme gesandt, d. h. diese zum Streikbruch aufgefordert. Bisher hat sich niemand diesem Druck gebeugt. Die Eisenbahner sind entschlossen, im Streik so lange auszuharren, bis die Regierung bereit ist, ihrer berechtigten Forderung auf Wiederherstellung der reduzierten Löhne nachzukommen.

Trotz der wirtschaftlichen Auswirkungen des Eisenbahnerstreiks steht die große Masse der Bevölkerung mit ihren Sympathien auf der Seite der Eisenbahner. Das starrköpfige Verhalten der Regierung wird allgemein verurteilt. Die Zahl der Streikenden beträgt 8500.

Metallarbeiterverband. Morgen, Donnerstag, 19 Uhr, Versammlung der Eisengleichereiarbeiter und Branchenversammlung der Hilfsarbeiter. Die Eisengleicher tagen im Sitzungssaal, die Hilfsarbeiter im Parterresaal des Verbandshauses, Linienstr. 83—85. In beiden Versammlungen: Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages. Verbandsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, folgende Veranstaltungen: **Osten:** Jugendheim der Schule Litauer Str. 18. Heimbesprechung. Neuwahlen. — **Neukölln:** Achtung, neues Jugendheim! Böhmische Straße 1—4. Wir besuchen die Versammlung des Werbebezirks. — **Nordwest:** Realgymnasium Schleswiger Ufer 14. Heimbesprechung. — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1, 3 Tr. (Ledigenheim). Gruppenbesprechung und Neuwahl. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Arbeitsgemeinschaft: „Jugendbewegung — Arbeiterbewegung." Leitung: Kurt Michaelis.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Heimbesprechung: „Heimann unterm Brennglas." — **Schöneberg:** Jugendheim Dorfstr. 11 (Fabrikgebäude). Vortrag: „Gewerkschaftliches Bildungswesen." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Heimbesprechung. Aussprache über unsere Weihnachtsfeier. — **Nordring:** Jugendheim Eberswalder Str. 10, F. 12. Heimbesprechung. Zutritt nur mit Heimausweis und Verbandsbuch. — **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24—25. Heimbesprechung. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Heimbesprechung. Verbandsbücher und Heimausweis mitbringen. — **Ostkreis-Kursus:** Pistoriusstr. 3. „Wirtschaftswerden — Wirtschaftswesen." — **Achtung, Voranzeige!** Am Sonnabend findet im Rahmen der Weihnachtsmesse ein Bunter Abend im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 4, statt. Eintritt frei. Sprech- und Bewegungschor der FGJ., Orchester der Kunstgemeinde Wedding. — **Beachtet die neue Telephonnummer der Jugendzentrale: F. 7. Jannowitz 6281.**

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Sfkorn;** Feuilleton: **R. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Taschentücher
Weiss Batist mit Hohlsaum und reich bestickter Ecke, Schweizer Stickerei ... 3 Stück im Geschenkkarton 1,65
Weiss Batist 3 Stück, mit Hohlsaum, farbig gestickte Ecke u. 1 Flasche „4711", i. Geschenkkarton, apart Aufmach. 2,90

Schirme
Damen-Schirm Halbseide, schwarz, 1. teilig, Topform ... 6,90
Damen-Schirm Halbseide, farbig, 12 teilig, Topform ... 8,90

Konfektion
Morgenrock elegante fesche Form, zum Teil mit reicher Stickerei, in guter Flauschware 9,75
Morgenrock aus reinwoll. Flausch, moderne Form, gut verarbeitet ... 19,75
Kleid aus guten reinwoll. Stoffen, modern verarbeitet, mit Seite glocke, viele Farben ... 12,50
Mantel aus schwerer wollhalt. Winterware mit Abseite, aufgesetzte Taschen und Gürtel ... 14,50

Wäsche
Trägerhemd gute Qualität, mit Stickerei ... 1,85
Nachthemd reich garniert ... 2,95
Hemdhose gestreifte Kunstseide, mit Spitzen ... 3,75
Hemdhose Opal, sehr elegante Ausführung ... 4,50

Blusen
Jumper aus Kunstseiden-Crêpe, mit Weste fesch verarbeitet ... 8,90
Tricolett-Jumper weiss u. farbig, feinste Wäscheverarbeitung 9,75
Pullover Wolle mit Kunstseide, Original Wien, in schönen Farben 14,50
Jumper Crêpe de Chine gemustert, gute Qualität ... 16,75

Schürzen
Servierschürze Linon, mit Stickereieinsatz und Volant ... 1,25
Jumperschürze Waterproof ... 1,95
Hauskleid Zephir ... Grösse 42–46 2,95
Servierkleid Zanella, mit Pikee-Besatz ... 4,50

Trikotagen
Unterziehschlüpfer zarte Farben ... 95 Pf.
Hemdhose fein gewirkt, Baumwolle, Windelform ... 1,45
Schlüpfer mit warmem Futter, viele Farben ... 1,95
Schlüpfer echt Mako, reichhalt. Farbensort., Gr. 42–44, Grösse 46–48 2,45, 2,25

Damen-Strümpfe
Prima Mako oder Seidenflor, farbig und schwarz ... 1,65
Unterziehstrümpfe reine Wolle ... 1,75
Reine Wolle Kaschmir ... 2,95
Prima künstl. Waschseide Goldstempel ... 3,25

Damen-Handschuhe
Schwedisch imitiert, mitteleg. Umschlagmanschette, moderne Farben 1,95 2,45
Reine Wolle gestrickt, mit hellem Flanschrand, farbig ... 2,75
Ziegenleder viele Farben, mit 2 Druckknöpfen ... 4,90
Wildleder weiss, waschbar mit Wasser und Seife, mit 2 Druckknöpfen ... 5,90

Damen-Schuhe
Laschenschuhe (Kamelhaar-Art) Filz- und Ledersohle ... 1,90
Umschlagschuhe (Kamelhaar-Art) Filz- und Ledersohle ... 2,25
Brokat-Spangenschuhe Silber und Gold, eleganter Abendschuh ... 8,90
Atlasschuhe schwarz und grau, vornehmer Abendschuh 10,90

Parfümerien
Parfümzerstäuber elegant. Buntgläser, z. Teil mit Golddekor ... Stück 2,40, 1,90, 1,10
Modeparfüms mit feiner Toilettenseife im Geschenkkarton ... Stück 2,00, 1,75, 1,40, 95 Pf.
Eau de Cologne „Offrande" u. „Blumengeruch" von Chramy ... 2,75, 1,50, 85 Pf.
Feinste Toiletteseife „Unsere Marke" ... 3 Stück im Geschenkkarton 1,00

HERMANN TIETZ
Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr. • Chausseestr.

Gesundbeterepidemie um Potsdam

Zwei Diphterietodesfälle in einer Familie in Werder. — Die Eltern verheimlichen die Krankheiten und „kurieren" mit Beten.

Potsdam und seine Umgebung scheinen im Zentrum einer Gesundbeterepidemie zu stehen, die die bedenklichsten Formen für den geistigen und körperlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung anzunehmen beginnt.

Zurzeit hat auch in Werder die Diphtherie ihren Einzug gehalten, so daß zwei Klassen der Volksschule auf Veranlassung des Kreisarztes Dr. Manthey-Belzig geschlossen werden mußten. Bis jetzt sind 12 Erkrankungen an Diphtherie vorgekommen, wovon drei tödlich verlaufen sind. Leider scheinen tragische Umstände zum Tode der zwei Söhne des Steuersekretärs Fritz Paul, unter den Linden 20, in Werder geführt zu haben. Die Kinder, zwei und acht Jahre alt, **wurden von den Eltern nur durch Gebete und wie man annimmt, durch einen sogenannten Seelenheier aus Potsdam behandelt. Ein Arzt, und zwar Dr. Bamberg, wurde erst hinzugezogen, um bei dem Sohn Karlheinz den Totenschein auszufüllen.** Auf die Aufforderung des Arztes, ihm den zweiten Sohn zu zeigen, ob dieser etwa angesteckt ist, meinten die Eltern: „Unser Junge schläft, der ist gesund." Gewissenhaft bestand der Arzt auf Untersuchung des zweiten Kindes und was bot sich ihm dar: **der achtjährige Knabe Fritz lag im Kampf mit dem Erstickungstod. Der Arzt gab noch eine Serumspritze, um dann dem Kinde die Augen zuzudrücken.** Auf Anordnung des Kreisarztes ist jetzt eine polizeiliche Untersuchung in diesem Falle, der in Werder ungeheures Aufsehen erregt hat, eingeleitet worden. Die Aerzte befürchten, daß ein Bruder einer Gesundbetersekte aus Potsdam die Hand im Spiel hat. Der Vater des Steuersekretärs Paul war seinerzeit in Werder und Umgegend dafür bekannt, daß er Menschen und Tiere durch Besprechen und Gebete zu heilen versuchte.

Im übrigen sind die polizeilichen Ermittlungen im Falle des Weißenbergbruders Helmuth Holz aus Potsdam abgeschlossen und der Potsdamer Staatsanwaltschaft zugeleitet worden. Es ist möglich, daß hier Anklage wegen Gaukelei bzw. groben Unfugs erhoben wird. Leider stehen die Aerzte dem gewissenlosen Treiben bestimmter Sekten machtlos gegenüber, solange nicht die Polizei die Gesundbeterversammlungen auflöst.

Wie wir weiter erfahren, wurde gestern abend wiederum im „Alten Fritz" zu Potsdam eine Versammlung der Weißenbergbrüder abgehalten. Man ließ nur Mitglieder mit Karten zu. Den Pressevertretern wurde der Eintritt in den mit schwarzweißroten Emblemen geschmückten Saal nicht gestattet. In der Versammlung wurde bekanntgegeben, daß von heute an die Krankenbehandlung durch die Weißenbergbrüder nur auf schriftlichen Antrag geschieht, damit man den zuständigen Medizinalbehörden sagen kann, daß die Brüder zur Heilung gerufen worden seien. Die Versammlung, bei der wieder mehrere Frauen in religiöse Verzückungen gerieten und an der auch Kinder von 10 und 12 Jahren teilnahmen, verlief im großen und ganzen ungestört. An den Vorstand traten nach Schluß der Versammlung tatsächlich etliche bedauernswerte Opfer dieser Sekte heran, um die schriftliche Aufforderung abzugeben, daß sie durch die Brüder behandelt werden wollten.

•

Es ist an der Zeit, nach den skandalösen Vorfällen der letzten Monate die Wirksamkeit dieser religiös drapierten Sekten einmal mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen. Der Hauptschädling ist die Vereinigung mit dem bombastischen Namen: „Evangelisch-Johannische Kirche nach der Offenbarung St. Johannis", die von dem sattsam bekannten Joseph Weißenberg gegründet wurde. Mit sogenannter seelsorgerischer Tätigkeit verbindet diese Sekte Gesundbeten und Geisterbeschwören durch „Zungenreden", zwei üble Erscheinungen, die oft die allerschlimmsten Folgen, sei es nun für die Gesundheit, sei es für Gemüt und Verstand, haben. Leider scheint es bei der Verranntheit der Betroffenen oft hoffnungslos, diesem Wahnwitz mit Vernunftgründen begegnen zu wollen; Logik und Wunderglaube stehen einander nun einmal feindselig gegenüber. Aber vielleicht sind nackte Tatsachen geeignet, die Betörten zu belehren.

Der evangelische Pfarrer Eberhard, der die Sekte der Weißenberger bekämpft, berichtete seinerzeit über einen besonders tragischen Fall, der ähnlich verlief wie die Angelegenheit, über die wir in unserer heutigen Spitzenmeldung berichten. Ein Kind wurde krank, der Vater aber wollte keinen Arzt holen, denn er sagte: „Mein Kind stirbt nicht, Bruder Weißenberg hats gesagt!" Da keine sachgemäße Hilfe geleistet wurde, starb das Kind, aber auch jetzt noch war der Vater so verwirrt, zu erklären, Bruder Weißenberg habe ja den Tod des Kindes vorausgewußt. Aber jetzt sei das Kind gar nicht sein Kind mehr, denn Bruder Weißenberg habe die Seele in das Fräulein v. T. hineingezaubert. Dieses Fräulein v. T. hatte nämlich Weißenberg ein Grundstück zu Siedlungszwecken billig veräußert und später Gewissensbisse verspürt. Durch die Hineinzauberung der reinen Kinderseele in den Leib des Fräulein v. T. sei ihr Gewissen wieder beruhigt worden. Erhellt nicht solch schier unglaublicher Fall die ganze Verderblichkeit dieser Sekte, die überspannten Menschen den Kopf vollkommen verrückt macht und zudem zarte Menschenleben vernichtet, die bei richtiger ärztlicher Pflege hätten gerettet werden können?

Der Leichenskandal in Potsdam, der gleichfalls auf die Weißenberger zurückzuführen war, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Nach zehnwöchigem schweren Krankenlager war ein Lebensmittelhändler an Magenkrebs gestorben. Die Witwe weigerte sich, die Leiche aus der Behausung fortschaffen zu lassen, weil ein Bruder der Weißenbergsekte den toten Körper durch Auflegung von heißen Packungen dauernd erwärmte und behauptete, auf diese Weise den Verstorbenen zu neuem Leben erwecken zu können. Dauernd saß der Bruder am Totenbett und bestrich den Toten von oben bis unten. Als dann auf das empörte Eingreifen der Nachbarn hin die Polizei sich mit der Angelegenheit befaßte, war der Körper schon in Zersetzung übergegangen. Nebenan aber waren nach wie vor Lebensmittel verkauft worden! Wir verlangten damals, daß die Behörden aus sanitären Gründen gegen ein derartiges Verbrechen an der Bevölkerung auf Grund der bestehenden polizeilichen Vorschriften energisch einschreiten sollten. Wir haben leider nicht gehört, daß dies seitens des Potsdamer Polizeipräsidiums geschehen ist. — Wie weit der Wahnwitz der Weißenberger geht, zeigt sich auch aus der Tatsache, daß Silvester 1925 der vom heiligen Geist besessene Oberprophet den Weltuntergang prophezeite, vor dem freilich die Brüder und Schwestern durch vom Himmel herantrabende geflügelte Pferde gerettet würden. Tatsächlich hatten sich die Anhänger des Propheten in Reitstiefeln versammelt, um der Katastrophe zu entgehen und ins Himmelreich einzugaloppieren. Allwöchentlich finden in Potsdam und Umgegend sogenannte Gottesdienste der Sekte statt. Allgemein sind die Gläubigen der Ueberzeugung, daß der Tee und die Kräuter, die Weißenberg und seine Schüler vertreiben, von Gott gesegnet sind und zur Erhaltung der Gesundheit beitragen. Natürlich handelt es sich dabei um glatten Unfug.

Es ist eigentümlich, daß gerade Potsdam, die reaktionäre Zentrale Preußens, von dieser Seuche des Unverstandes und des Aberglaubens so besonders heimgesucht ist. Erst gestern berichteten wir wieder über einen Fall, in dem eine Potsdamer Schwindlerin mit einer törichten Patientin monatelang ihren Hokuspokus trieb, sie bis aufs Hemd ausplünderte und sie mit Milchwasser und Hühneraugenmitteln von einer eingebildeten schweren Krankheit heilen wollte. Vielleicht ist es kein Zufall, daß eben in Potsdam diese verderbliche Gesundbeter- und Kurpfuscher-Epidemie besonders verbreitet ist.

Erneut belasten jetzt zwei verlorene Menschenleben das Schuldkonto der Weißenberger und ihrer Gesinnungsgenossen. Werden die Verführten endlich einsehen, welchem furchtbaren Schwindel sie zum Opfer fallen? Wird die Polizei endlich, nachdem wir schon seit Jahren ein energisches Eingreifen verlangt haben, rücksichtslos durchgreifen und einem Wahnwitz ein Ende machen, der zu immer neuen Todesopfern führt?

Potsdamer Rauscherei!

Exerzierreglement für Straßenbahner in Sicht?

In den Straßenbahnwagen der Stadt Potsdam hat der sattsam bekannte Herr Oberbürgermeister Rauscher diese famose Bekanntmachung öffentlich anschlagen lassen:

„Br. 21. D. Bekanntmachung. Betr. Beschwerde des Herrn Oberbürgermeisters.

Herr Oberbürgermeister hat mitgeteilt, daß er von einem großen Teile des Personals der Straßenbahn nicht gegrüßt wird, obgleich er bestimmt weiß, daß die Betreffenden ihn kennen.

Außerdem beschwert sich Herr Oberbürgermeister darüber, daß diese in einer Form grüßen, die direkt disziplinwidrig ist. Ich glaube, daß dieser Hinweis genügt, um hier eine sofortige Aenderung eintreten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister ist nicht nur Dezernent der Städtischen Elektrizitätswerke, sondern auch als Oberhaupt der Stadt Vorgesetzter. Auch ich habe bemerkt, daß ein Teil des Personals mir gegenüber eine lasche Haltung annimmt. Sollte diese Beobachtung von mir auch künftig gemacht werden, so werde ich Veranlassung nehmen, hier einzugreifen.

Potsdam, den 2. Dezember 1927. gez.: Jesinghaus."

Wenn unsere Informationen zutreffen sollten, so beabsichtigt Herr Oberbürgermeister Rauscher, die Vorschriften über die Ausbildung der Straßenbahner von Grund aus zu ändern. Im neuen Reglement sollen Exerzierübungen für die Straßenbahner eine Hauptrolle spielen; vor allen Dingen dürften Vorbeigehen in gerader Haltung, Grüßen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung und Frontmachen geübt werden. Daß der pp. Rauscher bei den Straßenbahnern nicht sonderlich beliebt ist, kann niemand wundern: er war es, der den schlecht bezahlten Straßenbahnern für dürftiges Entgelt einen doppelten Sonntagsdienst aufbrummte, weil etliche Wehrwolfmännlein in Potsdam eine Zusammenkunft veranstalteten. Es ist der gleiche Rauscher, der selber undiszipliniert genug war, nicht zu wissen, daß der Bürgermeister einer deutschen Stadt beim Empfang ausländischer Journalisten die verfassungsmäßigen deutschen Farben zu zeigen hat. Er ist identisch mit dem Mann, der als Rauscher an der Wand durch seine Lauscher bei der Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor dem Potsdamer Rathaus seine eigne Schand' hörte.

Die Straßenbahner täten gut, Herrn Rauscher in Zukunft mit so altpreußischer Strammheit zu grüßen, daß ein Teil der Mitfahrer vor Schreck von den Sitzen fällt und die anderen denken, irgend jemand sei übergeschnappt.

Gegen Keudellgesetz
und Verkirchlichung der Schule

richtet sich eine öffentliche Kundgebung, die am
Mittwoch, 7. Dezember, 19½ Uhr, in Tempelhof,
Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße, stattfindet. Landtagsabg. **Hildegard Wegscheider** spricht über **„Soll die Volksschule ganz der Kirche ausgeliefert werden?"**, Rektor **Linke** spricht über die **Errichtung einer weltlichen Schule im Bezirk Tempelhof.**

Genossen, werbt für Massenbesuch!

Kreisvorstand d. Sozialdem. Partei. Freie Schulgesellschaft Tempelhof.

57]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Doch Dascha war schon eine andere als damals. Sie wußte, was sie aufs Spiel setzte, und war zu jeder Stunde bereit. Sie dachte lang nach, wie sich zu halten, um nicht schwach zu werden. Sie würde über alles hinweggehen, alles ertragen können — Qualen und vielleicht auch den Tod. Nur ein Gedanke quälte sie unerträglich in ihrem Herzen: über Njurka könnte sie nicht hinweg.

Sie sah sich in der schimmligen, zementenen Dunkelheit um, und sah einen Schnurrbart und Augenbrauen, wie Fetzen aus Werg. Die Augen erkannten sie nicht und glitten auf andere über. Sie begriff — man darf nicht erkennen. Und sie sah noch etwas: da liegt Fimka, zusammengekauert und zittert vom Weinen, und neben ihr sitzt ihr Brüderchen Petro, und seine Wangen sind mit Flaum bedeckt, wie bestaubt sehen sie aus. Er streichelt Fimka das Haar, den Rücken, flüstert ihr etwas zärtlich zu, und sein Gesicht ist wie trunken.

Hier erfuhr sie zum ersten Male das Grauen menschlicher Qualen.

Zuerst schleppte man den Schnurrbärtigen hinaus und dann — sie. Man führte sie hin. Der Schnurrbärtige war nicht mehr da. Derselbe junge Hauptmann, mit den Pickeln im Gesicht, sah sie an — erkannte sie sofort.

„Aha, hast uns wieder mit deinem Besuch beehrt? . . . Nun, diesmal wirst du von hier nicht wegkommen. Nun, wie hast du die Grünen gefüttert? Warum hast du gelogen, warum sagtest du, daß du nicht weißt, wo dein Mann sei?"

Wie ein dummes, kleines Mädchen glotzte Dascha den Hauptmann an, wie ein dummes, kleines Mädchen antwortete sie: „Ihr habt mir nicht gesagt, wo mein Mann ist, wohin Ihr ihn verschleppt habt . . . und jetzt wollt Ihr mir gar die Grünen aufhalsen . . ."

„Wir werden mal sehen, wie deine Wahrheit ausschaut . . . führt sie in die Küche und füttert sie dort ordentlich."

Man schleppte sie in einen anderen kleinen Keller, eine breiige Masse bedeckte den Boden, und Leichengeruch erfüllte den Raum. Am Boden lag ein Mensch, mit blutigem Schmutz besudelt, kraftlos pendelte sein Kopf in der Jauche hin und her, während sein Blut in Strömen aus ihm herausfloß. Und neben ihm brüllten und kreischten zwei ungeschlachte Kosaken und schlugen mit ihren Peitschen auf ihn los.

Jemand, sie erinnerte sich nicht, wer, verbrannte ihren Rücken mit einem Nagaikaschlag, der wie Feuer schmerzte.

„Eins — zwei . . . so, da hast du, Hündin! . . . Siehst du, wie der da, wirst du auch kriegen. Zeig mal diesem Aas den schönen Mann dort . . . Erkennst du dieses Vieh? . . ."

Und sie fühlte nichts mehr als ihr gequältes Herz. Sie raffte alle Kräfte ihrer Seele zusammen, um nicht hinzufallen.

„Warum quält Ihr? . . . Wofür? . . . Ja, woher soll ich denn diesen Mann kennen?"

„Gib dem Onkel dort noch einen Braten . . ."

Und wieder schlug man Jefim mit einer Nagaika, und er drehte seinen Kopf hin und her und schwieg. Und Dascha fühlte, daß ein großes Opfer und ein Grauen in diesem Schweigen des Schnurrbärtigen war. Und fühlte — man muß nur eines: schweigen bis zum Krachen der Sehnen in den Rippen, schweigen — und das Herz zusammenpressen.

„Nun sag, du Teufelspuppe, was für Kunststücke hast du mit diesem Schurken da gemeinsam verübt? Sag es — und wir werden ihn nicht mehr anrühren, und du kannst dann nach Hause gehen."

„Ich weiß vor gar keinen Kunststücken . . . Ich bin mit meiner kleinen Tochter ohne Mann hier geblieben . . . Wozu quält Ihr also? . . ."

Und wieder verbrannte sie ein unerträgliches Feuer durch und durch. Sie konnte sich nicht mehr zurückhalten, das Herz riß ihr fast, und sie schrie mit durchdringender Stimme: „Was habe ich euch denn getan? Warum schlagt Ihr mich?"

„Sprich . . . sag nur ein Wort — und du wirst frei sein."

Und kaum hatte Dascha diese Worte gehört, als sie sofort begriff: diese Menschen wußten nichts von ihrer Arbeit, man hatte sie nur hergenommen, weil man sie sich von früher her gemerkt hatte. Man hatte keine von den anderen Weibern festgenommen, nur sie. Und Fimka? Fimka ist was anderes. Man hatte sie ihres Bruders wegen hergeschleppt. Wahrscheinlich hatte man sie unerwartet in ihrer Hütte zusammen gefaßt. Dascha begriff das, und das Blut floß wieder ruhiger in ihren Adern.

„Quält mich nicht weiter . . . Ich arbeite und störe keinen Menschen."

„Gib dem Onkel da noch einen Braten . . . so . . . so . . . hau ihn! So, fester noch, daß er grunzen soll und daß ihm die rote Suppe rauskommt."

Der Körper des Schnurrbärtigen lag im Schmutz und zuckte schon in ersterbenden Krämpfen. Und die ermüdeten, von Schweiß dampfenden Kosaken peitschten das blutige Fleisch, und an den Nagaikas blieben Fleischfetzen und Blutstropfen hängen.

Der Körper von Fimkas kleinem Bruder Petro fiel vor Dascha mit schrecklichem Stöhnen in die roten Pfützen.

Kotüberschmiert, mit tierischer Angst in den Augen, sprang er auf die Füße, glitt aus, fiel wieder hin, sprang wieder auf und lief mit nackten Füßen im Schlamm klatschend. Hinter ihm zwei Kosaken mit Nagaikas. Petro heulte nicht mit seiner Kehle — sein ganzer Körper heulte. Er entwich ihnen und lief wieder blind, ausgeliefert, auf die andere Seite. Ihm entgegen sprang ein Kosak, spuckte und schlug mit aller Wucht mit seiner Nagaika über Petros Knie. Petro winselte laut auf wie ein Hund und fiel mit dem Bauch in den Schlamm.

Mit erkalteten Augen sah Dascha die Foltern ihrer Genossen, und stumm und halb irrsinnig, konnte sie ihre Augen nicht wegwenden. Sie sah hin und sah nichts anderes als Blut, das siedete und brodelte wie ein aufgeregtes Meer. Und in der Luft war Blut, und im Hirn war Blut, und hinter den verstaubten Fensterlöchern war Blut.

Im hellen, ihr schon bekannten Zimmer kam sie zum Bewußtsein.

„Nun, junge Frau, hat dir unsere Küche gefallen? Und jetzt sag, was du weißt."

„Ich weiß nichts . . . gar nichts."

„Und du kennst auch nicht diesen Burschen und dieses Mädel?"

„Fimka kenne ich und auch Petro . . . ich habe sie schon als Kinder gekannt."

Zwei Offiziere, ebenso jung wie der Hauptmann, flüsterten ihm etwas ins Ohr. Er runzelte seine Stirn und zuckte mit der Wange.

„Ueberlaß sie jetzt uns, Hauptmann: wir werden sie ein wenig desinfizieren."

Und Grimassen schneidend, schlugen sie ihr mit schrecklichen Worten ins Gesicht, und diese Worte taten mehr weh als die Nagaikaschläge.

Sie lief in die Ecke des Zimmers und wehrte sich mit den Händen.

„Nicht! Nein, nicht! . . . Eher sterben. . . . Nein, nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

Ehen werden im Himmel geschlossen ...

Die lebenslustige Bardame.

Wegen versuchter Tötung, die er an seiner 39jährigen lebenslustigen Ehefrau begangen hatte, mußte sich der Primgeiger in einer Konzertkapelle namens Martin Adler vor dem Schwurgericht III verantworten. Das Ehepaar lebte seit langem schlecht zusammen. Infolge einer Krankheit war Adler zum Morphinisten geworden. Es kam zu häufigen Streitigkeiten. Adler machte mehrere Morphiumentziehungskuren durch und war längere Zeit arbeitsunfähig. Nach einer neuen Kur in der Charité wurde er kurz vor Ostern endlich als geheilt entlassen.

Inzwischen hatte aber seine Frau eine Stellung als Bardame in der Friedrichstadt angenommen. Die hübsche elegante Frau hatte bald einen Schwarm von Verehrern hinter sich und wurde besonders von einem reichen Ausländer umworben. Schon bei den Besuchen der Frau im Krankenhaus fiel es Adler auf, daß sie bald ein neues Kleid, bald einen neuen Hut oder neue Schuhe hatte. Sie beschwichtigte ihn aber immer, daß sie mit den Gästen nicht in Berührung käme, aber viel verdiene. Als Adler heimgekehrt war, mußte er die Wahrnehmung machen, daß seine Frau nächtelang wegging. Er ging schließlich selbst in die Bar und hatte den Eindruck, daß sie mit dem ausländischen Gaste doch etwas zu intim sei. Zu Hause kam es zu Auseinandersetzungen und man einigte sich schließlich auf die Scheidung. Frau Adler wollte ihrem Manne 500 M. zur Verfügung stellen, damit er sich erholen könne, um wieder arbeitsfähig zu sein. Das Geld war, wie sie vor Gericht behauptete, nicht etwa von einem Liebhaber, sondern ihr „Ersparies". Dann wollte Frau Adler wieder das Geld nicht herausgeben, als der Mann eines Morgens schon den Koffer gepackt hatte. Sie lag im Bett und weigerte sich aufzustehen. Plötzlich warf sich Adler zu ihr ins Bett und auf einmal fühlte sie einen Stich am Hals. Er hatte in jeder Hand ein Messer und versetzte ihr noch mehrere Stiche am Kopf und Auge. Es kam zu einem Kampfe, in dessen Verlauf Frau Adler in ihr Schlafzimmer flüchten konnte, wo sie sich einschloß und Hilfe anrief. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht wisse, was er in seiner Erregung gemacht habe, jedenfalls aber habe ihm ferngelegen, seine Frau zu töten. Auch Frau Adler, die sich jetzt mit ihrem Manne wieder ausgesöhnt hat, stellte vor Gericht die Sache viel harmloser dar. Sie habe ihren Mann gereizt, indem sie sich ihrer Liebhaber vor ihm rühmte. Er habe sie aber nicht mit dem großen Küchenmesser, das er in der linken Hand hatte, gestochen, sondern nur mit einem ganz winzig kleinen Messerchen. Der Verteidiger bestritt gegenüber dem Strafantrag des Staatsanwalts, daß eine Tötungsabsicht vorgelegen habe und berief sich auch auf die übereinstimmenden ärztlichen Gutachten, daß der Angeklagte Martin ein großer Nervenschwächling sei, der sich bei seinem Vorgehen und in seiner Eifersucht zweifellos keine klaren Gedanken gemacht habe. Das Schwurgericht nahm auch nur gefährliche Körperverletzung an und verurteilte Adler zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft. Für die Reststrafe bekam er Bewährungsfrist.

Selbstmord auf der Nord-Süd.

Auf dem Untergrundbahnhof Gneisenaustraße spielte sich in den gestrigen Nachmittagsstunden ein aufregender Vorfall ab. Der 42jährige Mechaniker Albert Sange aus der Simon-Dach-Straße 9 warf sich vor einen einfahrenden U-Bahnzug. Der Führer bremste zwar sofort, doch gingen die Räder mehrerer Wagen über den Unglücklichen hinweg. Die Feuerwehr, die mit einem Löschzug und einem Rüstwagen an der Unfallstelle erschienen war, konnte die Leiche des Selbstmörders erst nach dreiviertelstündiger Arbeit bergen. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt. Durch den Vorfall wurde eine empfindliche Verkehrsstörung von fast einstündiger Dauer verursacht.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Beim Schlittschuhlaufen auf dem Dämeritzsee bei Hessenwinkel brach der 12jährige Wilhelm Carp aus der Lindenstraße 14 zu Hessenwinkel vor den Augen mehrerer Kameraden an einer dünnen Stelle ein und ging unter. Alle Rettungsversuche blieben erfolglos. Der Reichswasserschutz suchte längere Zeit vergeblich nach der Leiche des Ertrunkenen.

•

Die üble Sitte des „Anhängens" hatte gestern in der Mirbachstraße einen schweren Unfall zur Folge. Der achtjährige Schüler Erwin Krisxit aus der Mirbachstraße 5 hängte sich an einen fahrenden Straßenbahnwagen. Plötzlich verließen ihn die Kräfte, und er stürzte auf den Fahrdamm. Der Junge kam so unglücklich zu Fall, daß er unter die Räder des Anhängers geriet. Das rechte Bein wurde dem Unglücklichen bis zum Knie abgefahren. Der Schwerverletzte fand im Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus Aufnahme, wo er bedenklich daniederliegt.

Beutefahrt in der Klavierkiste.

Ein gewisser Paul Heckmann, der sich als Kistenfahrer betätigt hatte, war seinerzeit wegen seiner Missetaten zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt und vor etwa fünf Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden. Er begab sich nach einem kleineren Ort bei Bremen und nahm dort Arbeit in einer Wollkämmerei. Seine Mußestunden verwendete er dazu, sich eine große Klavierkiste zurechtzubauen, die er mit einer Einschlüpföffnung versah. Er gab dann die Beschäftigung in der Wollkämmerei auf, brachte die Kiste als Frachtgut auf den Weg nach Berlin und benutzte eine Gelegenheit, um sein Versteck aufzusuchen. Unterwegs entstieg er dem Gehäuse, erbrach andere Stückgüter im Waggon und verstaute alles, was er erbeutete, fein säuberlich in seiner Kiste. Auch in dem Lagerschuppen in Berlin auf dem Lehrter Bahnhof fand Heckmann noch mancherlei, was ihm verwendbar erschien. Er suchte sich nun, da seine eigene Kiste allmählich zu eng wurde, andere Behältnisse und packte ein, was er konnte. Der Speditionsfirma gegenüber wies er sich mit einem Paß aus, auf den hin man ihm Lagerung der Kisten zusagte. Die Kriminalpolizei aber hatte Kenntnis davon bekommen, daß bei einer Speditionsfirma im Zentrum der Stadt mehrere große Kisten lagerten, deren Besitzer ein gewisser Paul Heckmann war. Er hatte sie dort untergestellt unter dem Vorgeben, daß er erst einen Käufer suchen müsse. Die Lagerräume wurden nun beobachtet und als Heckmann erschien, nahm man ihn fest, weil man glaubte, daß die Waren aus Einbrüchen in Berlin stammten. Der Inhalt der Kisten, 58 Stücke Rohleder, 61 Kartons Tabak zu je 50 Pfund und 12 Zentner Stoffe aller Art, wurde beschlagnahmt. Bei den weiteren Nachforschungen stellte es sich nun heraus, daß Heckmann sich als Kistenfahrer betätigt hatte und daß die Waren nicht aus Geschäftseinbrüchen stammten, sondern durch Eisenbahnwagenberaubungen erbeutet waren.

Die Entwicklung des Nachtflugverkehrs

Berlin als modernster Luftbafen.

Die Deutsche Lufthansa veranstaltete am Montagabend eine Besichtigung der Anlagen im Zentralflughafen Tempelhofer Feld, die zur Sicherung des Nachtflugverkehrs kürzlich fertiggestellt wurden. Direktor Milch von der Lufthansa gab den Vertretern des Magistrats, der Luftfahrtindustrie und der Presse einen Ueberblick über den heutigen Stand des Nachtflugverkehrs, der als Fortführung des Tagesdienstes unbedingt erforderlich sei.

Seit 1926 besteht auf der Strecke Berlin—Danzig—Königsberg als Mittelglied für die Linie London—Moskau ein Nachtflugverkehr mit Passagieren, der der erste in der Welt ist, während vorher sowohl in Deutschland wie auch in Amerika in der Nacht auf einigen Strecken nur Postflüge durchgeführt wurden. In diesem Jahre ist auch die Strecke Berlin—Hannover, die später nach Köln verlängert werden soll, in den Nachtflugverkehr einbezogen worden. Die Strecken Berlin—Halle—Nürnberg—München und Berlin—Breslau—Gleiwitz befinden sich zurzeit im Ausbau. Direktor Milch gab dann einen Ueberblick über die technische Ausgestaltung der Streckenbefeuerung. Sie besteht aus Haupt- und Nebenfeuern, die in Entfernungen von 30 bzw. 50 Kilometern in Form von starkkerzigen Drehlichtscheinwerfern und von Neonlampen für die Nebenfeuer angebracht sind. Alle 30 bis 50 Kilometer ist ein Notlandeplatz vorgesehen. Die Streckensicherung erfolgt ferner durch ständige Wetterberatung des Piloten unter Verwendung der Funktelegraphie und durch ein Signalsystem zwischen den Flugwachen und der Besatzung der Flugzeuge. Die Maschinen selbst sind mit Landescheinwerfern, elektrisch entzündbaren Magnesiumfackeln unter den Tragdecken und mit Positionslichtern nach Art der Schiffe ausgerüstet.

Ueber die Nachtbefeuerungsanlage des Flughafens Tempelhof sprach dann Direktor Böttger von der Flughafengesellschaft. Auf den beiden Funktürmen sind zwei Neonblinkfeuer angebracht, die im Morsezeichen den Buchstaben B (Berlin) geben, die aber auch auf festes Licht eingestellt werden können. Der Flugplatz selbst ist von 58 großen Neon-Röhrensystemen umgeben, die in Abständen von 50 Metern das bekannte rote Licht zeigen, das man von der Reklamebeleuchtung her kennt. Ein bei Nacht beleuchteter Windrichtungsanzeiger in Form eines sich selbsttätig in die Windrichtung einstellenden Flugzeuges, ein großer Scheinwerfer von einer Viertelmilliarde Kerzenstärke und eine nicht blendende Beleuchtung des Hallenvorgeländes vervollständigen die Nachtbeleuchtungsanlage. Ein vierhundert Meter langer leuchtender Landestrich wird jeden Abend aus farbigen Petroleumlampen in der Windrichtung aufgebaut, so daß ankommende Flugzeuge nicht nur den Ort, sondern auch die Richtung des Landens erkennen.

Arbeitsgemeinschaft sozialist. Lehrer und Lehrerinnen, Bezirk Groß-Berlin

Dezember-Versammlung am Sonnabend, dem 10. Dezember, abends 7 Uhr im Real-Gymnasium, Neukölln, Kaiser-Friedrich- Ecke Fuldastr.

(Untergr.-Bhf. „Rathaus". Ausg. Fuldastr. oder Straßenb. 93, 98, 9, Autobus 4 und 30. Eine zentraler geleg. Aula war nicht z. Verfügung)

Tagesordnung:

1. Zusammenwirken von Volks- und Berufsschule, Referent Genossin Dipl. Handelslehrerin Hartoch.
2. Bericht von der Wiener Reise Berliner Lehrer, Referent Gen. Stadtrat und Rektor Rieck.

Eintritt nicht ohne Mitgliedsbuch der Partei!

Funkwinkel.

Die Sendespiele warteten diesmal mit modernster Musik auf: „Die Heilige", musikalische Legende von Manfred Gurlitt, Text von Karl Hauptmann. Modernste Musik kann dramatische Spannung auslösen. Wird aber von jedem Rhythmus Abstand genommen, so zerfließt das Werk in eine Gleichförmigkeit, die man mehrere Stunden lang nur schwer ertragen kann. Dabei kann es sich, wie in Gurlitts „Heiligen", durchaus um in ihrer Art eindrucksvolle Musik handeln. Aber der Titel „Legende" und das psychologisch-lyrische Textbuch Karl Hauptmanns sind für den auf diese Musik nicht eingestellten Hörer keine Begründung, sondern höchstens eine Entschuldigung, die der Verstand annimmt. Man hätte dem Werk und der musikalischen Richtung, die es vertritt, gewiß aber auch den meisten Funkhörern einen besseren Dienst erwiesen, wenn man statt des ganzen Werkes nur einen Abschnitt aufgeführt und ihn durch einen sehr ausführlichen, sehr klaren, von zahlreichen musikalischen Beispielen begleiteten Vortrag ergänzt hätte. — Zwei Vorträge des Tages beschäftigten sich mit Erziehungsproblemen. Dr. Karl Würzburger sprach verständnisvoll und überzeugend von den Zusammenhängen, die die Welt des Erwachsenen mit der des Kindes innerlich haben muß, wenn Kindererziehung fruchtbar sein soll. Mehr mittelbares Verhältnis zu diesem Problem hatten die anschaulichen Darlegungen Dr. Friedrich Luthers, der im „Seelenleben der Jugendlichen" die Stimmungen und Neigungen des sich entwickelnden und entfaltenden Menschen beleuchtete. — Oberregierungsrat Dr. Hans E. Hirschfeld gab in dem Zyklus „Der Staat und seine Verwaltung" eine Darstellung der Zusammenhänge von Verfassung und Verwaltung. In seinen wertvollen Ausführungen zeigte der Vortragende, daß die Verwaltung in unserem heutigen Staat als unmittelbare Funktion der Verfassung anzusehen ist. Jeder ist verantwortlich für das, was im Staate geschieht, weil jeder wahlberechtigte Bürger zu der Gestaltung der Staatsverwaltung mit beiträgt. Tes.

Die Boxerbraut.

Freundliche Damen und ihr Opfer.

Diesmal war es ein Viehhändler, der der „Boxerbraut" zum Opfer fiel. Die schlagfertige Dame, eine Blumenhändlerin, die unter dem Namen „Boxerbraut" in ihren Kreisen bekannt ist (sie heißt in Wirklichkeit Anita Warkowski), wurde bald darauf in ihrer Wohnung festgenommen. Sie leugnete alles und bekam jedesmal, wenn sie in die Enge geriet, wenigstens scheinbar einen Krampfanfall, fiel vom Stuhl und tobte und schrie. Weil sie vollständig überführt war, so verzichtete man auf dem Polizeipräsidium auf weitere Verhöre und brachte sie nach Moabit. In ihrer Nähe in der Hübnerstraße waren zwei junge Burschen gesehen worden, von denen man annahm, daß sie in Hilfsstellung gestanden hätten, zumal da auch sie davonliefen, als Anita mit der Beute die Flucht ergriff. Gestern gelang es den Beamten des Raubdezernats, diese beiden Burschen von 18 und 19 Jahren zu ermitteln und festzunehmen. Sie legten gleich ein umfassendes Geständnis ab und bekannten auch, daß die Boxerin von ihrem Raube jedem 40 Mark abgegeben hatte. Wie sie sagen, getraute sich Anita durchaus, mit dem Viehhändler, den sie in einem Lokal angesprochen hatte, allein fertig zu werden. Sie standen nur für den Fall bereit, daß sich andere Leute eingemischt hätten. Jetzt wurden noch andere Gewaltstreiche der Boxerin bekannt. Einige Tage vor dem Ueberfall auf den Viehhändler hatte sie, gewissermaßen „im Training", ein Mädchen, das sie im Verdacht hatte, ihr einen Liebhaber abspenstig gemacht zu haben, mit einem Boxerhieb niedergestreckt. Einem Kartoffelhändler, von dem sie Ware bezogen hatte, nahm sie bei der Abrechnung in einem Lokal die Brieftasche mit 250 Mark weg und bezahlte ihn dann mit 200 Mark von seinem eigenen Gelde. Der Händler, der Anita und ihren schweren Schlag kannte, sagte nichts, steckte die 200 Mark ein, als ob es in Ordnung gewesen wäre, und verlegte die endgültige Auseinandersetzung auf das neutrale Gebiet der Kriminalpolizei. Daran hat er wohlgetan, auch ihm wäre es bei einer Auseinandersetzung an anderer Stelle sicher nicht gut gegangen. Anita hat Schuhgröße 43, und ihre Handschuhe sind auch gerade keine Babyfäustlinge.

•

Eine Vertrauensseligkeit, die in der Großstadt nicht angebracht ist, hat wieder einmal einem Fremden schweren Schaden gebracht. Ein Kaufmann aus Süddeutschland traf vorgestern auf dem Anhalter Bahnhof hier ein und suchte nach der Gepäckaufbewahrungsstelle. Da gab ihm eine „junge Dame", die „zufällig" in seine Nähe kam, bereitwilligst Auskunft. Zum Dank dafür lud er sie zu einer Tasse Kaffee ein. Im Anschluß daran trank man auch ein paar Flaschen Wein. Erst als der Kaufmann im Hotel erwachte, entdeckte er, daß er den Verwahrungsschein nicht mehr besaß. Er eilte nach dem Bahnhof, erfuhr aber nur noch, daß sein ganzes Gepäck, ein Reisekorb, eine AEG.-Schreibmaschine und eine Tigerfelldecke, bereits abgeholt war. Der Reisekorb enthielt außer wichtigen Geschäftspapieren für 9000 Mark protestierte Wechsel, die für die Diebin nicht den geringsten Wert haben. Auf ihre Wiederbeschaffung hat er eine hohe Belohnung ausgesetzt. Die Diebin ist etwa 30 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes, langes Haar, ein frisches, rundes Gesicht und trug dunklen Topfhut und rötlichbraunen Mantel mit hellem Pelzbesatz.

Selbstmordversuch der Frau Ellen Holtz.

Die vor einigen Tagen wegen Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilte Frau Ellen Holtz hat im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch verübt. Nach ihrer Verurteilung hatte Frau Holtz einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten. In vorsorglicher Weise war sie mit einer anderen Gefangenen zusammengelegt worden. In der Sonntagnacht hat nun Frau Ellen Holtz, kurz nachdem die Aufseherin um 3 Uhr ihren Rundgang beendet hatte, sich aus einem Bettuch einen Strick verfertigt und damit an der Zellentür aufgehängt. Die Zellengenossin, die kurz vorher eingeschlafen war, erwachte durch ein besonderes Geräusch. Als sie ihre Mitgefangene scheinbar leblos am Strick hängen sah, zog sie sofort an der Glocke Sturm. Bevor die Wärterin noch erschien, gelang es ihr, Frau Holtz zu befreien. Es bedurfte großer Mühe, um Frau Holtz wieder ins Leben zurückzurufen.

Gefängnis wegen Beschimpfung der Republik.

Wegen Beschimpfung der Republik wurde gestern der Wanderredner Jahreis vom Großen Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist bereits wegen desselben Vergehens ebenfalls mit vier Monaten Gefängnis vorbestraft. In einer Versammlung hatte er den Zwischenruf gemacht: „Verbrecherische Judenrepublik".

Zu dem Straßenunfall in Biesdorf, dem am Montag abend der 29jährige Arbeiter Johannes Kubick aus Berlin-Biesdorf, Albrechtstr. 71, zum Opfer fiel, wird uns berichtigend mitgeteilt, daß K. nicht von dem Krankenauto, sondern von dem Privatkraftwagen überfahren wurde. Der Führer und Begleiter des städtischen Krankenautos bemühten sich sofort um den Schwerverletzten und sorgten für seine Ueberführung in das nächste Krankenhaus. Auf dem Wege dorthin trat bereits der Tod ein. Den Führer des Krankenautos trifft nach den Ermittlungen keine Schuld an dem Unfall.

Straßenbahnkatastrophe in New York.

Ueber 40 Personen verletzt.

New York, 6. Dezember.

Auf dem Viadukt von Hoboken fuhr ein überfüllter Straßenbahnwagen in einen stehenden überfüllten Bahnwagen hinein. Mehr als 40 Personen sind verletzt, einige davon schwer. Das Unglück soll durch die Eisdecke auf dem Gleis oder durch einen Bremsendefekt verursacht sein.

9. Weltliche Schule Reinickendorf-West. Am 9., 10. und 11. Dezember findet in der Weltlichen Schule in Reinickendorf-West eine Buchausstellung statt. Diese ist am 9. Dezember von 6—9, am 10. Dezember von 5—9 und am 11. Dezember von 3—9 Uhr geöffnet.

Im Lessing-Museum spricht Donnerstag, 8 Uhr Dr. Paul Cohn über „Ferdinand Lassalles Ende" mit Demonstration von Masse, Bild und Schrift. Vorher spielt Georg v. Harten Beethovens Klaviersonate op. 26. Der Eintritt ist frei.

Die Katastrophe des Wiener D-Zuges.

Eine Erklärung der österreichischen Bundesbahnen.

Wien, 6. Dezember.

Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen teilt zu dem Eisenbahnunfall bei Siegmundsherberg noch folgendes mit:

Infolge des starken Rauhreifs und dichten Nebels waren die zur Sicherung des Verkehrs dienenden Einrichtungen gestört. Infolgedessen konnte auch die Verständigung des D-Zuges davon, daß der vorausfahrende Güterzug wegen eines Lokomotivschadens seine Fahrt verlangsamt hatte, nicht erfolgen. Beim Auffahren des Schnellzuges auf den Güterzug wurden die fünf letzten Wagen des Güterzuges zertrümmert und verlegten beide Geleise. Beim Schnellzug selbst entgleisten die Lokomotive, der Dienstwagen und zwei Personenwagen. Mit der Freimachung der Strecke wurde sofort begonnen, so daß der eingleisige Verkehr voraussichtlich noch heute abend aufgenommen werden kann. Bis dahin wird der Verkehr durch Umsteigen aufrechterhalten.

Zweiter Selbstmord in der Familie Merck!

In seinem Jagdrevier bei Hochstätten an der Bergstraße hat sich vorgestern der Direktor Wilhelm Pfarr, der Schwiegersohn des verstorbenen Großindustriellen E. A. Merck, mit seinem Jagdgewehr erschossen. Pfarr war in leitender Stellung bei der bekannten Fabrik für chemische und pharmazeutische Erzeugnisse Merck-Darmstadt tätig. Sein Selbstmord muß um so mehr Aufsehen erregen, als erst vor kurzer Zeit die Frau des jetzigen Chefs der Firma, die Rennfahrerin Ernes Merck, durch Freitod endete.

Der Selbstmord des Direktors Pfarr soll auf einen Nervenzusammenbruch zurückzuführen sein, der durch zerrüttete Vermögensverhältnisse hervorgerufen wurde.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Krüger, Puttlitzstr. 10.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Die Genossinnen, die an dem Kursus der Genossin Luise Schröder teilgenommen haben, werden gebeten, sich an der Arbeitsgemeinschaft des Bezirksjugendamtes zu beteiligen. 1. Abend: Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, Danziger Str. 64, Zimmer 20.
5. Kreis Spandau. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Vereinshaus „Palme", Ritterstr. 12, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Wirtschaft, Bürgerblock, Dr. Schacht und Sozialdemokratie." Referent Dr. Paul Hertz, M. d. R. Kein Mitglied darf fehlen.

Heute, Mittwoch, 7. Dezember:

47. Abt. 19½ Uhr Zahlabende: Timpe, Naunynstr. 60. Referent Eduard Bachert, M. d. R. Eier, Naunynstr. 8. Referent Erich Fraenkel, Siebenwyl, Muskauer Str. 35. Referent Ernst Oberüber. Gesche, Pücklerstr., Ecke Wrangelstraße. Referent Adolf Muschik. Thema in allen Zahlabenden: „Die innenpolitische Lage." Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
86. Abt. Charlottenburg. 20 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Liersch, Kantstraße 62.
88. Abt. Tempelhof. Alle Genossen werden auf die öffentliche Versammlung in der Aula Kaiserin-Augusta-Straße aufmerksam gemacht.

102. Abt. Baumschulenweg. 19½ Uhr bei Borgmann, Baumschulenweg, Ecke Kiefholzstraße, Werbekundgebung. Vortrag: „Die Sozialdemokratie im neuen Staat." Referent Polizeipräsident Zörgiebel. Alle Mitglieder müssen erscheinen. „Vorwärts"-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

128. Abt. Pankow. 20 Uhr pünktlich Bildungsausschußsitzung bei Mecke, Berliner Straße, Ecke Lindenpromenade.
137. Abt. Reinickendorf-West. Alle Genossinnen und Genossen, die Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind, werden heute abend zur Mitgliederversammlung im Volkshaus, Scharnweberstr. 114, eingeladen. Erscheinen ist Pflicht.

Morgen, Donnerstag, 8. Dezember:

1. Abt. 19½ Uhr bei Schlenter, Linienstr. 150, Funktionärsitzung.
32. Abt. Die arbeitslosen Genossen werden gebeten, sich zwecks Abholung von Material für die weltliche Schule um 19 Uhr bei Kromphardt, Paul-Singer-Str. 40, einzufinden.
33. Abt. 19½ Uhr bei Lojack, Bremerstr. 8, Funktionärsitzung mit den Betriebsvertrauensleuten. Stellungnahme zur Neuwahl der Abteilungsleitung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
36. Abt. 19½ Uhr bei Busch, Tilsiter Str. 27, Funktionärsitzung. Die Kinderlisten zur Weihnachtsfeier sowie das Markenmaterial der Bezirkskassierer muß mitgebracht werden.
40. Abt. Für die zur 180. Abgabestelle der Konsumgenossenschaft (Dreibundstraße) gehörigen Parteigenossen findet um 19½ Uhr eine Versammlung bei Jung (früher Voigt), Dreibundstr. 11, statt. Vortrag über „Genossenschaftsfragen".
83. Abt. Tempelhof. 19½ Uhr bei Jung (früher Voigt), Dreibundstr. 11, Versammlung der zur 180. Abgabestelle der Konsumgenossenschaft gehörigen Parteigenossen. Vortrag: „Genossenschaftsfragen".
Neukölln. 89. Abt. 20 Uhr bei Prikkow, Richardstr. 92, Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Achtung! Um 19 Uhr findet eine Sitzung des Abteilungsvorstandes ebenfalls statt. Stellungnahme zur Neuwahl des Abteilungsvorstandes. — 97. Abt. 19 Uhr bei Rohr, Siegfriedstraße 28—29, Funktionärsitzung.
129. Abt. Tegel. 20 Uhr bei Christensen, Schleiperstr. 60, Sitzung sämtlicher Funktionäre.

Jungsozialisten:

Groß-Berlin: Heute, Mittwoch, im Jugendheim Schöneberg, Hauptstr. 13, um 19 Uhr, Arbeitsausschußsitzung. — Achtung! Sonnabend, 10. Dezember, 19 Uhr, im Seminarsaal der Freien Sozialistischen Hochschule, Lindenstr. 3, 1. Hof, 3 Tr., Gruppenkonferenz. Jede Gruppe entsendet zwei Vertreter. Tagesordnung: Beratung des Satzungsentwurfs.

Gruppe Neukölln I: Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft „Staatsauffassungen des 19. und 20. Jahrhunderts und ihre Anwendung in der Politik." — Leiter: Studienrat Erwin Marquardt. — Gruppe Neukölln II: Heute, Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, im Heim Bergstr. 29, Zimmer 10. Vortrag: „Die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei Deutschlands. Gäste herzlichst willkommen. Referent Dr. Georg Decker.

Kinderfreunde Groß-Berlin:

7. Kreis Charlottenburg. Die Kinderfreunde unseres Kreises veranstalten am Freitag, 9. Dezember, im Saal des Krankenkassenhauses, Berliner Str. 137, einen Filmvortrag: „Die Kinder der Kinderrepublik Seekamp." Anfang 20 Uhr. Unkostenbeitrag 50 Pf. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Kreis Neukölln: Heute, Mittwoch, von 17—18 Uhr Sprechstunde in der Baracke Sanghoferstraße. Wichtiger Angelegenheit wegen muß jede Gruppe vertreten sein. Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr pünktlich, Helferversammlung in der Baracke Sanghoferstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands. Die Bestattung unseres auf so tragische Weise verstorbenen Genossen Arnold Arndt erfolgt heute, Mittwoch, 7. Dezember, um 15 Uhr auf dem Katholischen Friedhof, Neukölln, Mariendorfer Weg, Endhaltestelle der Linie 15. Wir bitten um rege Beteiligung.

108. Abt. Köpenick. Unser Genosse Hermann Silberschmidt ist am 3. Dezember verstorben. Einäscherung am Donnerstag, 8. Dezember, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Reichstagsmehrheit für Rechtsblock

Die Mißtrauensanträge abgelehnt. — Grenzlanddebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Plenarsitzung die Besprechung der Interpellation über die Notlage im besetzten Gebiet sowie über die Verkehrsverhältnisse in Schlesien fort.

Abg. **Stelling** (Soz.):

Die Fragen der Grenzbevölkerung berühren das ganze deutsche Volk. Besonders schwer geschädigt ist Oberschlesien, wo die unnatürliche Grenzziehung zu den schlimmsten Folgen auf dem Verkehrsgebiet geführt hat und wo die früher durch den Obrigkeitsstaat erfolgten Vernachlässigungen wieder gut zu machen sind. Die Not, die dort herrscht, ist außerordentlich groß.

Die Wirtschaft Oberschlesiens leidet schwer,

die Frachtenpolitik der Reichsbahn ist nicht entgegenkommend genug gewesen. Der Bau des Klodnitzkanals muß möglichst bald erfolgen, und auch der Bau des Staubeckens von Ottmachau muß beschleunigt werden. Der Reichsverkehrsminister rechnet zwar mit Beendigung der Arbeiten bis 1932. Wir haben aber die Auffassung, daß die Bauten besonders an dem Staubecken außerordentlich langsam vorangehen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß der Mittellandkanal möglichst schnell gebaut wird, aber andererseits liegt die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auch im Interesse Oberschlesiens. Die Erwerbslosenziffern vermehren sich von Tag zu Tag, und die Not wird vermehrt durch die große Zahl der Flüchtlinge. Besonders

ungeheuerlich ist das Wohnungselend in Oberschlesien. Hunderte von Menschen müssen in Baracken hausen, in die Sie, meine Herren von der Rechten, nicht einmal ihr Vieh hineinstellen würden.

Wenn die Deutschnationalen wirklich so großes Interesse an den Grenzbewohnern hätten, wie sie immer sagen, dann würden sie auch z. B. bei der Tabakarbeiteraussperrung eine andere Haltung eingenommen haben. Es liegt im Sinne einer wirklich nationalen Politik, dafür zu sorgen, neues Elend zu verhindern. Wir fordern in erster Linie eine Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft der Grenzgebiete und dazu ist nötig, daß eine einheitliche, den Verkehrsinteressen der Grenzgebiete entgegenkommende Verkehrspolitik betrieben wird.

Abg. **Wendemuth** (Soz.):

Es handelt sich bei der Frage des gefährdeten Ostens nicht nur um Ostpreußen und Oberschlesien, es handelt sich um die ganze Provinz Schlesien. Durch die Versailler Grenzziehung ist das ganze Schlesien unmittelbar mit Polen in Berührung gekommen. Es zeigt das Bild einer Halbinsel zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Da die Verbindung nach Polen zerstört worden ist, wirken sich alle Folgen der Grenzziehung auf das Hinterland aus. Es ist dringend zu wünschen, daß der von der preußischen und der Reichsregierung vorgesehene Reichskommissar für den Osten eingesetzt werde, der zentrale Gewalt haben soll. Er hätte eine Reihe von wirtschaftlichen, sozialen, kulturpolitischen Aufgaben zu lösen. Es ist aber notwendig, daß auch die Mittel, die die Regierung zur Verfügung stellt, zentral ausgegeben werden. Schlesien muß mehr als bisher von Reichsverkehrsminister bedacht werden. Früher verkehrstechnisch noch nicht erschlossen, hat sich die Lage durch die Grenzziehung von Versailles noch verschlimmert. An der polnischen Grenze münden jetzt zahlreiche Eisenbahnen, die untereinander nicht genügend verbunden sind.

Infolgedessen stockt der Absatz nach dem In- und Auslande.

Die Besiedelung müßte ganz anders gefördert, der Innenmarkt ganz anders gehoben werden, um die wirtschaftlichen Schäden des Versailler Vertrages auszumerzen. Oberschlesien ist heute geradezu abgeschnürt vom zentralen Deutschland; das bedeutet eine große wirtschaftliche und politische Gefahr. Es ist bestimmt Durchgangsland zu sein. Diese Entwicklung muß gefördert werden. In dem dünnbevölkerten Schlesien ist die Möglichkeit, mit Hilfe der Innenkolonisation große Teile des Bevölkerungsüberschusses anzusiedeln, die heute ein Problem darstellen. Diese und andere Aufgaben sind von dem Reichskommissar zu lösen.

Große Not in sozialer und kultureller Hinsicht herrscht im Waldenburger Industrie-, Textil- und Steinkohlenbezirk.

Ungeheures Elend bei den Löhnen, bei den Wohnungen und der kulturellen Lage der Bevölkerung macht eine besondere Berücksichtigung dieses Revieres notwendig. Wegen Mangel an Verkehrswegen sind die Absatzgebiete in Polen und der Tschechoslowakei fast verlorengegangen. Wir erwarten von dem Reichswirtschaftsministerium, daß die Verhandlungen, falls sie wirklich abgebrochen sein sollten, sofort wieder in Fluß und zum Abschluß gebracht werden. Wir halten die Durchführung der wirtschaftlichen Rationalisierung für notwendig, weil wir uns davon eine Besserung der wirtschaftlichen Lage versprechen. Zur Absatzerleichterung, besonders für das Waldenburger Industriegebiet, müssen wir die Erschließung neuer Verkehrswege und die Tarifermäßigung haben, um den Markt in Deutschland zu sichern und gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu bleiben. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung sich ihrer Pflicht gegenüber Schlesien bewußt ist und sich an die Erklärung hält, die sie uns gestern abgegeben hat. Wir erwarten, daß sie diese Versprechungen auch einlöst. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. **Knoll** (Ztr.) schildert besonders die Notlage des Rheinhessischen Gebietes, die Wohnungsnot infolge der Besatzung in den Städten wie Worms und Mainz auch nach der Besatzungsverminderung.

Oberregierungsrat Dr. **Edwards** erklärt namens der hessischen Staatsregierung, Hessen sei enttäuscht, daß die Besatzungsverminderung für das hessische Land kaum irgendwie fühlbar geworden sei. Die hessische Regierung bittet die Reichsregierung um vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit für die notleidende hessische Wirtschaft sowie um die Förderung des Reiches auch in kultureller Hinsicht.

Abg. **Schmidt-Hirschberg** (D. Vp.) begrüßt die Zusicherung des Reichsverkehrsministers, daß den Verkehrsbedürfnissen Schlesiens Rechnung getragen werden solle. Das deutsche Niederschlesien, das Bollwerk des Deutschtums im Osten, müsse wirtschaftlich gestärkt werden.

Abg. **Schulte-Breslau** (Ztr.) fordert ein Ortsverkehrsprogramm auf lange Sicht.

Abg. **Heckert** (Komm.) spricht besonders von der Notlage der Saargänger, für die eine wirksame Unterstützung durch den Bürgerblock nicht zu erwarten sei.

Abg. v. **Freytagh-Loringhoven** (Dnat.) erklärt es für eine besonders schwere Enttäuschung für Niederschlesien, daß in diesem Jahre für das Bahnbauprogramm keine Mittel verfügbar sind.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.): Solange die Damespolitik nicht aufgegeben ist, ist alles Reden im Reichstag zwecklos. Die Nationalsozialisten werden dem Mißtrauensantrag gegen die Regierung zustimmen. Damit schließt die Aussprache.

Zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratischen Fraktion „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags", mit dem die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag verbunden wird, erklärt Abg. v. Graefe (Völk.): Wir bringen dem Kabinett, in dem Dr. Stresemann als Außenminister sitzt, das schärfste Mißtrauen entgegen. In dem vorliegenden Mißtrauensantrag liegt aber eine parteipolitische Demonstration gegen das bekannte Telegramm Neudells an die Studenten. Darum werden die Völkischen nicht für den Antrag stimmen. (Lachen links.)

Die Ablehnung des Mißtrauensvotums.

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird der Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 229 gegen 192 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen abgelehnt. Außer Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten stimmen auch die Nationalsozialisten und Dr. Wirth für das Mißtrauensvotum. Bei Stimmenthaltung der völkischen Abgeordneten und einiger Mitglieder der Wirtschaftspartei.

Ein sozialdemokratischer Antrag Müller-Franken, die Reichsregierung zu ersuchen, in beschleunigte Verhandlungen mit der Reichsbahn wegen Verkehrsreformen im linksrheinischen Gebiet einzutreten, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß der Sitzung 18½ Uhr. Mittwoch, 15 Uhr: Krankenversicherung der Seeleute, Ausschußberichte über die Ruhrentschädigungen.

Ein neues Ausstellungshaus.

Die im Jahre 1912 von der Textilzeitschrift „Deutsche Konfektion" gegründete Einkaufszentrale hat sich im Laufe der Jahre so sehr bewährt, daß eine bedeutende Vergrößerung der Räumlichkeiten erforderlich wurde. An Stelle der alten, im Hause Markgrafenstraße 48 untergebrachten Einkaufszentrale erstand nun ein allen Ansprüchen neuzeitlicher Formgebung und kaufmännischer Sachlichkeit entsprechender Neubau. In einfachen, schlichten Formen und Farben gehalten, will der Bau nichts anderes darstellen, als einen wirkungsvollen Rahmen der hier zur Schau gestellten Waren. Einfache Wände, schaufenstermäßige Beleuchtung, helle, luftige Räumlichkeiten. Die farbige Behandlung ist Ton in Ton: schwarzbraune Bronze klingt mit goldbraunem Stein zu ruhiger, klarer Gesamtwirkung zusammen. Der Architekt Erich Mendelsohn hat, abweichend von der jetzt traditionell gewordenen dekorativen Behandlung des Lichthofes, einen regelrechten Hof mit ausgenütztem Erdgeschoß geschaffen, um dem Haus alle erfaßbaren Lichtmengen ungeteilt zuführen zu können. Das Erdgeschoß und die beiden ersten Stockwerke dienen Ausstellungszwecken der mit der Textilzeitschrift verbundenen Einkaufszentrale, während im 4. Stock die Verlagsräume untergebracht sind. Ein Dachgarten, ausgedehnte Küchen- und Speiseräume für das Personal, sowie Liegeveranden für die Mittagspause sind vorgesehen. Die neu eröffneten Ausstellungsräume zeigen eine Kunstseidenschau, welche eine umfassende Uebersicht dieses zukunftsreichen Textilzweiges bietet und sämtliche Arten von Kunstseidenfabrikaten in Kleider- und Wäschestoffen, fertige Kleider und Wäschegegenstände, neuartige Vorhänge, Strümpfe usw. enthält. Außerdem sind Warenkollektionen aller sonstigen Textilzweige ausgestellt. Der Einzelhändler soll hier durch Besichtigung der qualitätsmäßig zusammengestellten Kollektionen und durch fachmännische Beratung genau informiert werden, was er kaufen soll und wie er seinen Einkauf am vorteilhaftesten bewerkstelligt.

Bald läuten die Weihnachtsglocken. Fürsorgende Liebe sinnt, mit welchen Gaben sie Freude bereiten kann. In heutiger schwerer Zeit wird man in erster Linie zum praktischen Geschenk greifen. Nennen wir z. B. nur Maggis bewährte Erzeugnisse: Maggis Würze, Maggis Suppen, Maggis Fleischbrühwürfel, die jedem Haushalt willkommen sind. Durch ihre vielseitige Verwendbarkeit helfen sie nicht nur das teure Fleisch, Kohlen und Gas sparen, sondern erleichtern außerdem der Hausfrau die Kocharbeit.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Weiterhin trocken und ziemlich heiter, Temperaturen wenig verändert bei mäßigen südöstlichen Winden. — **Für Deutschland:** Im Westen Temperaturen meist über Null, im Osten Fröste. Ueberall ohne Niederschläge.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser

altbewährt bei
Magen- und Darmerkrankungen
(Uebersäuerungen, Sodbrennen, Hyperazidität)
und
Darmkatarrhen
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-61

Creme Leodor

In der richtigen Auswahl und richtigen Anwendung der Hautpflegemittel liegt das Geheimnis der schönen Frau. Eine jede Dame trachtet mit allem Recht nach Erlangung eines zarten, frischen, nicht fettigen Gesichtsteints und achtet auf die sammetweiche, geschmeidige und angenehm trockene Beschaffenheit der Hände. Bei täglichem Gebrauch von Creme Leodor kann jede Dame die großen persönlichen Vorzüge genießen, welche man kurz das Geheimnis der schönen Frau nennt. Auch für Herren hat nach dem Rasieren Creme Leodor eine wohltätige Wirkung für die Haut. Das Brennen und Ziehen der Haut nach dem Rasieren verschwindet sofort. Creme Leodor verleiht dem glattrasierten Gesicht die auch bei Herren beliebte jugendliche Frische und Geschmeidigkeit. Besonders bewährt hat sich Creme Leodor, dick aufgestrichen, bei Juckreiz der Haut, Röte und Aufspringen der Hände, des Gesichts, als sofort kühlendes und reizmilderndes unschädliches Kosmetikum. Alle unsere Chlorodont-Freunde sollten nicht versäumen, diese hochwertige, herrlich duftende Creme ausschließlich zu verwenden. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich. Tube 60 Pfg. und 1 Mk. Für den Weihnachtstisch eleganter Geschenkkarton, enthaltend: 1 Tube Creme Leodor-Hautcreme, 2 Stück Creme Leodor-Seife, überfettete, reizlose Feinseife mit eleganten Blütenduft für empfindliche Haut besonders empfohlen. Preis 2 Mk. Leo-Werke A.-G., Dresden-N. 6

Am Sonnabend, dem 3. Dezember, ist uns unser Aufsichtsratsmitglied

Hermann Silberschmidt

völlig unerwartet durch den Tod entrissen worden. Die Bauhüttenbewegung verliert in ihm einen ihrer rührigsten und tätigsten Förderer.

Seit Gründung unseres Verbandes gehörte er dem Aufsichtsrat an, von dem er auch in den Finanzausschuß und vorübergehend in die Geschäftsführung unseres Verbandes delegiert wurde.

Was er in allen diesen Körperschaften in unermüdlicher Treue und mit unerschütterlichem Zukunftswillen für die Bauhüttenbewegung geleistet hat, wird ihm unvergessen bleiben.

Wir betrauern in ihm den tatkräftigen Pionier für eine neue bessere Wirtschaftsordnung und den treuen stets hilfsbereiten Freund.

Verband sozialer Baubetriebe

Der Aufsichtsrat **Fritz Paeplow** — Die Geschäftsführung **W. Astor A. Ellinger**

Am 3. Dezember starb infolge eines Schlaganfalls das Mitglied unseres Aufsichtsrates, Herr Reichstagsabgeordneter

Hermann Silberschmidt

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen unserer fachkundigsten Mitarbeiter, der stets einer der eifrigsten Förderer unserer Bewegung war. Wir werden ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung der Deutschen Bauhütte G.m.b.H.
Berlin C 2, Burgstr. 21.

Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

Friedrich Futh

sagen hiermit innigen Dank

Helene Kilem geb. Futh.
Klara Heidenreich geb. Futh.
Alfred Futh.
Else Klingbeil geb. Futh.

Für die überaus große Teilnahme bei dem Heimgange meiner unvergeßlichen Frau

Auguste Gansberg

sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren tiefgefühlten Dank

Rudolf Gansberg und Kinder.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß die Trauerfeier und Einäscherung unseres durch Mörderhand von uns genommenen lieben Kollegen

Theophil Rogowski

am Donnerstag, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße stattfindet.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Vereinigung der Gast- und Schankwirte 1871/1904
Bezirk Kreuzberg.

Blumenspenden aber Art billigst preiswert **Paul Golletz.** vorm. [illegible] Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße Amt Moritzpl. 103 03

Krause-Pianos zur Miete
Wilh. Ansbacherstr. 1

Inserieren bringt ERFOLG!

Geschenkliteratur
Ganzleinen geb. mit Deckelpressung

ADOLPH HOFFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe — 104 Seiten stark. —
V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt

Spätherbstblüten
Gereimte und ungereimte Lebensbilder
Mit Porträt u. Faksimile des Verfass. sowie 6 Vollbilder u. Sichelvignette auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT

Jedes Buch kostet gebd. **2 M.** Porto u. Verpackg. 0.25 M.

Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Am 3. Dezember entschlief plötzlich an Herzschlag mein lieber Mann, der pensionierte Gewerkschaftsangestellte

Friedrich Tietz

In tiefer Trauer
Ww. Emma Tietz nebst Kindern.

Hohenneuendorf, Anne-Marie-Str. 12.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 9. Dezember, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Danksagung.

Für die überaus herzlichen Beweise aufrichtiger Teilnahme und ehrenden Gedenkens für unseren teuren Entschlafenen, den pensionierten Feuerwehrmann

Heinrich Lindner

sagen wir auf diesem Wege allen Freunden, Bekannten, Vereinen und der Genossenschaftsbank unseren tiefgefühlten Dank.

Familie Lindner.
Familie Franz.
Familie Draub.

---

die beste Stärkung für
Kranke, Schwache, Erholungsbedürftige und auch Gesunde
Beachten Sie:
1 Flasche **Malton** Tokayer-Typ hat soviel Nährstoffe wie 3 Flaschen Tarragona- und ähnliche Weine.
Seit 1896 ärztlich empfohlen.
Deutsche Malton-Ges. m. b. H.
Wandsbek-Hamburg

* Zu beziehen à M. 2.25 pro ½-Literfl. durch die Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.
Niederlage: Ostwerke A.-G., Berlin N. 4, Chausseestr. 42. Telephon: Norden 710. Vertreter für den Feinkosthandel: M. Schleweinsky, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 48. Telephon: Pfalzburg 9942/3.

Ach je, die böse Wohnungsnot,
Stöhnt man, und rennt sich noch
halbtot —
Auch mir gings so, ruft Meier aus,
Doch jetzt hab' ich mein eignes Haus!

Wodurch machte Meier sein Glück?... Durch ein Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie. Versuchs auch du!!

BAER SOHN A.G.

Berlin. N. 4 nur Chausseestrasse 29-30

Knabenhosen aus haltbaren Buckskins Leibchenhose ... von 1.65 an

Sportanzüge f. größere Knab. a. fest. Stoff, in r. Ausw. Ser. I Gr. 7-9 M. 10

Strickanzüge reine Wolle, in hervorragender Qualität, Gr. 1 8.25

Knaben-Mäntel versch. Stoffarten, je nach Qual. und Größe, Pyjacks für 3 jährige 5.50

Orig. Kieler-Anzüge Größe 0-12, aus blauem Melton viele Qualit., für 3 jährige . von 8.50 an

---

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Größter deutscher Übersee-Passagierdienst
einzige deutsche Linie
mit regelmäßigen direkt. Abfahrten
m. Doppelschraubendampfern
für Reisende und Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon)
F. Montanus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter u. Stettiner Bahnhof)

Verkäufe

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 24.—. Farbfehler, 2½×3½, 39.—. Farbfehler, 2½×3½, 48.—. Farbfehler, 3×4, 53.—. Farbfehler, 3×4, 69.—. Farbfehler, 3×4, 85.—. Körner, Potsdamerstraße Nr. 26a.

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Zittauer-Nähmaschinen, Anzahlung 15.—, wöchentlich 3.—. Landsbergerstraße 28. Königstadt 5033.

Achtung, Herren! Zirka 150 mal Stoff für Ulster und Anzüge, nur erstklassige Qualitäten, werden einzeln spottbillig gegen Barzahlung verkauft. Reichenbergerstraße 160, parterre, Nähe Kottbusser Tor.

Puppenwagen, Puppen, Spielwaren, Kinderräder, größte Auswahl, billigste Preise. Reparaturen. Zahlungserleichterung. Reanderstraße 14, parterre.

Nähmaschinen, alle Systeme, Versenkmaschinen, neueste Modelle, billig. Reparaturen prompt. Kastorn, Kottbusserdamm 6.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Jackettanzüge, Grunewaldstraße 72.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Armbanduhren.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Herrenpaletots, Grunewaldstraße 72.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbilliger Wäscheverkauf.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Festgeschenke, Grunewaldstraße 72.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Bekanntmachung. Jetzt spottbilliger Verkauf: Auktionspfänder, Pelzmäntel, Pelzjacken, Plüschmäntel, Herrenpelze, Skunkskragen, Herrenuhren, Armbanduhren, Schmucksachen, Festgeschenke. Nur Potsdamerstraße 86b. Altbekanntes Pfandleihhaus.

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48.—, 68.—, 75.—. Ausziehtische 35.—, 48.— usw. Rohrstühle 6.30, 7.50, 8.75. Ruhebetten 29.—, 38.—, 45.—. Plüschsofas 98.—, 120.—, 135.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78.—, 95.—, 125.— usw. Flurgarderoben 30.—, 49.—, 65.—. Kochkessel und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 345.—, 475.—, 590.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Vitrinenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365.—, 485.—, 595.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Ledermöbel, schwer gearbeitet, 295.—, 385.—, 490.—. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 79.—, 98.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Ankleideschränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 110.—, 15.— usw. Spiegel, Waschtoiletten 95.—, 125.—. Nachttische 19.50, 25.—. Apotheken, Metallbetten 19.50, 27.—, 36.—. Hausnummer achten.

Gelegenheit. Büfett 75.—, Umbauten 38.—, Nußbaum-Schreibtische mit Aufsatz 35.—, Kleiderschrank 15.—, Vertiko 15.—, Küchen 34.—, Bettstellen 15.—, Waschtoiletten mit Marmor 14.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft, Schönhauser Allee 5, Schönhauser Tor.

Ausnahme-Angebote! zu tatsächlich günstigen Preisen nur Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof. Stammhaus Rügenerstraße 12.

Schlafzimmer, 180 breit, dreitürig, schwere Ausführung, mit echtem Marmor und Spiegel 365.—, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplett, echt Eiche, 415.—, Anrichteküchen, siebenteilig, mit Linoleum, lasiert und lackiert, 95.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Ankleideschränke, Nußbaum fourniert, 150 breit, auf Plinthbank, dreitürig, extra Wäsche-Abteilung und Spiegel, 128.—. Englische Bettstellen, komplett, 55.—. Waschkommoden mit Marmor und Spiegel 78.—. Nachttische mit Apotheken 27.—. Rokokosofa 65.—. Chaiselongue 18.—. Standuhren 68.—. Diplomaten 52.—. Bierzwattische 78.—. Riesenauswahl in Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, Renaissancemöbel. Zahlungserleichterung. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Polierte Schlafzimmer in Birke, Eiche, Nußbaum, Mahagoni 690.—, eichene Eßzimmer, 250 breit, zerlegbar, ganz erstklassige Verarbeitung, 845.—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Fünfundfünfzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise, Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Kassien-Möbel. Speisezimmer von 426, Herrenzimmer von 465, Schlafzimmer in Birke, Mahagoni, Nußbaum, Eiche von 480 an. Alles gediegene Tischlerarbeit. Leiste für jedes Stück als Innungsmeister langjährige Garantie. Achtung, Hausnummer 57, Kastanienallee 57.

Kassien-Möbel. Zum Weihnachtsfest Preise in kompletten Einrichtungen und Einzelmöbel. Riesenlager. Weitester Weg lohnend. Kommen Sie zu uns. Sie finden Erfüllung Ihrer Wünsche, aber achten Sie auf Hausnummer Kastanienallee 57.

Kassien-Möbel. Herabgesetzte Festgeschenke. Standuhren mit 5-Stab-Gongschlagwerk 84, Klubtische von 18, Ruhebetten 30, Klubsessel, Metallbetten, Bücherschränke, Flurgarderoben von 36. Achtung, Hausnummer 57, Kastanienallee 57.

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, erstklassiges Fabrikat. Zahlungserleichterung. Mämhildt, Potsdamerstraße 22b.

Alles staunt. Keine Ladenpreise, ab Lager fabrikneue Pianos, Eiche, 480.—, schwarz 590.— bis 650.—. Langjährige Garantie. Zahlungserleichterung. Nur Schönleinstraße 6, Piano-Versandhaus Balgt, vorn 2 Treppen, am Kottbusser Damm.

Lindpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 23.

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rosenthalerplatz 7 (Piano-Adam).

Zahlung nach Wunsch. Pianos neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81.

Fabrikpianos, Prachtinstrumente, Teilzahlung, teilweise Mietanrechnung. Pianofabrik, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos, garantiert gut, preiswert, wunschgemäße Teilzahlung. Gebrauchte 200.— an. Pianohaus Prinzenstraße 90, Moritzplatz.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

2.50 wöchentliche Teilzahlung. Erstklassige Fahrräder. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 29 (nahe Adalbertstraße).

Verschiedenes

Saalbau Alpenberl, Invalidenstr. 63, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Vertrauensvolle Auskunft. Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 151, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Geldverkehr

Pfandleihe, Höchstbeleihung, auch Fahrräder, Pfänderverkauf. Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Drahtemaillierer gesucht. „Ama" Draht-A.-G., Spandau, Rauchstraße 44.

Hausreinigung für das Grundstück Zornborferstraße 17 sofort zu vergeben. Näheres der Eigentümer Dr. Doebeke, Berlin, Tempelhofer Ufer 15. Telephon: Bergmann 3302.

Durchaus tüchtigen

Linoleumleger

welcher selbständig arbeiten kann, für Süddeutschland per sofort oder später gesucht. Off. mit Lichtbild, Zeugnisabschriften u. Lohnforderung erbitte unter **W. 4** an die Expedition des „Vorwärts".

Gesucht

in gute dauernde Stellung nach der Provinz:

1. **Tücht. Schlosser**
erfahren in der Verlegung von Druckluftleitungen und im Bau von Druckluftventilen etc. als Vorarbeiter

2. **Tücht. Elektromonteur**
durchaus erfahren im Bau u. Betrieb von mittleren Drehstrom-Motoren, mögl. lange auf dem Versuchsstand tätig gewesen, als Hilfsmeister.

Angebote mit Angabe der bisher innegehabten Stellungen unter **L. 4** an die Hauptexpedition dieses Blattes.

Die Berliner Elektrizitäts-Gesellschaften veranstalten ein Preisausschreiben über die besten Eigenschaften ihrer Fabrikate. Alles Nähere erfahren unsere Leser aus einem Prospekt, der unserer Stadtauflage heute beiliegt.

Wohnungsnot vor dem Landtag.

Kommunisten zugleich für und gegen die Hauszinssteuer. – Die Abschaffung der Gutsbezirke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Initiativantrag der drei Regierungsparteien auf Neuregelung einzelner Punkte des Gemeindeverwaltungsrechts (Aufhebung der Gutsbezirke). — Im Namen der Regierungsparteien begründet

Abg. **Brecour** (Soz.) den Antrag: Zur Sache haben wir nichts mehr zu sagen, es handelt sich um Fragen, die der Landtag seit neun Jahren erörtert. Sabotage und Obstruktion der Rechtsparteien und der Kommunisten haben bisher die Verabschiedung des neuen Gemeindeverfassungsrechts verhindert. Wir haben daher die dringlichsten Punkte herausgegriffen und beantragen, den Entwurf dem 21. Ausschuß zu überweisen.

Abg. Dr. **v. Gersdorff** (Dnat.): Die Beseitigung der Gutsbezirke braucht wirklich nicht über Nacht zu geschehen. (Lachen links.) Aber die Regierungsparteien hatten ja längst den Plan, wenn sie die Städte- und Landgemeindeordnung nicht durchsetzen könnten, mit Hilfe der Kommunisten dieses Notgesetz zu erzwingen. Die Gutsbesitzer haben seit Jahrhunderten schwere Lasten getragen. (Abg. Brecour: Jetzt endlich wollen wir sie davon befreien.) Aber die Gutsbesitzer sind bereit, sie weiterzutragen, so selbstlos sind sie. (Lachen links.) Die unsparsame Wirtschaft der Gemeinde ruft das Streben hervor, sich neue Landbezirke anzugliedern und sich auf Kosten des Landes zu sanieren. Wir werden im Interesse des Landes diese Vergrößerungstendenzen der Städte bekämpfen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **v. Eynern** (Vp.): Die Regierungsparteien wollten die Corinthen aus dem Kuchen der Landgemeindeordnung herausuchen und haben in der Eile ein paar tote Fliegen gegriffen. (Heiterkeit.) Die generelle Auflösung der Gutsbezirke würde eine starke Steigerung der Verwaltungskosten herbeiführen. Man müßte in jedem einzelnen Falle prüfen, ob der Gutsbezirk auflösungsreif ist. (Zurufe links: 12 900 Einzelfälle!) Die Regierungsparteien haben jetzt Fühlung genommen mit den Kommunisten, aber nicht mit uns. Wir werden im Ausschuß noch eine ganze Anzahl anderer Fragen des Gemeindeverfassungsrechts aufwerfen. (Große Unruhe links.)

Abg. **Killan** (Komm.): Im Kampf für die Auflösung der Gutsbezirke führt die Kommunistische Partei. (Lachen links.) Die Vorlage der Regierungsparteien geht uns durchaus nicht weit genug.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort erhält

Abg. **Hirsch** (Soz.): Die Mehrheitsparteien haben keinerlei Veranlassung gehabt, mit den Rechtsparteien Fühlung zu suchen, nachdem diese gegen die Fertigstellung der Landgemeindeordnung Obstruktion getrieben haben. Die Auflösung der Gutsbezirke wäre bereits in der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossen worden, wenn nicht schon damals Herr Killan und seine Freunde im Bunde mit den Rechtsparteien durchgesetzt hätten, daß die Landesversammlung mit der Schaffung der Verfassung ihre Aufgabe als beendet erklärte. Die jetzige Vorlage stellt einen kleinen Ausschnitt aus den Beschlüssen des 21. Ausschusses dar, und wir werden uns angestrengt bemühen, sie trotz der neuen Obstruktionsdrohung des Herrn v. Eynern möglichst rasch zu verabschieden. Die Vorlage wird dem 21. Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufrechterhaltung von Teilen des Kriegesgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung, der nach kurzer Aussprache dem Ausschuß überwiesen wird.

Der Ausschußantrag über die

Verhinderung der sogenannten Schwarzarbeit

wird von dem Abg. Mohrbotter (Wirtsch.-P.) begründet. Danach soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, durch gesetzliche Maßnahmen der Schwarzarbeit einzudämmen. — Die Abgg. Conrad (Dnat.), Beyer (Vp.), Kölges (Z.) und Kniest (Dem.) sprechen sich in zustimmendem Sinne aus, während sich Abgeordneter Killan (Komm.) gegen den Antrag wendet.

Abg. Thiele (Soz.):

Wir werden dem Antrag zustimmen, wenn wir auch nicht der Ansicht sind, daß man mit Gesetzen die Schwarzarbeit beseitigen kann. Es gibt aber eine Selbsthilfe, die darin besteht, mit Hilfe der Behörden ihre Auswüchse einzudämmen. In dieser Beziehung haben wir auch die freien Gewerkschaften auf unserer Seite. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die Handwerksmeister selbst, wie z. B. die Friseure, die Ehefrauen nicht unbeschränkt in ihren Betrieben mitarbeiten lassen. Wir können uns jetzt nur auf Anregungen beschränken. Die Entscheidung darüber wird im Reichstag gefällt. (Beifall bei den Soz.)

Der Ausschußantrag wird angenommen. — Es folgt die wegen der seinerzeit festgestellten Beschlußunfähigkeit wiederholte Abstimmung über die Anträge des Rechtsausschusses, nachdem das Staatsministerium ersucht wird, den sozialdemokratischen Antrag auf eine

Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung

insoweit durchzuführen, als **die Gebühren für Feuerbestattung aufzuheben sind.** Der Antrag wird gegen das Zentrum und die Deutschnationalen angenommen. Ebenso angenommen werden die Anträge, bei den Sondergebühren für die Bewilligung von der Befreiung von dem Ehehindernis, für die für Ausländer vorgeschriebenen Zeugnisse bei der Eheschließung und bei der Aenderung des Familiennamens die Anfangsgebühren von 10 auf 5 M. herabzusetzen.

Die Große Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Notlage der Stadt Schwedt a. d. O. und über eine staatliche Hilfsaktion durch Beschaffung einer Anleihe wird dem Hauptausschuß überwiesen. — Es folgt die Beratung der kommunistischen Uranträge über die

Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft

durch den preußischen Wohlfahrtsminister und über die dem Reichstag vorliegende Novelle zum Mieterschutze.

Die Anträge werden durch den Abg. **Stoll** (Komm.) begründet, der die Maßnahmen als bedingungslose Auslieferung der schutzlosen Mieter an den Hausbesitzerwucher bezeichnet und in längeren Ausführungen die Sozialdemokraten dafür verantwortlich zu machen sucht.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Den Kommunisten kommt es weniger darauf an, mit ihren Anträgen den Mietern zu helfen oder bei anderen Parteien mit ihren Bestrebungen Stimmung zu machen, sondern zu beweisen, wie in der Frage der Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft angeblich die Sozialdemokraten versagt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solche Behauptungen können natürlich nur in Unkenntnis der Arbeit der Sozialdemokraten im Reichstag und im Landtag geglaubt werden. **Ist es doch namentlich unser vor einigen Tagen verstorbener Kollege Silberschmidt im Reichstag gewesen, der für die Interessen der Mieter vorbildlich gewirkt hat!** (Sehr gut! bei den Soz.) Wir sind der Auffassung, daß die Zeit zur Beseitigung oder auch nur für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft noch lange nicht gekommen ist. Die jetzigen Schutzbestimmungen, die lediglich ein Notrecht sind, müssen in ein ssoziales Wohnrecht übergeleitet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die eine Verordnung des Wohlfahrtsministers räumt den Hausbesitzern lediglich eine gewisse Freiheit in der Vermietung von Wohnungen ein. Die **andere Verordnung aber, die den Mieterschutz in Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern glatt aufhebt, muß zu ganz unerträglichen Zuständen führen.** Der Wohnungsausschuß wird dazu eingehend Stellung nehmen müssen. Die Hoffnung auf Aufhebung der Verordnung ist allerdings bei der Zusammensetzung des Landtags sehr gering. Im Interesse der Minderbemittelten werden wir jedoch Milderungen und Sicherungen durchzusetzen versuchen. Wenn jetzt die Kommunisten die Beseitigung der Hauszinssteuer mit entsprechender Mietsenkung fordern, so ist ein solcher Antrag nur demagogische Phrase. Sie wissen natürlich auch, daß ein solcher Antrag nur zum Schaden der Mieter und zum Vorteil der Hausbesitzer wäre. Jetzt handelt es sich lediglich darum, die nach dem Reichsgesetz nicht vermeidbaren Mietsteigerungen nicht nur den Hausbesitzern zukommen zu lassen. Vor dem Lande aber ist festzustellen, daß die Kommunisten seinerzeit mit den Rechtsparteien und der Wirtschaftspartei unsere Verbesserungen einer Gesetzesvorlage ablehnten, die das enthielten, was sie heute mit großen Worten fordern. An diesen Verschlechterungen des Wohnungsrechts, die sie heute uns in die Schuhe zu schieben suchen, sind sie also selbst schuld. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden darauf hinarbeiten, daß wir von dem Teil der Miete, den nach unserer Auffassung der Hausbesitzer nicht braucht, möglichst viel für die Wohnungszwangswirtschaft und für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen. Zu dem am 31. März nächsten Jahres ablaufenden Hauszinssteuergesetz muß ja der Reichstag sowieso Stellung nehmen. Dabei werden die Kommunisten mit uns für die Beibehaltung der Hauszinssteuer stimmen müssen. (Zuruf des Abg. Stolt (Komm.): Das müssen wir ja!) Es freut mich, daß in dieser Beziehung die Kommunisten sich zu einem Besseren bekehrt haben. Notwendig wird aber eine Aenderung der neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen zugunsten des Wohnungsbaues und des Mieterschutzes sein.

Jedenfalls hat die Lage auf dem Baumarkt bewiesen, daß die Hoffnungen auf baldige Preisgabe der Wohnungszwangswirtschaft verfrüht gewesen sind.

Auf alle Fälle aber muß für eine bessere Verteilung der Hauszinssteuer gesorgt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Dann aber muß die Hauszinssteuer veredelt werden, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, ohne Steuererhöhung mehr Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. In Kiel zahlen z. B. die Hausbesitzer 891 794 M. Hauszinssteuer, die Mieter aber 1 138 506 M. Der Nutzen der Hausbesitzer beträgt also in Kiel allein etwa 250 000 M. (Hört! hört! links.) Das ist der beste Beweis, daß

der jetzige Zustand unhaltbar

ist, daß bei der Berechnung nur die Friedensmiete zugrunde gelegt werden kann. In Berlin haben die Hausbesitzer allein 80 Millionen Mark Nutzen aus der Hauszinssteuer, auf das Reich haben sie umgerechnet etwa eine Viertel Milliarde! (Stürmisches Hört! hört! links. — Widerspruch bei den Deutschnationalen und bei der Wirtschaftspartei!) **Diese Tatsache haben die Kommunisten durch die Ablehnung unserer damaligen Verbesserungsanträge mitverschuldet.** Deshalb ist es heute nur Demagogie, wenn sie jetzt Abänderungsanträge stellen und damit Eindruck schinden wollen. (Sehr wahr!)

Gelingt es, durch die Hauszinssteuer die Inflationsgewinne der Hausbesitzer wegzusteuern, so hat sie ihre moralische Berechtigung. Nach dieser Richtung hin, d. h. also für die Mieterschaft und für eine bessere Gestaltung der Wohnungswirtschaft zu sorgen, wird unsere vornehmste Pflicht sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten!)

Abg. **Sonnenschein** (Dnat.): Wir haben die Pflicht, endlich wieder ehrlich zu werden. (Zuruf links: Aber doch nur zu 50 Proz.!) Die Wohnungszwangswirtschaft ist ein Unrecht. Wir werden die kommunistischen Anträge ablehnen; denn wir halten die Ministerialverordnungen für außerordentlich segensreich.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Köthenbürger** (Z.) und Dr. **Neumann-Frohnau** (D. Vp.), die sich auf den Boden der Verordnungen des Wohlfahrtsministers stellen, wird die Besprechung abgebrochen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, dem 7. Dezember, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der Anträge gegen den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, Interpellationen über die Verordnung des Kultusministers über die Neuregelung des Studentenrechts.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Zu dem Gymnastikkursus, der an jedem Donnerstag Elsasser Str. 26, Hof parterre, pünktlich 19½ Uhr stattfindet, werden noch Genossen angenommen.

Die Päckchenaktion bleibt bis zum neuen Jahre geschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft Abraham sagt heute, Mittwoch, Schule Tempelhofer Ufer 20. Abrechnung der Beiträge, Ausgabe des Dezember-„Jungsozialist" und der „Arbeiter-Jugend".

Abteilungsmitgliederversammlungen, Mittwoch, 19½ Uhr:

Wedding: Heim See-, Ecke Turiner Straße. — **Humannplatz:** Schule Oberwalder Str. 10. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Dilbersstraße. — **Spandau:** Heim Lindenufer 1. — **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4—6. — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. — **Falkenberg:** Heim Am Falkenberg 117. — **Friedrichsfelde:** Heim Berliner, Ecke Schloßstraße. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstraße 29. — **Neu-Lichtenberg:** Heim Prinz-Alberts-Straße. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Tasseltr. 22. — **Lichtenberg-West:** Heim Scharnweberstr. 29. — **Pankow III:** Heim Görschstr. 14.

Falkplatz 1: Funktionärsitzung. — **Südwesten:** Heim Porckstr. 10. Lichtbildervortrag. — **Pankow-Nord und -Süd:** Turnen und Volkstanz in der 6. Gemeindeschule Schulstraße (Turnhalle). Beginn 19 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38. Hof 2 Tr.

Hermsdorf: Die Einäscherung des Kameraden Rudolf Neunzig findet am Mittwoch, 7. Dezember, 13 Uhr, in der Gerichtstraße statt. Die Kameradschaft versammelt sich 12½ Uhr vor dem Krematorium.

Einfach Zucker!

Mit November bringt Problem die

Moslem

in neuer Mischung heraus.
Ich sage dir: ein Hochgenuß!
Dieser Geschmack, dieser Duft,
diese Güte – und so billig!–
Nur 3 Pfennige!

Madame opfert sich.

Von Olaf Bouterweck.

(Schluß.)

Doch als Herr Castell dann abends unter Berücksichtigung aller erdenklichen Vorsichtsmaßregeln aus dem Hause schleichen wollte, traten ihm aus dem Dunkel drei schwarze Krieger entgegen und bedeuteten ihm, daß sie auf Befehl des Königs eine Flucht der beiden Weißen unter allen Umständen zu verhindern hätten; nötigenfalls mit Gewalt.

Herr Castell glaubte weiter im Hintergrund ein ganzes Heer der schwarzen Krieger zu sehen und er zog sich resigniert in seinen Bungalow zurück. Zu seiner Frau sagte er, daß sie erst morgen reisen könnten, denn ihm falle gerade ein, daß er zuvor noch eine wichtige Angelegenheit mit Mulubuko besprechen müsse.

Er verbrachte eine schlaflose Nacht. Am nächsten Morgen ließ er sich in aller Frühe bei Mulubuko melden. Und er wurde sehr energisch . . . er tobte und fluchte und suchte den „schwarzen Teufel" dadurch einzuschüchtern, daß er ihm drohte, sich wegen der Freiheitsberaubung — denn darauf laufe die Sache hinaus — an die französische Regierung zu wenden, die Macht genug habe, und nicht zögern werde, auch in dem abgelegenen Iryguako nachdrücklichst darauf hinzuweisen, wie man freundlich gesinnte Europäer zu behandeln habe . . .

Aber Mulubuko ließ sich nicht einen Augenblick aus der Ruhe bringen. Seinetwegen — sagte er — könne man den sogenannten Völkerbund und sämtliche vereinigten Mächte der Erde anrufen, sie könnten ihm alle zusammen — — (hier folgte ein Ausspruch, der frei übersetzt, dem bekannten Zitat aus „Götz v. Berlichingen" nicht unähnlich war). Im übrigen sei er König in Iryguako, und er besäße Macht genug, dafür zu sorgen, daß dem § 175 unter allen Umständen Genüge geschähe . . .

Herr Castell fluchte und begab sich zum französischen Konsulat. In einiger Entfernung folgten ihm zwanzig schwarze Krieger.

Der französische Konsul hörte sich die Geschichte an, zuckte die Achseln und sagte, daß die Angelegenheit weit ernster sei, als Herr Castell glaube. Denn Mulubuko habe viele tausend wohlbewaffneter Krieger zur Verfügung; außerdem würden ihm im Ernstfalle alle benachbarten Stämme zur Hilfe eilen . . . Immerhin — er wolle persönlich mit Mulubuko reden und versuchen, die Sache gütlich beizulegen . . .

Mit rotem Kopf kam er drei Stunden später zurück. Die Lage sei sehr ernst. Mulubuko wolle von einem Vergleich nichts wissen: er verlange die Erfüllung des § 175! Wenn man es nicht zu einem allgemeinen Aufstand kommen lassen wolle, müsse man — oder vielmehr: müsse Madame Mulubuko schon zu Willen sein. Und er, der Konsul — rate um so mehr hierzu, als das Ganze lediglich eine Formsache sei — sozusagen eine symbolische Handlung — nur dazu angetan, die iryguakoische Staatsautorität aufrechtzuerhalten, der Untertanen wegen. Mulubuko habe bei seiner Königswürde geschworen, Madame würde seinen Palast so verlassen, wie sie ihn betreten würde. Drei bis vier Stunden Konversation — per distanze natürlich — vielleicht auch ein Handkuß . . . und die ganze Sache war erledigt.

„Und Sie glauben," sagte Herr Castell, bleich bis in die Lippen, „daß sich meine Frau darauf einläßt?"

„Wenn Sie mich mit ihr reden lassen. — warum nicht?"

Der Konsul begab sich sofort zu Madame und sprach mit ihr.

Herr Castell wartete derweilen im Nebenzimmer. Draußen vor dem Bungalow trieben sich zwanzig schwarze Krieger herum.

Nach einer halben Stunde kam Madame ins Zimmer gestürzt. Sie war über die Zumutung bis ins Innerste empört und fiel in einen hysterischen Weinkrampf. Ein solches Ansinnen — schrie sie; und noch dazu mit diesem fetten schwarzen Ungeheuer! Aber wenn sie sich dennoch opfern wolle, so nur deswegen, um einen Krieg zwischen Iryguako und Frankreich — vielleicht sogar einen Weltkrieg! — zu verhindern . . . Und wenn der schwarze Teufel sie nur anrühre, schösse sie sich eine Kugel ins Herz. Es sei sowieso gebrochen. Und in Paris lasse sie sich scheiden! Ja!

Dann schloß sie sich bis zum Abend in ihrem Zimmer ein.

Mulubuko, der von dem heroischen Entschluß Madames unterrichtet worden war, sandte gegen Abend die königliche Sänfte, die von der gesamten Leibgarde Mulubukos begleitet wurde. Denn die Angelegenheit war gewissermaßen eine Staatsaktion: ganz Iryguako sollte erfahren, daß nunmehr dem § 175 Genüge geschehen würde . . .

Dennoch: Herr Castell de la Cruz hatte trotz des königlichen Ehrenwortes keine Ruhe. Er folgte der Sänfte in einiger Entfernung, um nötigenfalls . . . Der Teufel sollte diesen schwarzen Halunken trauen!

Als er sich bis in Hörweite an Mulubukos Palast herangepürscht hatte, war die Sänfte bereits verschwunden. Gedämpft klangen die feierlichen Rhythmen der iryguakoischen Nationalhymne „Puppchen, du bist mein Augenstern!" zu ihm herüber.

Herr Castell stieß einen meterlangen Fluch aus. Doch als er weiter vordringen wollte, streckten sich ihm aus dem Dunkel überall lange, spitzige Speere entgegen, und im Hintergrund grunzte es in nicht mißzuverstehender Weise! Darum hielt es Herr Castel für den Augenblick geratener, umzukehren.

Woraus ihr erkennen könnt, meine Lieben, daß scharfgeschliffene Säbel in genügender Zahl ein sehr gewichtiges Argument bilden, ganz gleich ob es gilt, die Vorzüge der Monarchie zu beweisen, oder nur einem Paragraphen zu seinem Recht zu verhelfen . . .

Wut verlangt irgendwelche Betätigung. Herr Castell ging in seinen Bungalow und walkte den von Mulubuko überlassenen schwarzen Diener Bambula durch. Bambula fand das ganz in Ordnung; nur fühlte er sich als mahlerzogener Diener verpflichtet, seinen derzeitigen Herrn zu bitten, sich nicht zu sehr aufzuregen bei dieser Exekution: es schade der Gesundheit . . .

„Was sagst du Satansbraten!" schrie Herr Castell außer sich, „nicht aufregen soll ich mich?! . . . Das schwöre ich dir: Wenn dein sogenannter König meiner Frau auch nur ein Haar krümmt, bist du der erste, der zur Hölle fährt!"

Bambula blickte aus unschuldigen schwarzen Kulleraugen auf: „Massa, wird König Mulubuko weiße Frau nix Haar krümmen . . . Is Mulubuko gutes König . . . Als Massa drei Tage fort war, in Dschungel, war weiße Frau dreimal ganze Nacht bei Mulubuko und hat doch nix Haar gekrümmt!"

Undank ist der Welt Lohn: obwohl Madame durch ihr Opfer einen neuen Weltkrieg verhinderte, hat ihr Gatte dennoch in Paris die Ehescheidung beantragt.

Da habt ihr den Salat, meine Lieben . . . Männer sind immer schon ein undankbares Gelumpe gewesen.

Der Maskentanz.

Von Vera Skoronel.

Wir freuen uns, diese Ausführungen der berühmten Tänzerin, die übrigens eine Enkelin unseres russischen Genossen Axelrod ist, veröffentlichen zu können.

Die Volksbühne veranstaltete dieser Tage eine Maskentanzmatinee im Theater am Bülowplatz und bewies damit wieder einmal, daß sie das einzige Berliner Theater ist, welches jungen unbemittelten Tänzern Gelegenheit gibt, sich vorzustellen. Auch ist es sehr zu begrüßen, daß sich die Vorführung mit dem aktuellen Problem des Maskentanzes beschäftigte und damit Veranlassung gab, sich mit diesem Gebiet des Tanzes auseinanderzusetzen.

Der Maskentanz steht heute im Begriff, eine Mode zu werden, wie es der musiklose Tanz geworden ist. Und damit eine Gefahr für alle jungen Tänzer, die sich verpflichtet fühlen, mitzumachen, ob mit oder ohne innere Berufung. Wer ist sich überhaupt klar über die Forderungen des Maskentanzes? Das Tragen der Maske bei Tanz und Schauspiel, eine uralte Tradition bei exotischen Völkern, ist in Europa seit den Masken der griechischen Tragödien völlig verschollen. Das was z. B. bei den Primitiven ganz bestimmte Bedeutung hat (Besiegung böser Geister, Teufelstänze der Balinesen), wird von Europäern niemals erlebt, höchstens nachempfunden werden können. In der Kunst ist aber nur das stark, was aus dem Echten, Ursprünglichen kommt. Und schwerlich wird dem Europäer bei exotischen Tänzen die tierhafte Unschuld, die unbewußte Nüancierung und Raffiniertheit des Ausdrucks gelingen. Das Wesentliche dieser Tänze ist nämlich nicht ihre reale Bedeutung, sondern ihre letzte Quelle: das Dämonische. Und das ist niemals mit Wissen des Tanzenden zu erreichen.

Also muß sich der heutige Tänzer, um künstlerisch Wertvolles zu geben, von vornherein auf einen ihm gemäßen Standpunkt stellen. Welche Motive treiben ihn aber nun zum Maskentanz? Flucht vor dem Ich, sich bergen hinter einem mächtigen Ausdruck, Sinn für das Dekorative — sehr viele Beweggründe bewußter und unbewußter Natur spielen hier mit.

Bei der Matinee der Volksbühne hatte man Gelegenheit zu ausgiebigen Studien und Analysen dieser Art. Und mußte zusammenfassend zu dem Resultat kommen: der Maskentanz ist Gefahr und Prüfstein für Tänzer. Die Maske überbetont durch ihre konzentrierte Wirkung den Kopf, gibt dem Körper einen effektvollen Rahmen, lenkt die Aufmerksamkeit auf sich. Irgendeine geringfügige Armgeste kann je nach dem Charakter der Maske grandios oder spöttisch wirken — aber nicht die Geste schafft diesen Ausdruck — sondern die Maske. Jede Bewegung, auch die ärmlichste, wirkt grobartiger, als sie in Wirklichkeit ist. Durch die Maske täuscht der Tänzer sich über seinen eigenen Ausdruck, seine eigene Kompositionsfähigkeit hinweg. Wy Magito z. B. scheint es zu genügen, wenn sie in einer ihrer sehr schönen Masken im pompösen Kostüm auf der Bühne steht, sehr viel mehr verlangt sie von sich nicht, und ihre Tänze (außer dem Tango) sind mit einigen Schritten, Kopfwendungen und belanglosen Armgesten erledigt. Am besten war ihr Tango, der, mit etwas weniger Phlegma getanzt, sowohl räumlich als thematisch eine wirklich kultivierte Leistung darstellt. Angenehm fällt ihre beherrschte Schrittechnik der wahrhaft jammervollen Fußführung Ursula Falkes gegenüber auf. Frau Falkes weiche fließende Bewegung des „Marienliedes" war durch falsche Gewichtsverlagerung und völlig undisziplinierte Fußführung so behindert, daß das Schöne dieses Tanzes nicht herauskam. Die betonte hilflose Einfalt des Gesichtes wirkte unkünstlerisch. Dieses etwas hilflos Kränkliche scheint ihr aber sehr zu liegen und kommt in den Tänzen mit Maske zu einer gewissen Wirkung. Am stärksten wohl in der „Weißen Frau", in der dieselbe Gefühlskurve zu einer weltfernen seltsamen Bewegtheit und tänzerischen Einheit wuchs. Bei Carletto Thieben war die Notwendigkeit der Maske nicht immer zu sehen. Da seine Tänze sehr oft den Ausdruck wechseln, geschah es stellenweise, daß die Maske nicht mehr zur Bewegung paßte. Es ist schade, daß dieser begabte, junge Tänzer seine Kompositionen sehr oft selbst zerstört durch plötzliche, wie eingefügte naturalistische Bewegungen —, daß er stets und völlig unorganisch die Spannung wechselt, so daß nie ein einheitliches Ganzes entstehen kann. Das Geheimnis aller guten Tänze ist ja Einheit und organischer Aufbau — die Notwendigkeit, das Muß jeder Bewegung. Wenn es Thieben gelingt, seine Bewegungsphantasie und Musikalität einem strengen Kompositionsstil unterzuordnen, dann wird er das erreichen, was er geben kann und möchte. Sein bester Tanz „König Clown" hat sehr gute Stellen, verliert sich aber dann wieder in primitivstes Schauspiel. Dieser grobe Naturalismus hat nichts mit Tanz zu tun, da er nicht mehr in Bewegung übersetzt ist. In Thiebens Zugabe kam seine natürliche südländische Liebenswürdigkeit heraus, und momentweise war zu spüren, daß eine Komikerbegabung in ihm steckt. Dieser Tänzer zeigte seine Möglichkeiten, wir wünschen ihm, daß er durch strenge Arbeit und Selbsterziehung dazu kommt, diese Versprechungen zu halten.

Wenn auch das Experiment der Maskenmatinee nicht restlos glückte, so war es doch interessant, sich bei dieser Gelegenheit über die Forderungen klar zu werden, die man an den Maskentanz stellen muß.

Vor allen Dingen sollten nur die künstlerisch gereiften, die auch ohne äußeren Behelf phantasievolle und stark erlebte Schöpfungen geben, sich dieser schwierigen Aufgabe unterziehen. Denkt man z. B. an die Maskentänze einer Wigman oder an den „Tanz mit der Maske" von Sent Mahesa, dessen erschütterndes Erlebnis eine echte, inbrünstige Beziehung des Tänzers zur Maske offenbart, so wird einem klar, was der Maskentanz sein sollte. Es gibt Ausnahmefälle, wo die Maske ein häßliches oder ausdrucksloses Gesicht bedeckt, damit der schöne tanzbeseelte Leib zur Geltung kommen kann — auch hier ist sie am Platz. Im allgemeinen aber ist die Ratlosigkeit der meisten Tänzer ihrem Gesicht gegenüber so verheerend, daß sie dieses erst einmal zur selben Ausdrucksfähigkeit wie den Körper erziehen sollten, bevor sie es hinter eine Maske stecken — denn dann erst dürfen sie es. Sie müssen zu der Erkenntnis kommen, daß ihr Gesicht ebenso selbstverständlich im Tanz mitgehen muß, wie ihre Hände oder Schultern, daß keine schauspielerische Mimik, aber ein natürliches Mitfühlen, Mitvibrieren des Gesichtes einfach zur Bewegung gehört.

Wenn dies Ziel erreicht ist, dann braucht die Maske nicht mehr aus der Not derartiger Konflikte heraus als Hilfe benutzt zu werden und wird dadurch für ihre wahre Bestimmung erst frei.

Die Voraussetzung für den idealen Maskentanz wäre eine so eigenartige, phantastische und unwirkliche Tanzkomposition, daß zu ihr ein menschliches Gesicht und sei es noch so ausdrucksfähig, nicht mehr passen würde. Hier erst, wo die Maske den besonderen Charakter der Bewegung durch ihre stilisierte Wirkung ergänzen soll (und nicht diesen besonderen Charakter allein schafft), kann der wahrhaft künstlerische, europäische Maskentanz entstehen.

Der brave Soldat Schwejk berichtet

Ueber deutsche Treue.

„Deutsche Treue", fuhr Schwejk fort zu erzählen, „gibt es zwei Sorten: die eine heißt so, denn es ist eine Zeitschrift, und der Nationalverband Deutscher Offiziere läßt sie drucken. Man kann sie daher sehen, außer wenn sie gerade verboten ist. Die andere deutsche Treue aber ist ein edles Gefühl, und man kann sie deshalb niemals sehen. Man sieht sie nicht einmal, wenn alles nach ihr ausschaut. Aber, wie mein Feldwebel Hawliczek in der Instruktionsstunde gesagt hat: deutsche Treue ist das größte, was es gibt. Ich kann euch versichern, daß es stimmt. Man kann ihre Größe gar nicht messen, sie läßt sich nur ausdrücken durch die ungeheure Menge der Offiziere, die bei der Revolution am 9. November für ihren Kaiser das Leben gelassen haben, wofür sie noch heute von der Republik Pension beziehen. Denn die Treue muß belohnt werden. Da war in München ein Gemischtwarenhändler Ignaz Futterer, der galt als treudeutscher Mann und er verkaufte die besten Makkaroni in der ganzen Umgegend. Wie aber die Italiener uns den Krieg erklärt haben, hat man die Makkaroni „Treubruchnudeln" geheißen und der Futterer sich geärgert und er hat sie nicht mehr verkaufen wollen. Da hat er an seinem Laden ein großes Schild angebracht: „Deutsche Männer und Frauen, eßt keine Treubruchnudeln!" und er hat seinen ganzen Vorrat mit 50 Proz. Aufschlag nach Norddeutschland verschoben, wo sie schon damals nichts zu fressen hatten. So hat er drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: er hat erstens das nationale Bewußtsein wach erhalten, zweitens den Hungernden geholfen, und ist drittens selber nicht zu kurz dabei gekommen, was der wahre Patriotismus ist. Deshalb halten auch die Offiziere die deutsche Treue und brechen ihren Eid auf die Republik niemals, außer wenn die Pensionsberechtigung gesichert ist.

Die „Deutsche Treue" — jetzt mein ich wieder die gedruckte — hat geschrieben, daß die Republik durch Verrat und Verbrechen entstanden ist und daß sie keine Rechtsgrundlage schaffen kann für eine neue Staatsordnung. So denkt der schlichte Offizier in seiner Treue, und deshalb haben sich auch am 9. November alle Offiziere, nachdem sie für ihren Kaiser gestorben waren, auf den Boden der Regierung Ebert-Scheidemann gestellt. Da hatten wir beim Regiment einen Hauptmann Graf Auffeß v. Springer, der hat, als es ins Feld ging, seine Gattin umarmt und ihr ewige Treue geschworen. Nachher aber, wie es ihm in Frankreich zu langweilig geworden, hat er sich zu einer französischen Komteß ins Bett gelegt und danach, als es nach Osten ging, zu einer jüdischen Viehhändlertochter in Bjalystok, denn er hatte den Dinter noch nicht gelesen. Und im Kasino, wo ich Ordonanz war, hat er sich entschuldigt: „Ich lege mich ins Bett der Tatsachen." Und danach hat er eine Polin gehabt und hat ihr Photographien aus dem Kasino mitgebracht, die sie gern hat sehen mögen, denn es waren große Schweinereien darauf. Nachdem aber hat er sie verhaften lassen, weil das Mädchen in anderen Umständen von ihm gewesen ist und weil es einen deutschen Krieger zum Verrat militärischer Geheimnisse hat verleiten wollen. Denn die Photographien waren streng geheim und ich habe nur mit Mühe zwei davon beiseite gebracht, welche aber jetzt in Frankfurt a. d. O. bei den Gerichtsakten sind als Beweismaterial. Der Reichswehrminister Geßler hat nämlich gegen einen sozialdemokratischen Redakteur wegen Beleidigung der Armee geklagt. Und das Gericht hat festgestellt, daß die Photos als Beweis unerheblich sind, weil die Offiziere sie nur mit Abscheu betrachtet haben. Aber der Redakteur ist ins Gefängnis gekommen, denn er hat von seinem Artikel nichts zurückgenommen. Er hat nämlich als Sozialdemokrat nicht gewußt, was deutsche Treue ist.

Die „Deutsche Treue" — jetzt mein ich wieder die gedruckte — ist viel klüger als solch ein Staatsverräter. Wie sie nämlich der Polizeipräsident verboten hat, wegen Beschimpfung der Republik, hat sie schleunigst eine Erklärung herausgebracht und gejammert, daß sie sich gar nichts dabei gedacht hat und daß es ihr sehr leid täte und daß sie in Zukunft sich bessern werde und daß sie immer artig sein wolle. Da hat denn der Polizeipräsident ein Einsehen gehabt und sie wieder erscheinen lassen. Und unser Feldwebel Hawliczek hat in der Instruktionsstunde gelehrt, daß die deutsche Treue feststeht wie Eichen und jedem Sturm trotzt, wie hier wieder ersichtlich geworden ist.

Da kannte ich auf der Prager Kleinseite einen Sattler Wrba, bei dem hab ich die Maulkörbe für meine Hunde gekauft. Und im Laden hat der Wrba ein Schild gehabt: „Hier wird nichts zurückgenommen." Wie er aber einmal aus Versehen mir einen Maulkorb für drei Kronen gelassen hat, der mit fünf Kronen ausgezeichnet gewesen ist, da es ihn gereut, und er hat ihn gern wiederhaben wollen, und wie ich auf das Schild gezeigt hab, hat er gemeint: „Jede Regel wird erst schön durch die Ausnahme." Und so ist es auch mit der deutschen Treue, die am erhabensten wirkt, wenn alles wieder zurückgenommen wird, wie der Major v. Sodenstern, der Oberst von der Decken und der Nationalverband Deutscher Offiziere alle ihre Ausdrücke gegen die Republik zurückgenommen haben. Und sie haben gewiß an Ehrhardt gedacht, der vor Gericht beweist, daß er nicht geputscht, sondern nur dem Befehl gehorcht hat. (Ich glaub, er hat das Rezept mir abgesehen.) Es ist eine gute Tat, wenn man alles zurücknimmt, was man getan hat, denn so bleibt in Deutschland das Wort bestehen: „Jede gute Tat findet ihre Pension."

Jonathan.

Das Saargebiet leidet.

Seine wirtschaftliche Zukunft ist bedroht.

Daß wir in Deutschland eine Rechtsblockregierung haben, in der die Großagrarier den Ton angeben, hat auch für das kleine, vom Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag vorläufig abgetrennte Saargebiet bittere Folgen. Deutschland tönt zwar wider von der Not im Osten, die sicher vielfach nicht gering ist, aber von der Not im Westen, im Saargebiet, hört man sehr wenig. Der Grund ist einfach: das Saargebiet ist ein Industriegebiet, die Arbeiterbevölkerung herrscht vor, und diesem Gebiet fehlen die Beziehungen der ostelbischen Junker zu unserer hohen Bureaukratie und der Einfluß in den Regierungen. Auch die Unternehmer- und Arbeitgeberverbände der Saar werden den Nöten und Zukunftssorgen des Saarvolkes nicht gerecht. Wo ihre Unternehmerinteressen aufhören, hört für sie das Interesse für das Saargebiet auf.

Die ganze Existenz und Lebensfähigkeit

des Saargebietes, das heute ja zum französischen Zollgebiet gehört, beruht auf dem Kohlenbergbau. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen, die im Augenblick 40 bis 45 Proz. der Kohlenförderung in Frankreich abzusetzen erlauben, ist das Wirtschaftsleben noch in leidlich guter Verfassung. Die ständige Sorge für das Saarvolk aber ist die Frage: Wie wird das Wirtschaftsleben aussehen in sieben bis acht Jahren, wenn das Saarvolk seine Entscheidung zu treffen hat, wird die wirtschaftliche Entwicklung bis dahin die Existenzgrundlagen nicht unter Umständen so verschoben oder auch so zerstört haben, daß die ganze Existenzfähigkeit des Saargebietes bedroht ist?

Vierzig bis fünfundvierzig Prozent der Kohlenförderung gehen, wie gesagt, nach Frankreich. Etwa vierzig Prozent bleiben im Saargebiet, und nur noch sieben bis acht Prozent gehen heute noch nach Deutschland. So sehr haben die Abtrennung vom deutschen Absatzgebiet und die Eingliederung in das französische Zollgebiet die Grundlagen des Kohlenbergbaues bereits verschoben. Wie wichtig die Kohle für das Saargebiet ist, zeigt die Tatsache, daß von rund 750 000 Einwohnern allein 75 000 Bergleute sind, und daß rund 300 000 Menschen, direkt vom Bergbau leben. Baden, Württemberg, Bayern, Hessen, die früher das Hauptabsatzgebiet der Saar waren, werden heute fast ausschließlich vom Ruhrbergbau versorgt. Es ist unvermeidlich, daß die Saarkohle später einen scharfen Kampf gegen die Ruhrkohle wird führen müssen, wenn der Saarkohlenbergbau nicht vollständig erliegen soll. Und sie würde das sicher mit Erfolg tun können, wenn die vom Saargebiet erstrebten Hilfsmittel, der Bau eines Saar-Pfalz-Kanals, die Sicherung gesunder und günstiger Frachtverhältnisse und die möglichst wirtschaftliche Verwendung, insbesondere der Abfallkohle, dem Saarvolk nicht verschlossen werden. Entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit und damit für die Existenz des Saarbergbaues ist aber dabei die Möglichkeit, Kohle in höherer Form, als elektrische Kraft oder als Industriegas, verkaufen zu können. Zu diesem Zweck muß nicht nur die Versorgung des Saargebiets mit

elektrischer Kraft dem Saarbergbau reserviert werden,

sondern auch über das unmittelbare Saargebiet hinaus muß die umgewandelte Kohle noch ihren Absatz finden. Gelingt das nicht, so gibt es für die Hunderttausende von Saararbeitern und die von ihnen abhängigen Familien kaum mehr eine Möglichkeit, sich das tägliche Brot in der Zukunft zu sichern, von den möglichen politischen Folgen ganz zu schweigen.

Diese Aufgabe sollte für das Gebiet der Elektrizität die öffentliche Saarland-Lothringen-Elektrizitäts-Gesellschaft durchführen. Sie versuchte deshalb, die Saarkreise zu einem gemeinsamen Versorgungsgebiet zusammenzufassen. Alle diese Bestrebungen aber wurden durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das im rheinländischen Süden sehr scharf gegen die Saar vordringt, vereitelt. Sie wurden vereitelt durch die bekannten unterirdischen Methoden des zwar öffentlich kontrollierten, leider aber noch immer privatkapitalistisch beherrschten Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes. Es hat zuerst die führenden Persönlichkeiten zum Teil durch Vertragsangebote persönlich an sich gebunden und mit diesen Persönlichkeiten Stromlieferungsverträge vereinbart unter Vorbehalt der Zustimmung durch die kommunalen Körperschaften. Und den Einflüssen, die der Landrat des Kreises Ottweiler auf die ihm unterstehenden Bürgermeister ausübte, ist es sogar gelungen, die zuständige Körperschaft zur Zustimmung zu dem von ihm abgeschlossenen vorläufigen Vertrage zu veranlassen.

Vollständig überrumpelt wurden durch dieses Vorgehen die politischen Parteien

des Saargebietes, ebenso auch die interessierten Wirtschaftszweige und Arbeiterverbände. Sowohl die politischen Parteien wie auch die Gewerkschaften erblicken in dem Vorgehen des RWE. die schwerste Schädigung des Saargebietes, da mit Sicherheit zu erwarten ist, daß das RWE. nach seiner ganzen bisherigen Wirtschaftspolitik und wegen seiner privatkapitalistischen Beherrschung nicht das mindeste Interesse daran haben wird, die für die Saar absolut unentbehrliche Verwertung der Saarkohle für eine eigene Elektrizitätswirtschaft in der Zukunft zu unterstützen. Das an sich schon durch die gegebenen politischen Verhältnisse äußerst schmal gewordene Absatzgebiet der Saarwirtschaft auf deutschem Boden droht durch die Politik des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes nicht nur für alle Zukunft noch weiter eingeengt zu werden, sondern es besteht im Saargebiet die berechtigte Furcht, daß das Vorgehen des Werkes das Ende der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit des Saargebietes überhaupt einleiten wird. Kommt es einmal soweit, daß von außen her die stromverbrauchenden Industriewerke des Saargebietes versorgt werden, dann ist für die wirtschaftliche Zukunft der Saar die Axt an die Wurzel gelegt.

Der Weg nach Berlin ist weit,

und die Regierungsstellen in Berlin haben dieser bedrohlichen Entwicklung bisher untätig zugesehen. Die preußische Regierung, insbesonder aber das preußische Handelsministerium, das hier einzugreifen hätte, haben offenbar die Tragweite dieser Vorgänge nicht erkannt. Dagegen reicht der Einfluß des Schwerkapitals der Ruhr bis in die höchsten Stellen. Und so wenig wir es hoffen wollen, so ist es doch leider nicht ausgeschlossen, daß es in Berlin Regierungsstellen gibt, die bei dem Vorgehen der rheinisch-westfälischen Kraftindustrie wohlwollend durch die Finger sehen.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß der Preußische Landtag und auch der Reichstag sich auf die Verantwortung besinnen, die auf ihnen für die Zukunft des Saarvolkes lastet. Schon mehrfach waren Deputationen des Saargebietes in der Reichshauptstadt, um ihre Sorgen vorzutragen. In den nächsten Wochen werden von neuem die Klagen des Saargebietes vorgetragen werden. Die deutsche Oeffentlichkeit, die Parlamente und Regierungen müssen diesen Klagen ein offenes Ohr schenken, denn sie sind nur allzu berechtigt.

Schacht erhält Besuch.

Der Präsident der amerikanischen Bundesreservebank kommt.

Wie aus New York gemeldet wird, wird Mister Strong, der Leiter der amerikanischen Bundesreservebank, bei den Zentralbanken in Europa einen Besuch machen. Selbstverständlich handelt es sich nicht um einen Höflichkeitsakt, sondern um Geschäft. Dabei wird Gouverneur Strong auch in Berlin beim Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht seine Karte abgeben, und wenn wir recht berichtet sind, wird der Leiter der amerikanischen Zentralbank, der keineswegs in allen seinen Ansichten mit den Auffassungen des Herrn Schacht übereinstimmt, in Berlin nicht nur Lob für die Politik der Reichsbank zu verteilen haben.

Reichstagung der Zementmagnaten.

Neuer Kampf gegen die Außenseiter.

Die Kartellfrage in der Zementindustrie und der Kampf um die Zementpreise hat die Oeffentlichkeit im letzten Jahre stark beschäftigt. In diesem Zusammenhang war die Erklärung des Vorsitzenden auf der Jahrestagung des Zementbundes von Bedeutung, daß die großen Zementwerke den Kartellausbau noch schärfer durchführen wollen. Er nannte das den Fortschritt zum System verbundener Konzerne in Syndikatsform.

Von allgemeinstem Interesse ist das „Ergebnis" der Rationalisierung. Der Erfolg der Mechanisierung in den Betrieben drückt sich darin aus, daß 1926 etwa 9000 Vollarbeiter weniger als 1913 beschäftigt wurden, während die Leistung je Kopf von 266 auf 370 Tonnen im Jahre gestiegen ist. Die nach der Durchführung der Rationalisierung erzielte Leistungsfähigkeit der Werke hat allerdings das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz noch bedeutend verschärft. Während in der Vorkriegszeit bei einem Absatz von rund 7 Millionen Tonnen jährlich die Zementwerke mit etwa 70 Proz. ausgenutzt wurden, ist das Verhältnis heute noch schlechter. Bei 12 Millionen Tonnen Jahresleistung und 7 Millionen Tonnen Absatz sind die Werke nur mit 60 Proz. ausgenutzt. Die gesteigerte Arbeitsleistung ist also regelrecht durch zu starke Gründungen, natürlich auch eine Folge der Kartellpolitik, verpulvert worden. Deshalb wollen die in den Verbänden zusammengefaßten Zementwerke den Kampf gegen das Außenseitertum noch rücksichtsloser durchführen. Eine wahrhaft katastrophale „Aufbau"politik.

Der Kampf gegen die Außenseiter wird von den Verbänden schon seit dem Frühjahr dieses Jahres mit besonderer Brutalität geführt, so daß der Redner damit nichts Neues sagt. Er vergaß jedoch hinzuzufügen, daß die Syndikate durch ihre übermäßigen Preise das Außenseitertum künstlich züchten. Wenn der Vorsitzende weiter erklärt, daß die durch die Rationalisierung erzielte 40prozentige Ersparnis nicht der Verzinsung des Kapitals zugute gekommen sei, so beweisen die Abschlüsse für 1926 das Gegenteil. Denn im Durchschnitt zahlten die Zementwerke eine achtprozentige Dividende. Ein Beweis, in wie unerhörter Weise die Preise übersteigert sein müssen.

Unternehmer verhandeln.

Reden der Regierung über den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Es ist in Deutschland allmählich zur Regel geworden, daß Handelsverträge zwischen zwei Ländern, die eigentlich eine Staatsangelegenheit und Sache der Regierungen sind, von privaten Verhandlungen beteiligten „Wirtschafts"kreise, das heißt natürlich nur von Unternehmern, begleitet werden. Wir haben diese an sich durchaus nicht begrüßenswerte Tatsache schon mehrfach verurteilt, weil private Interessenten den Staat nicht zu vertreten haben und weil die breiten Massen von solchen Verhandlungen ausgeschlossen werden. Aber der Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen hat diese Entwicklung um einen neuen Fall bereichert.

Eine deutsche und eine polnische Delegation von Privatinteressenten haben in Berlin gestern solche Verhandlungen begonnen. Es wurden recht herzliche Begrüßungsreden von beiden Seiten gehalten, in denen man sich auch gegenseitig das Versprechen gab, darüber hinaus ernste Vorarbeit für die Regierungen leisten zu wollen. Die beiderseitigen Regierungen waren insofern indirekt dabei beteiligt, als zur Disposition gestellte Minister bzw. Staatssekretäre die wirtschaftliche Lage der beiden Länder und ihre Stellung zu dem kommenden Handelsvertrag darlegten. Das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen war die Bildung von zwei Kommissionen, von denen die eine unter dem Vorsitz des Grafen Kanferlingk und des Herrn von Plucinski Agrarfragen und die andere unter dem Vorsitz von Generaldirektor Stähler-Gleiwitz sowie des Professors von Trepka Industriefragen behandeln soll. Man wird abwarten müssen, ob die Arbeit dieser Kommissionen wirklich die Ergebnisse der Verhandlungen im günstigen Sinne für die Gesamtwirtschaft beeinflussen werden. Gewöhnlich müssen die Massen bei solchen privaten Verhandlungen Haare lassen.

Preistreiberei für Kupfer.

Anziehen der Kartellschraube. — Um 50 bis 85 Prozent gestiegene Einfuhr.

Die Kupferpreise sind in den letzten drei Wochen ganz erheblich gestiegen. Das Geschäft hat sich gebessert, da die deutsche, die englische und auch die amerikanische metallverarbeitende Industrie größere Mengen Kupfer, Blei und Zink verbraucht haben. Die Erhöhung der Preise steht aber trotzdem in Widerspruch zu der vom Kupferkartell angekündigten Preispolitik. Man wollte durch Stabilisierung der Preise und durch Ausschaltung der Spekulation den Markt beruhigen. Obwohl die Weiterzeugung von Kupfer im Oktober um 10 Proz. gestiegen ist, hat man ohne Rücksicht auf die inzwischen vorgenommene Senkung der Herstellungskosten die für Europa gültigen Kupferpreise von Woche zu Woche heraufgesetzt.

Nachdem die Kupferexport-Vereinigung während ihrer einjährigen Geschäftstätigkeit es verstanden hat, sämtliche europäischen Kupfermärkte unter ihr Diktat zu zwingen, will sie jetzt auch die amerikanischen Märkte stärker als bisher beeinflussen. Da die Bildung von Monopolen und Preisabreden in den Vereinigten Staaten gegen die Gesetzgebung verstoßen, hat man jetzt durch Gründung eines sogenannten Kupferinstituts eine Einrichtung geschaffen, um über die Propaganda und die Veröffentlichung von Zahlenmaterial die Preise und die Märkte zu beeinflussen. Neben Kupfer sind aber auch die Preise für Blei und Zink hinaufgegangen, da auch hier mehr als bisher von der verarbeitenden Industrie und vom Handel gekauft wurde. Die nachstehende Tabelle zeigt deutlich die Aufwärtsentwicklung seit Anfang Oktober:

	100 Kilo kosteten am			
	3. Oktober	21. November	1. Dezember	5. Dezember
Elektrolytkupfer .	125,75 M.	130,75 M.	131,75 M.	133,50 M.
Hüttenweichblei .	42,— „	43,25 „	45,75 „	46,25 „
Zink	54,— „	54,25 „	53,25 „	54,25 „
Zinn	550,— „	550,— „	540,— „	550,— „

Die stärkste Preissteigerung weist Kupfer auf und es ist noch nicht abzusehen, wie sich die Preise bis zum Jahresende entwickeln werden. Deutschland führte im Oktober 21 218 Tonnen Kupfer ein. Das ist zwar etwas weniger als im September, doch muß man zur Beurteilung der Konjunktur in der metallverarbeitenden Industrie das Gesamtresultat werten. Danach sind vom 1. Januar bis 31. Oktober 1927 194 004 Tonnen Kupfer, 122 357 Tonnen Zink, 129 362 Tonnen Blei und 12 504 Tonnen Zinn eingeführt worden. In derselben Zeit des vergangenen Jahres belief sich dagegen die Einfuhr bei Kupfer nur auf 116 251 Tonnen, bei Zink auf 79 047 Tonnen, bei Blei auf 69 056 Tonnen und bei Zinn auf 8447 Tonnen. Es ist also gar keine Frage, daß sich der Metallverbrauch in Deutschland in diesem Jahre ganz enorm gesteigert hat, um 50 bis 85 Prozent allein nach den Einfuhrzahlen. Bei Kupfer ist sogar der Rekordverbrauch des Jahres 1925 nach den bisherigen Ergebnissen übertroffen worden.

Eine Hetze, die niedriger gehängt werden muß. Eine sehr bösartige Hetze zu sehr durchsichtigen Zwecken ist in der dem Schwerkapital ergebenen Presse seit Wochen schon gegen die Stadt Düsseldorf im Gange, weil diese ihren Besitz an Wertpapieren zu stark erweitert habe. In der Tat wird von Düsseldorf nicht bestritten, daß es etwa 18 Millionen Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes besitzt, eine Tatsache, die nur den wünschenswerten Einfluß der öffentlichen Hand bei dem privatkapitalistisch geleiteten RWE. verstärken kann. Die „Berliner Börsenzeitung" gibt aber eine Mitteilung des „Deutschen Handelsdienstes" wieder, wonach die Aktien durch Wechselschulden der Stadt Düsseldorf bezahlt worden seien und daß noch etwa für zehn Millionen Mark Schulden darauf stünden. Den Höhepunkt der Verdächtigung erreicht man aber dadurch, daß die den Unternehmern sehr unangenehme Erhöhung der Düsseldorfer Lohnsummensteuer der Finanzierung des Aktienkaufes dienen soll. Gelder der Industrie würden hier wieder nutzlos verschleudert. — In Wahrheit liegen nach unserer Kenntnis die Dinge vielmehr so, daß in den letzten Dreivierteljahren Düsseldorf überhaupt keine Aktien mehr gekauft hat und daß die allmähliche Erhöhung des Aktienbesitzes in einer sehr langen Reihe von Jahren, hauptsächlich aber in der Inflation, vor sich gegangen ist. Es handelt sich also um eine ganz grobe und bei der Durchsichtigkeit des Zweckes höchst fahrlässige Verdächtigung, auf die die Stadt Düsseldorf die Antwort sicher nicht schuldig bleiben wird. Aber schon jetzt soll diese Hetze niedriger gehängt werden.

Steigende Preise auch noch im November. Die für den Monatsdurchschnitt November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Vormonat um 0,2 Proz. auf 140,1 gestiegen. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer der Agrarstoffe um 0,3 Proz. auf 137,3 zurückgegangen. Die Indexziffer für Kolonialwaren hat um 0,3 Proz. auf 131,8 angezogen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren stellte sich unverändert auf 134,0, während diejenige der industriellen Fertigwaren um 1,1 Proz. auf 154,6 gestiegen ist.

Gesundung nach scharfer Umstellung. Bei der Zimmermann Werke A.-G. in Chemnitz, einer bedeutenden Spezialmaschinenfabrik, hatten sich gegen Ende des vorigen Jahres die Verhältnisse derartig zugespitzt, daß ein Zusammenbruch nur durch schärfste Sanierungsmaßnahmen vermieden werden konnte. Der Verlustabschluß für 1925/26 von 1,9 Millionen Mark bei 4,2 Millionen Aktienkapital, zu dem noch hohe Bankschulden und überbewertete Anlagen als weitere Belastungen hinzukamen, machte die Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 20:1 von 4,2 Millionen auf 210 000 M. erforderlich, d. h. 95 Proz. des Aktienkapitals gingen verloren. Der jetzt vorliegende Abschluß und Geschäftsbericht für 1926/27 zeigen die Richtigkeit des Vorgehens. Die Gesellschaft hat neben der finanziellen Umstellung auch ihre Betriebe von Grund auf reorganisiert. So wurde das sehr breite und zersplitterte Produktionsprogramm auf die serienweise Herstellung von Spezialmaschinen beschränkt, während bemerkenswerterweise der Traktorenbau fallen gelassen wurde. Von Bedeutung ist auch der Wechsel in der Direktion, der darauf hindeutet, daß die Fehler der früheren Direktion wesentlich zu den Schwierigkeiten des Unternehmens beigetragen haben. — In der Gewinn- und Verlustrechnung wird jetzt ein Rohgewinn von 630 000 M. ausgewiesen, zu dem noch die Buchgewinne aus der Kapitalzusammenlegung in Höhe von 4,1 Millionen hinzutreten. Dafür erscheint eine hohe Sonderabschreibung auf Fabrikate und Vorräte von fast 900 000 M. und außerdem eine besondere Rücklage von 1,7 Mill. M. für entwertete Anlagen. Die beiden letzten Abschreibungs- und Rücklagekonten hängen mit der Umstellung der Betriebe zusammen, durch die Anlagen und gewisse Vorräte naturgemäß entwertet wurden. Sie sind andererseits als Umstellungsgewinn anzusprechen. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 0,21 auf 0,84 Millionen Mark ermöglichte eine teilweise Tilgung der Schulden von 1,4 auf 0,8 Millionen. Die Forderungen erhöhten sich von 0,37 auf 0,55 Mill. M., so daß bei den hohen Rücklagen auf Anlagen und der niedrigen Bewertung der Vorräte das Unternehmen wieder fest fundiert scheint. Auf der Generalversammlung erklärte der Vorstand, daß die Werke bis zum Frühjahr mit Aufträgen versehen seien und die Zahnradbetriebe in Tag- und Nachtschicht arbeiteten.

Eine schwere Niederlage haben die Kommunisten bei den Vertreterwahlen zur Konsumgenossenschaft Hoffnung in Köln erlitten. Von 3558 Stimmen erhielt ihre Liste nur 713, also nur 20 Proz., während die sozialdemokratische Liste 2845 Stimmen, d. h. 80 Proz., auf sich vereinigte. Im Wahlbezirk Solingen, der kommunistischen Hochburg, behaupten sich die Kommunisten mit 1878 Stimmen, während die sozialdemokratische Liste 704 erhielt. In den kleineren Wahlbezirken Bonn und Koblenz entfielen auf die kommunistische Liste nur 14 Proz. der abgegebenen Stimmen, auf die sozialdemokratische Liste 86 Proz.

Auf den Weihnachtstisch
10 Mark der moderne Damen
Mantelstoff
Koch u. Seeland
Gertraudenstr. 20/21 gegenüb. Petrikirche

Niemand braucht an Rheumatismus zu leiden —

denn dafür gibt es den seit über 30 Jahren erprobten und bewährten

Apotheker P. Grundmann's

antirheumatischen

Vulneral-Blutreinigungstee

Der Tee wird als wundervolles Hausmittel bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, ferner bei Neigung zu Säfteverderbnis, Flechten, Hautausschlägen, Arterienverkalkung, Blasen- und Nierenleiden sowie Blutandrang nach dem Kopf mit glänzendem Erfolg angewendet und darf demnach in keiner Familie fehlen.

Pakete zu 2.—, 3.50 und Familien-Packung 5.— M. Zur Kur erforderlich 3 Pakete à 3.50 und Grundmanns schmerzstillendes Rheumaöl à 2.— M. dazu gehörig.

Bestandteile auf der Packung angegeben. — Täglich gehen Dankschreiben ein.

Verlangen Sie ausdrücklich *Apotheker P. Grundmanns Vulneral-Blutreinigungstee* in nachstehenden Apotheken:

Berlin C
Altstädtische Apotheke, Münzstraße 14/15; Siemons Apotheke, Spandauer Straße 17; Stein-Apotheke, Rosenthaler Straße 61; St. Georgen-Apotheke, Landsberger Str. 39; Jungs Apotheke, Zum schwarzen Adler, Neue Königstraße 50.

Berlin N
Adler-Apotheke, Brunnenstr. 132; Apotheke z. gekr. Adler, Auguststr. 60; Apotheke z. Eis. Kreuz, Kastanienallee 22; Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 66/67; Märkische Apotheke, Müllerstr. 35; Scherings Grüne Apotheke, Chausseestraße 24.

Berlin NW
Beussel-Apotheke, Beussel- Ecke Wittstocker Straße; Hutten-Apotheke, Huttenstraße 68; Phönix-Apotheke, Wilsnacker Straße 47; Polnische Apotheke, Friedrich- Ecke Mittelstr.; Schiller-Apotheke, Alt Moabit 82.

Berlin NO
Greifswalder Apotheke, Greifswalder Str. 47; Landsberger Apotheke, Landsberger Allee 152.

Berlin O
Warschauer Apotheke, Warschauer Str. 16; Andreas-Apotheke, Andreasstraße 15; Magdalenen-Apotheke, Frankfurter Allee 229; Gradts Apotheke am Schlesischen Bahnhof, Stralauer Platz 20.

Unserem lieben Genossen
Friedrich Senger und Frau
zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche.
Parteigenossen und Freunde der 44. Abt.

Kopfschmerz, Nervenschmerzen
„Darmitin"-Pulver
In allen Apotheken Mk. 0.15
unschädlich, sofort wirkend

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem **billig!**

Lessing-Theater Fr. Königsgrätz. St. Bergm. 2110. 8—10.15 Uhr: Letzte Aufführungen! **Gustav III** Freitag z. 1. Male: **Schloss Wetterstein** von Wedekind Regie Victor Barnowsky

Komödienhaus Norden 6304. 8.15—10.40 Uhr **Hokuspokus** von Curt Götz

Th. im Admiralspalast Täglich 8½ Uhr **HALLER-REVUE „Wann und wo!"** Heute 3½ Uhr: Märchen-Revue „Aschenbrödel" Kleine Preise.

„Wo speist man gut u. billig? Nur Groß-Berlin Alexanderplatz.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 7.12.27 **Staats-Oper** Am Pl. d. Republ 7½ Uhr **Dr. Faust**

Mittwoch, 7.12.27 **Städtische Oper** Bismarckstr. 8 Uhr **Aida**

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt 8 Uhr **Peer Gynt**

Staatl. Schillerth. Charlottenburg 3 und 8 Uhr: **Wallensteins Tod**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Hinkemann**

Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Schieber des Ruhms**

8 Uhr SCALA **Drei (original) Fratellini** und andere weltberühmte, zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Star

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U. **Dorothea Angermann** v. Gerh. Hauptmann Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele Norden 10334—37 8½ Uhr Ende nach 10 Uhr. **Bronx-Expreß** Komödie von Guy Bolton Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8¼ U., Ende 10½ U. **Die Ehe von Welt** Komödie von Noël Coward. Regie: Forster Lorriaage

Berliner Theater Direktion Kuhnert. Charlottenb. 50 91. Dönh. 170 Täglich 8 Uhr **Max Adalbert** in „Knock out" Hans Brausewetter.

Piscatorbühne Theat. a. Nollendorfplatz Kurfürst 2091/93 Anf. 8, Ende nach 11 **Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand** von Alexey Tolstoi und Schtschegolew Insc. Erwin Piscator

Altmärkische Gäste Ges. Künstler-Th. 8½ Uhr **Chicago** Lessing-Theater 8 Uhr **Schinderhannes**

Metropol-Th. Tägl. 8½ Uhr **Paganini** Operette von Franz Lehár Julius, Edward Löhtenthal, Lucie Kienzbacher, Hella Kürty, Arthur Rolf u. a. Heute ¼4 Uhr **Wie Klein-Elschen das Christkind suchen ging**

Großes Schauspielhaus Tägl. 8 U. Ende 11 U. **DER MIKADO** Die neue **CHARELL-Inszenierung** mit **Max Pallenberg, Rita Georg, Bendow, Jankuhn, Szöke Szakall, Werkmeister, Westermeier, Jackson Boys, Sunshine Girls** Ausst. Prof. Stern Dirig. Dr. Römer — Mittw., Sonnab., Sonntag nachmitt. 3 Uhr Kinderrevue **Kapitän Funk** mit Alfred Braun Kleine Preise. **Vorverkauf 10—6 Uhr**

Neues Theater am Zoo Täglich 8 Uhr **Die Hotelratte** Operette v. Broemme Alfr. Rasch, Paul Heidemann

Theater des Westens Täglich 8¼ Uhr: **Frasquita** Operette von Lehár Zauberhafte Ausstattung, Tempo und Geist

CASINO-THEATER Lothringer Str. 47 8 Uhr **Neu! Klein-Kleckersdorf!** Neu Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

8¼ Komische Oper 8¼ Neuartiges Revue-Stück **Alles Nackt!** Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu". 200 Mitwirkende: Original-Pariser Kostüme **immer noch in** Premierenbesetzung Hans Albers, Erich Kaiser-Titz, Erich Poremski, Else Berna, Vicki Werkmeister **Parkett 3,50 Mk.** Theaterkasse ununterbr. geöffn.

Renaissance-Theater Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr **Die Schule von Uznach.**

8 Uhr Winter-Variete Garten Rauchen gestattet Das gr. Weihnachtsprogramm!

Theater am Kottbusser Tor Kottbusser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U. **Elite-Sänger** Wundervolles Weihnachtsprogramm. Volkspreise von 50 Pf. bis 2.50 M. Sogs. u. 1. u. 2. Feiertag nchm. 3 U **große Familien-Vorstellung** Volles Programm. — Kleine Preise.

Trianon-Th. Tägl. 8½ Uhr: Gastspiel **Erika Glässner in Gretchen** Für Jugendliche nicht geeignet.

Thalia-Theater 8 Uhr: **Der rote Hahn**

Residenz-Theater 8¼ Uhr Der Sensationserfolg! **Schön sehn wir aus** 36 lustige Bilder mit Henry Bender

Rose-Theater 8¼ Uhr **Einer von unsere Leut.**

Lustspielhaus 8¼ Uhr **„Zaza"**

Walhalla-Th. 8¼ Uhr **Wie Du küßt keine** Operette von Pfarschner Vorz. für Park, auch Sonntags **60 Pf.** Sonntag nchm. 4 U. **Rumpelstilzchen** Parkett v. **30** Pf. an.

Planetarium am Zoo Verlängerte Hardenbergstraße Nollendorf 1578 **Der Himmel der Heimat** Halbe Kassenpreise Eintritt 0,50 M. Kinder unt. 15 Jahren 0,25 M.

Reichshallen-Theater Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U. **Stettiner Sänger** Z. Schluß (n. noch bis 7.12.) „Eine Hochzeit in der Müllerstraße". nachm. halbe Preise, volles Programm. **Dönhoff-Brett'l:** Varieté, Kabarett mit Carl Bruno u. Ernst Walter — Tanz

---

Billige Gardinen!
Billige Tisch- u. Diwandecken!

Wir verkaufen trotz erfolgter Preiserhöhung der Fabriken

Künstler-Garnituren
engl. Tüll . . . 16.- 12.- 8.- 4.-
engl. Tüll, extrapreiswert 22.- 24.- 30.-
Etamine 28.- 15.- 10.-

Für Küche u. Schlafzimmer
Etamine-Gardinen mit Spitze oder Volant, auch bunte Volants
12.- 10.- 8.- 7.- 6.- 4.75

Bunte Fenster-Garnituren
helle Madras-Garnituren
M. 24.- 20.- 16.- 11.- 9.- 6.- 4.-

Dunkle Madras-Garnituren
aparte Modelle und Farben
42.- 36.- 30.- 25.- 20. 15.- 10.-

Brokat-Dekorationen
42.- 36.- 29.50

Diwandecken
Fantasie- und Kochelleinen 20.- 16.- 12.- 10.- 7.-
Gobelinstoff . . 20.- 16.- 12.- 10.-
Mohair-Wirkdecken . 33.- 29.50
Felldecken 33.- 29.50
Moquette-Decken . 59.- 52.- 44.-
Moquette Decken 90.- 70.-

Tischdecken 1- und 2bettig 16.- 12.- 10- 8.- 6 - 3.-

1 großer Posten **Bettdecken** 16.- 14.- 10.- 8.- 6.- 4.-

Hand-Filet-Halbstores 16.- 14.- 12.- 10.- 9.- 7.- 5.-

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus

Neukölln, Hermannstraße 32

Filiale: Eberswalde, Eisenbahnstr. 99. neben der Hauptpost. Filiale: Nowawes, Priesterstr. 57.

Unwiderruflich am 9. u. 10. Dez. Ziehung

Marienburger Geld-Lotterie

4866 Gewinne v. 1 Prämie bar ohne Abzug M.

Lose **3** Mark Porto und Liste 35 Pf.

Höchstgewinn **130 000**
75 000
Hauptgewinn **50 000**
Prämie **25 000**

Glücksbriefe 3 Lose aus verschied. Tausend — 9 M.

empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

H. C. Kröger A.-G. Bankgeschäft **Berlin W 8** Friedrichstr. 192-193

WELLENBAD LUNAPARK

Heute abend 8½ Uhr. Eintritt 0.75—2 Mk.

Wasserballspiel **Holland-Berlin** Staffelkämpfe Kunstspringen